

**HOCHSCHULE FÜR ÖFFENTLICHE
VERWALTUNG UND FINANZEN LUDWIGSBURG**

**Die Motivation von Ehrenamtlichen im Kontext von demografischem Wandel
und Altersarmut – Möglichkeiten und Grenzen kommunaler Daseinsvorsorge
am Beispiel der Vesperkirche Reutlingen**

Master-Thesis

zur Erlangung des Grades eines

Master of Arts (M. A.)

im Master-Studiengang Public Management

vorgelegt von

Selina Kuch

Studienjahr 2023/ 2024

Erstgutachter: Herr Prof. Dr. Jörg Dürrschmidt

Zweitgutachter: Herr Jörg Mutschler

Auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und
divers wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichtet.
Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

Danksagung

Der Weg solch eine umfangreiche Arbeit zu beenden ist lang und es braucht gute Begleiter. Ich möchte mich daher bei einigen im Besonderen bedanken.

Meinem betreuenden Professor der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen, Prof. Dr. Jörg Dürrschmidt, der mich insbesondere in der Anfangszeit bereitwillig auf jeden Gedankenspaziergang begleitete und mir meinen roten Faden wieder in die Hand gab.

Meinem Zweitprüfer Herr Mutschler, der selbst mit Herzblut im Thema war und mit Gedanken und Fragen meinen Entdeckergeist aufrecht hielt und dabei stets zu einem Plausch bereit war.

Meinem Ehemann Michael, der mit einem Lächeln meine Zweifel aushielt, Haushalt und Kind übernahm und dessen Arme meinen Akku wieder aufgeladen haben. Du bist mein Fels und Rückhalt.

Meiner Tochter Charlotte, die mit ihrer Anwesenheit die schlimmsten Tage gut werden ließ und die mir täglich scheinbar mühelos Tapferkeit und Durchhaltevermögen vorlebt.

Meinen Schwiegereltern, die mir durch ihre liebevolle und flexible Betreuung unserer Tochter Zeitfenster geschaffen haben, um diese Arbeit zu vollenden. Die mich mit gutem Essen versorgt und mit lustigen Anekdoten auf andere Gedanken gebracht haben.

Meinen fleißigen Lektoren, die durch meine Fehler sicherlich einiges zum Lachen hatten, aber stets bereit waren, diese kurzfristig auszumerzen.

Und last but not least: Meinen Interviewpartner:innen der Vesperkirche Reutlingen, die mir bereitwillig Zeit geschenkt und einen Einblick in ihre Welt gewährt haben.

Ihnen allen herzlichen Dank.

Abstract

In einer Zeit, in der eine globale Herausforderung die nächste jagt, braucht es eine starke Gesellschaft. Diese wird entscheidend durch kommunale Rahmenbedingungen und gesellschaftspolitische Entwicklungen geprägt. Ehrenamtliche als Multiplikatoren fungieren dabei als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft und nehmen bei der Gestaltung eines inklusiven Miteinanders, in welchem die Schwächeren aufgefangen werden, eine besondere Rolle ein. Bei einer qualitativen Studie mit langjährig Ehrenamtlichen stehen deren Motive und Erfahrungen im Vordergrund. Anschließend werden die Ergebnisse in einer quantitativen Befragung näher überprüft. Der soziale Zusammenhalt gibt dabei als zentrales Messinstrument weiteren Aufschluss, in welchem 'Zustand' sich unsere Gesellschaft tatsächlich befindet.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	VII
Abbildungsverzeichnis.....	VIII
Tabellenverzeichnis.....	IX
Verzeichnis der Anlagen.....	X
1 Einführung und Überblick.....	1
1.1 Problemstellung und Praxisrelevanz	1
1.2 Aufbau der Arbeit.....	3
2 Aufgaben der Gemeinden in Baden-Württemberg	5
2.1 Freiwillige Aufgaben der Kommunen.....	8
2.2 Pflichtaufgaben der Kommunen.....	9
2.3 Weisungsfreie und weisungsgebundene Aufgaben der Kommunen	10
3 Altersarmut als existenzielle Bedrohung.....	11
3.1 Armut: Definition, Messgröße, Vorkommen.....	12
3.2 Die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft.....	16
3.3 Die Besonderheiten von Armut im Alter	18
4 Sozialraumorientiertes Altern	23
4.1 Das Konzept der Sozialraumorientierung	24
4.2 Den Sozialraum durch die Daseinsvorsorge gestalten	25
5 Empirische Analyse	30
5.1 Hypothesenbildung durch qualitative Interviews	32
5.1.1 Systematik und Vorgehen bei der Datenerhebung	32
5.1.2 Methodik der Datenanalyse	34
5.2 Untersuchung der Hypothesen durch quantitative Befragung	36
5.2.1 Systematik und Vorgehen bei der Datenerhebung	37
5.2.2 Methodik der Datenanalyse	38

6	Der soziale Zusammenhalt in Deutschland	39
6.1	Soziale Beziehungen	43
6.2	Verbundenheit.....	46
6.3	Gemeinwohlorientierung.....	49
6.4	Zusammenfassende Betrachtung des sozialen Zusammenhalts	54
7	Der Beitrag Ehrenamtlicher für den sozialen Zusammenhalt	57
7.1	Die Rolle des Ehrenamts innerhalb des sozialen Zusammenhalts	58
7.2	Die Motivation für ehrenamtliches Engagement.....	65
8	Praxisbeispiel: Vesperkirche Reutlingen.....	72
8.1	Das Engagementpotenzial.....	74
8.2	Gezielte Akquise von älteren Ehrenamtlichen.....	76
8.2.1	Gründe für die Akquise älterer Menschen.....	77
8.2.2	Möglichkeiten der Akquise älterer Ehrenamtlicher	78
9	Abschließende Betrachtung mit Ausblick	81
	Literaturverzeichnis.....	86
	Erklärung der Verfasserin.....	91

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
gem.	gemäß
GemO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
GG	Grundgesetz
LV	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
PolG	Polizeigesetz
S.	Seite
SGB	Sozialgesetzbuch
s. o.	siehe oben
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Freiwilligkeit zur Übernahme einer Aufgabe durch die Kommune.	S. 7
Abbildung 2:	Weisungsgebundenheit der Kommune während der Aufgabenerfüllung.	S. 7
Abbildung 3:	Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern im Jahr 2022.	S. 15
Abbildung 4:	Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland im Vergleich 1950 und 2021.	S. 17
Abbildung 5:	Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland.	S. 19
Abbildung 6:	Armutsgefährdungsquote nach Altersgruppen.	S. 20
Abbildung 7:	Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände und Altenquotient der Bundesländer.	S. 28
Abbildung 8:	Die Kernbereiche und Dimensionen des sozialen Zusammenhalts (lang).	S. 41
Abbildung 9:	Die Kernbereiche und Dimensionen des sozialen Zusammenhalts (kurz).	S. 57
Abbildung 10:	Bereiche, in denen sich Ehrenamtliche am häufigsten engagieren.	S. 62
Abbildung 11:	Mittelwerte der kategorisierten Motivationsgründe für ehrenamtliches Engagement.	S. 66
Abbildung 12:	Die Top 4 – am höchsten und am geringsten bewertete Motive für ehrenamtliches Engagement je Altersgruppe.	S. 68
Abbildung 13:	Hinderungsgründe ein Ehrenamt aufzunehmen.	S. 70

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Soziale Beziehungen – Soziale Netze	S. 43
Tabelle 2:	Soziale Beziehungen – Vertrauen in die Mitmenschen	S. 44
Tabelle 3:	Soziale Beziehungen – Akzeptanz von Diversität	S. 45
Tabelle 4:	Verbundenheit – Identifikation	S. 46
Tabelle 5:	Verbundenheit – Vertrauen in Institutionen	S. 47
Tabelle 6:	Verbundenheit – Gerechtigkeitsempfinden	S. 48
Tabelle 7:	Gemeinwohlorientierung – Solidarität und Hilfsbereitschaft	S. 49
Tabelle 8:	Gemeinwohlorientierung – Anerkennung sozialer Regeln	S. 50
Tabelle 9:	Gemeinwohlorientierung – Gesellschaftliche Teilhabe	S. 52

Verzeichnis der Anlagen

- Anlage 1:** Interviewleitfaden
- Anlage 2:** Transkription Interview 1: *MA/Interview/1*
- Anlage 3:** Transkription Interview 2: *MA/Interview/2*
- Anlage 4:** Transkription Interview 3: *MA/Interview/3*
- Anlage 5:** Transkription Interview 4: *MA/Interview/4*
- Anlage 6:** Transkription Interview 5: *MA/Interview/5*
- Anlage 7:** Sequenzanalyse und Strukturhypothese Interview 1
- Anlage 8:** Sequenzanalyse und Strukturhypothese Interview 2
- Anlage 9:** Sequenzanalyse und Strukturhypothese Interview 3
- Anlage 10:** Sequenzanalyse und Strukturhypothese Interview 4
- Anlage 11:** Sequenzanalyse und Strukturhypothese Interview 5
- Anlage 12:** Quantitative Befragung: Fragebogen
- Anlage 13:** Quantitative Befragung: Gesamtauswertung
- Anlage 14:** Quantitative Befragung: Gesamtauswertung – Kreuztabellen
- Anlage 15:** Quantitative Befragung: Auswertung der Untergruppe 1
(60 bis 75-Jährige)
- Anlage 16:** Quantitative Befragung: Auswertung der Untergruppe 2
(18 bis 59-Jährige)

1 Einführung und Überblick

1.1 Problemstellung und Praxisrelevanz

„Die Gemeinden sind der eigentliche Ort der Wahrheit, weil sie der Ort der Wirklichkeit sind.“ (Hermann Schmitt-Vockenhausen, 1923 – 1979).

Die Gemeinden – der Ort, an dem sich das wirkliche Leben abspielt. Wo eine kommunale Gemeinschaft erlebbar und gesellschaftlicher Zusammenhalt spürbar sein sollte. Kein abstraktes Gebilde, keine schlichten formalen Gesetze von Bund und Ländern, sondern Lebenswirklichkeit. Hier stoßen unterschiedlichste Kulturen, Lebenskonzepte und Erwartungen täglich aufeinander. Sie ecken an, reiben sich aneinander aber existieren doch parallel und bilden eine Gesellschaft – ein Spiegel sozialer und gesellschaftlicher Realität.

Seit 1972 herrscht in Deutschland ein Geburtendefizit. Es werden weniger Kinder geboren als Menschen versterben, wodurch die Bevölkerung dem Grunde nach schrumpft. Dieser Trend wird aufgrund steigender Fluchtmigration in den letzten Jahren aufgehalten, sodass die Bevölkerung in Deutschland bis Ende 2021 auf 83,2 Millionen Menschen anwuchs. Da die geburtenstarken Nachkriegsjahrgänge, die Generation „Babyboomer“ (1955 bis 1969)¹, sukzessive in den Ruhestand eintreten, verändert sich die Gesellschaftsstruktur stark. Lag der Anteil der über 60-Jährigen im Jahr 2012 noch bei 27 % sind es zehn Jahre später bereits 29,4 %. Bezogen auf das Durchschnittsalter wird prognostiziert, dass dieses bis 2070 von derzeit 45 auf 50 Jahre ansteigen wird.² Dabei ist die ältere Bevölkerungsgruppe besonders heterogen in ihrem geistigen und physischen Zustand und so manch ein Achtzigjähriger mit einem Zwanzigjährigen vergleichbar. Diese Vielfalt im Alter

¹ Vgl. Sange/Von Wulffen, Senior Social Entrepreneurship, S. 1.

² Vgl. Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleittheft.html>, [22.10.2023]; Statistisches Bundesamt, Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, 2021, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Publikationen/Downloads-Bevoelkerungsstand/bevoelkerungsfortschreibung-2010130207005.html>, [27.10.2023].

ist zwar teilweise genetisch und durch den Lebensverlauf bedingt, doch vor allem auch Folge des physischen und sozialen Lebensumfeldes.³

Der demografische Wandel bringt dabei nicht nur einen Umschwung in der Altersstruktur mit sich, so hat er auch erhebliche Auswirkungen auf die Armutsgefährdung älterer Menschen. Da sich die zunehmende Anzahl von Rentenbeziehern den immer weniger werdenden aktiven Erwerbstätigen, welche Beiträge in das Rentensystem einzahlen, gegenübersehen, wächst die Rentenlücke stetig. Dies führt zu niedrigen Renten und damit insbesondere für diejenigen, die keine private Altersvorsorge vorweisen können, zu einer erheblichen Armutsgefährdung. Armut wirkt sich auf sämtliche Lebensbereiche der Betroffenen aus und behindert häufig die Teilhabe am kulturellen und sozialen Leben. Von Armut Betroffene sind deutlich öfter sozial ausgegrenzt und können sich dadurch nicht mehr aktiv am öffentlichen Leben beteiligen.⁴

Aufgrund dieser Entwicklungen wird es zunehmend wichtiger, dass Kommunen strukturelle Rahmenbedingungen schaffen, um auf die veränderten Bedürfnisse der alternden Gesellschaft zu reagieren. Dabei müssen politische Maßnahmen so konzipiert werden, dass ein möglichst positiver Alterungsverlauf ermöglicht wird. Aufgrund der Angespanntheit kommunaler Haushalte, stehen Kommunen jedoch gleichzeitig vor der Herausforderung einer guten Aufgabenerfüllung bei geringem Mittelverbrauch, weshalb die Bürger immer häufiger gefordert sind, gesellschaftliche Mitverantwortung zu übernehmen und ihre Arbeitskraft auch ehrenamtlich einzubringen.

Beispielhaft steht hier die Vesperkirche Reutlingen. Als zweitälteste Vesperkirche in Deutschland öffnet sie im Januar 2024 bereits zum 27. Mal unter der Mitarbeit von drei- bis vierhundert Ehrenamtlichen für vier Wochen ihre Türen. Sinn und Zweck der Vesperkirche ist es, finanziell Benachteiligten und gesellschaftlich Ausgeschlossenen mit Würde und Anstand zu begegnen und sie spüren zu lassen, dass sie Teil der Gesellschaft sind. Dafür wird ganz praktisch der Hunger gestillt,

³ Vgl. World Health Organization, Weltbericht über Altern und Gesundheit, 2016, https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/186468/WHO_FWC_ALC_15.01_ger.pdf, [22.10.2023].

⁴ Vgl. Franzese, Mentale und physische Gesundheit im Alter, S. 29.

kulturelles geboten, und für Friseure und Ärzte gesorgt. Neben heißem Kaffee gibt es aber auch die Möglichkeit der persönlichen Ansprache, der Gemeinschaft, einfach des sozialen Miteinanders, wodurch die Einsamkeit gelindert werden soll. Die Vesperkirche übernimmt damit eine wichtige Aufgabe innerhalb der Stadt Reutlingen und ist dabei finanziell von Kirche und Staat unabhängig. Sie bringt Menschen zusammen und gibt damit einer Vielzahl von ihnen in ihrer schwierigen Lebenssituation neue Hoffnung.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die vorliegende Arbeit befasst sich übergeordnet mit der Motivation von Ehrenamtlichen sowie deren Beitrag für einen gelungenen Sozialraum im Hinblick auf die alternde Gesellschaft. Sind die intrinsische Motivation und die persönliche Bedeutung zur Übernahme eines Ehrenamts bekannt, können Ehrenamtliche gezielt akquiriert und motiviert werden. Die Eigenmotivation und die Ausgestaltung der Aufgaben und des Umfelds innerhalb des Ehrenamts spielen hierbei eine entscheidende Rolle, damit diese sich nicht nur vorübergehend, sondern langfristig an der Aufgabenerledigung beteiligen.

Daneben betrachtet die Arbeit den sozialen Zusammenhalt in Deutschland, welcher immer wieder, zuletzt besonders durch die Corona-Pandemie, durch innere und äußere Umstände auf die Probe gestellt wird. Forschungsleitend waren Fragen nach dem Beitrag des bürgerschaftlichen Engagements für den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation der Motive Ehrenamtlicher inklusive deren Akquisition. Im Fokus stehen dabei vor allem ältere Menschen, da diese aufgrund ihres großen Engagementpotenzials, welches sich in der zweiten Lebenshälfte entfaltet, eine Schlüsselrolle einnehmen könnten.

Im folgenden Kapitel zwei wird der Handlungsspielraum der Kommunen im rechtlichen Rahmen der Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern dargestellt. Anschließend schafft Kapitel drei eine Annäherung an den Armutsbegriff sowie einen Überblick über die vielschichtige Gefährdung durch dieselbige. Daneben wird der Verlauf der Altersstruktur in Deutschland betrachtet und in diesem

Zusammenhang gezielt die Altersarmut thematisiert. Infolgedessen wird in Kapitel vier der Sozialraum eingeführt und kommunale Rahmenbedingungen innerhalb diesem besprochen.

Das Kapitel fünf beschäftigt sich mit der empirischen Analyse, welche für diese Arbeit vorgenommen wurde. Dabei wird zum einen ausführlich auf die Datenerhebung durch die qualitativen Interviews mit fünf Ehrenamtlichen der Vesperkirche Reutlingen und die sich daraus gebildeten Hypothesen eingegangen. Anschließend wird die weitere Datenerhebung durch eine quantitative Befragung dargelegt. Die gewonnenen Daten werden in den folgenden Kapiteln sechs, sieben und acht zur weiteren Überprüfung der Hypothesen verwendet. Dabei beschäftigt sich das Kapitel sechs mit der Messung und damit einhergehend, der Entwicklung des sozialen Zusammenhalts in Deutschland, im Allgemeinen. In Kapitel sieben wird in diesem Zusammenhang geklärt, welcher Beitrag Ehrenamtliche für den sozialen Zusammenhalt konkret leisten und was die dahinterstehende Motivation der Menschen ist. Schließlich wird in Kapitel acht das Engagementpotenzial und die Akquisemöglichkeiten von Ehrenamtlichen, insbesondere Älteren, anhand der Vesperkirche Reutlingen näher untersucht. Zuletzt folgt in Kapitel neun eine abschließende Betrachtung und Einordnung der Ergebnisse mit Ausblick zu offengebliebenem bzw. weitergehendem Forschungsbedarf.

2 Aufgaben der Gemeinden in Baden-Württemberg

Die Sozialstaatlichkeit ist ein Verfassungsprinzip und ausdrücklich im Grundgesetz durch den *sozialen Bundesstaat* (vgl. Art. 20 Abs. 1 GG) und den *sozialen Rechtsstaat* (vgl. Art. 28 Abs. 1 GG) benannt und verankert. Sie gehört zu den fundamentalen Struktur- und Staatszielbestimmungen der Bundesrepublik Deutschland und konstituiert, den Schwachen zu helfen, sie zu schützen und die Teilhabe an Einrichtungen und Gütern zu gewährleisten. Als leistender, gestaltender und vorsorgender Staat strebt dieser damit eine soziale Gerechtigkeit und Sicherheit an.⁵

Der erstmals von Ernst Forsthoff 1935 eingeführte Begriff der *Daseinsvorsorge* umschreibt die Aufgabe zur Bereitstellung von Gütern und Leistungen, die für ein sinnvolles menschliches Dasein notwendig sind.⁶

Die Daseinsvorsorge ist Ausfluss des in Art. 20 Abs. 1 GG normierten Sozialstaatsprinzips und ist damit verfassungsrechtlich verankert. Die konkrete Ausgestaltung obliegt den Ländern, welche die Umsetzung jeweils durch die Gemeindeordnungen konkretisiert haben.⁷ Im Kontext zunehmender Industrialisierung und der Ansiedelung überproportional vieler Menschen in den Städten bei gleichzeitiger Schwächung familiärer und nachbarschaftlicher Beziehungen ist der dahinterstehende Auftrag nach wie vor von großer Relevanz. Unter „notwendige Güter und Leistungen“ werden insbesondere existenzielle Bedürfnisse wie Nahrung, Strom, Wasser, Wärme und Wohnraum gefasst. Aber auch die Bereitstellung einer funktionierenden Infrastruktur und öffentlichen Nahverkehrs sowie die Schaffung von Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen fallen im weiteren Sinne unter den Begriff der Daseinsvorsorge. So sind auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Aspekte von dieser umfasst. Gleichzeitig sind die öffentlichen Aufgaben keineswegs abschließend bestimmt und werden unentwegt zum einen durch den technischen Fortschritt und zum anderen durch gesellschaftliche und politische Entwicklungen geprägt und ergänzt. Durch diese Dynamisierung kann auf den wachsenden Bedarf,

⁵ Vgl. Katz/Sander, Staatsrecht, Staatsorganisationsrecht, Grundrechte, S. 121.

⁶ Vgl. Techet, Das Konzept der Daseinsvorsorge, S. 325, 328.

⁷ Vgl. Techet, Das Konzept der Daseinsvorsorge, S. 349.

der durch Herausforderungen wie z. B. den demografischen Wandel entsteht, reagiert werden. Allgemein gesprochen fallen hierunter Aufgaben, an deren Erfüllung ein besonderes allgemeines Interesse besteht.⁸

Bei der Aufgabenerledigung nehmen die Kommunen eine entscheidende Rolle ein. Sie haben das Recht auf kommunale Selbstverwaltung, welche sowohl grundgesetzlich in Art. 28 Abs. 2 S. 3 GG als auch landesverfassungsrechtlich durch Art. 71 Abs. 1 S. 1 LV verankert ist. Das beinhaltet, dass sie selbstbestimmt alle Angelegenheiten, die die Bedürfnisse und Interessen gemeindeeigener Bürger betrifft oder die durch die örtlichen Begebenheiten einen spezifischen Bezug zur Gemeinde haben, regeln darf.⁹ Die Kommunen haben dadurch die Möglichkeit elementar an der Gestaltung der örtlichen Lebensverhältnisse mitzuwirken. Insbesondere betrifft dies die Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge. Es gilt aber zu beachten, dass die bloße Einordnung bestimmter Leistungen als Teil der Daseinsvorsorge nicht automatisch dazu führt, dass die Kommunen rechtlich zu einem konkreten Tätigwerden verpflichtet sind. Eine unmittelbare Rechtspflicht zur Durchführung der Daseinsvorsorge besteht nur dann, wenn ansonsten unerträgliche Zustände vorliegen würden. Ansonsten ermöglicht es die Selbstverwaltungsgarantie den Kommunen, die Aufgabe der Daseinsvorsorge nicht selbst, sondern durch eigene Unternehmen oder durch private Dritte durchführen zu lassen.¹⁰

Neben den örtlichen Angelegenheiten sind solche staatlichen Aufgaben abzugrenzen, welche ausschließlich im Kompetenzbereich der Länder und des Bundes liegen und damit durch die Gemeinden nur als weisungsgebundene, übertragene Aufgaben wahrgenommen werden können.¹¹ Die unterschiedlichen Aufgabenarten der Gemeinden in Baden-Württemberg lassen sich dadurch auf zwei Arten voneinander differenzieren:

⁸ Vgl. Detterbeck, Allgemeines Verwaltungsrecht, S. 5.

⁹ Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 54.

¹⁰ Vgl. Ringwald/Cagan, Gemeinwohlorientiertes kommunales Handeln, S. 55 f.

¹¹ Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 55.

1. **anhand der Freiwilligkeit** – d. h. ob die Erfüllung der Aufgabe der Gemeinde auferlegt wurde oder ob sie die Aufgabe freiwillig durchführt.

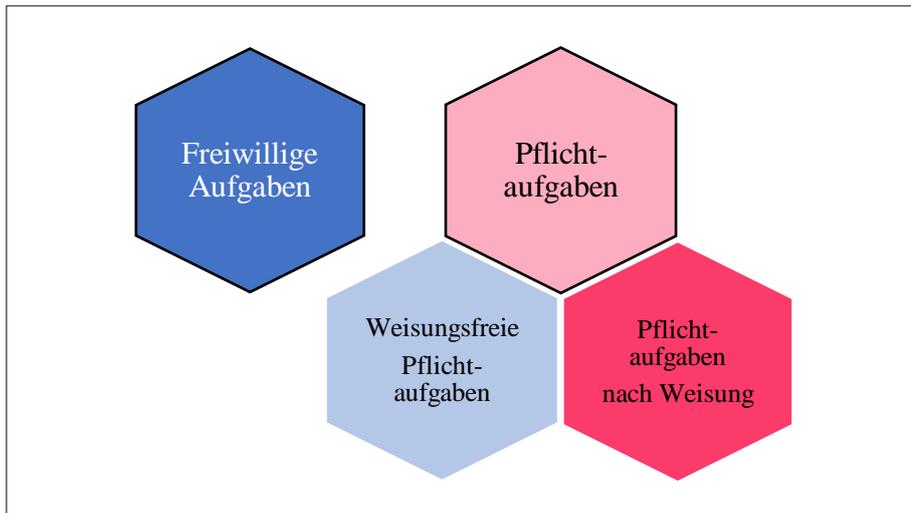


Abbildung 1: Freiwilligkeit zur Übernahme einer Aufgabe durch die Kommune.

(Quelle: eigene Darstellung)

2. **anhand der Weisungsgebundenheit der Gemeinde** während sie die Aufgabe erfüllt.

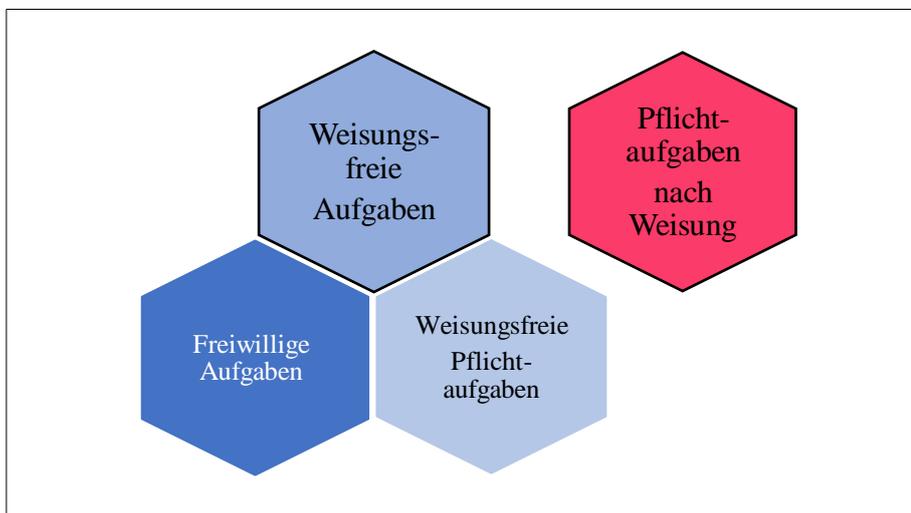


Abbildung 2: Weisungsgebundenheit der Kommune während der Aufgabenerfüllung.

(Quelle: eigene Darstellung)

2.1 Freiwillige Aufgaben der Kommunen

Die Gemeinde ist zur Erfüllung von freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben nicht gesetzlich verpflichtet. Dass die Gemeinden Aufgaben freiwillig übernehmen dürfen und hierbei ein Aufgabenfindungsrecht haben, folgt dem Grundgedanken der Selbstverwaltungsgarantie. Sie entscheidet damit, *ob* sie die betreffende Aufgabe wahrnehmen möchte und *wann* und *wie*. Da sich die Gemeinde freiwillig im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsgarantie zur Erfüllung dieser Aufgaben entscheidet, handelt es sich nicht um staatliche Aufgaben, sondern um Selbstverwaltungsangelegenheiten.¹² Das Aufgabenfindungsrecht beschränkt sich derweil auf das Tätigwerden der Gemeinden auf ihrem eigenen Hoheitsgebiet.¹³

Freiwillige Aufgaben dienen häufig dem Wohl der Bürger. § 10 Abs. 2 S. 1 GemO normiert, dass die Schaffung von öffentlichen Einrichtungen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl ihrer Einwohner erforderlich sind, nur innerhalb der Leistungsfähigkeit der Gemeinde erlaubt sind. Darunter fallen zum einen kulturelle oder soziale Einrichtungen wie Theater, Museen, Freibäder, Gemeinde- und Jugendzentren, zum anderen aber auch soziale Hilfen wie Suchtberatung oder Altenhilfe. Dadurch, dass die finanzielle Last freiwilliger Aufgaben bei den Gemeinden liegt, entsteht bei gleichzeitig beschränkten finanziellen Mitteln automatisch ein Selektionseffekt bei der Erledigung solcher Aufgaben. Daneben sind vor der Hingabe zu freiwilligen Aufgaben die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen. Die Gemeinden haben aber einen Anspruch auf eine finanzielle Mindestausstattung, sodass nach Erfüllung der Pflichtaufgaben noch ein gewisser finanzieller Spielraum zur Erfüllung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben bleiben muss.¹⁴

¹² Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 99 f.

¹³ Vgl. Müller, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 54.

¹⁴ Vgl. Müller, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 54; Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 63 f.

2.2 Pflichtaufgaben der Kommunen

Pflichtaufgaben werden in § 2 Abs. 2 S. 1 GemO legal definiert und beschreiben solche öffentlichen Aufgaben, zu deren Erfüllung die Gemeinde durch ein Gesetz verpflichtet ist. Weiter werden die Pflichtaufgaben in § 2 Abs. 3 GemO unterteilt in weisungsfreie Pflichtaufgaben und Pflichtaufgaben nach Weisung.

Bei *weisungsfreien Pflichtaufgaben* ist die Gemeinde zur Erledigung der Aufgaben zwar verpflichtet, darf aber frei darüber entscheiden, *wie* sie die Aufgaben durchführt. Die staatliche Aufsicht durch das Land beschränkt sich folglich auf die Rechtsaufsicht.¹⁵ Zu den weisungsfreien Pflichtaufgaben gehören unter anderem das Räumen der Straßen, die Abwasserbeseitigung sowie die Errichtung und der Betrieb von Schulen. Da die Gemeinden die Aufgaben ohne Weisung als eigene Aufgaben wahrnehmen, handelt es sich auch bei diesen Aufgaben um Selbstverwaltungsangelegenheiten und nicht um staatliche Aufgaben. Die finanzielle Verantwortung liegt damit bei den Gemeinden, muss aber durch das Land finanziell ausgeglichen werden.¹⁶

Anders verhält es sich bei den *Pflichtaufgaben nach Weisung*. Sie werden auch Weisungsaufgaben oder weisungsgebundene Pflichtaufgaben genannt und meinen genau das: staatliche Aufgaben, die den Gemeinden gesetzlich auferlegt wurden und die durch die Gemeinde auf eine vorgegebene Art und Weise erfüllt werden müssen.¹⁷ Die Gemeinden besitzen zwar die Erledigungskompetenz, es handelt sich jedoch nicht um Selbstverwaltungsangelegenheiten, sodass sie nicht in den Schutzbereich des Art. 28 Abs. 2 GG fallen. Die Aufgaben werden durch die Gemeinden ohne eigenen Spielraum (weder *ob* noch *wie*) als untere staatliche Verwaltungsebene wahrgenommen.¹⁸ Sie unterliegen dadurch der Fachaufsicht, wodurch die Recht- wie auch die Zweckmäßigkeit der Aufgabenerfüllung kontrolliert werden kann, vgl. § 118 Abs. 2 GemO. Beispiel einer Pflichtaufgabe nach Weisung ist die Aufgabe der Ortschaftspolizeibehörde, vgl. § 107 Abs. 4 PolG.

¹⁵ Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 62.

¹⁶ Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 100 f.

¹⁷ Vgl. Müller, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 56.

¹⁸ Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 62.

Zuletzt bilden die *Bundesauftragsangelegenheiten* eine Sonderform der Pflichtaufgaben nach Weisung. Einrichtungen und Behörden, die durch die Länder im Auftrag des Bundes errichtet wurden, sind nach Art. 85 GG Angelegenheiten des Landes und können von diesen an die Gemeinden übertragen werden.¹⁹

2.3 Weisungsfreie und weisungsgebundene Aufgaben der Kommunen

Für die Gemeinden ist es entscheidend, ob es sich um eine weisungsgebundene, also eine staatlich übertragene Aufgabe oder um eine weisungsfreie, also eine Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft handelt. Je nachdem unterscheidet sich die Art und Weise wie eine Aufgabe von der Gemeinde erledigt werden darf.

Die Zuständigkeiten der Gesetzgebungskompetenzen werden durch das Grundgesetz in Art. 70 Abs. 1 GG geregelt. Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit der Bund durch das Grundgesetz keine Gesetzgebungskompetenz erhalten hat. Dies trifft auf das Kommunalrecht zu. Damit hat der Bund keine direkte Gesetzgebungskompetenz auf kommunaler Ebene, vgl. Art. 72 ff. GG.

Bis zur Föderalismusreform im Jahr 2006 konnte der Bund jedoch über die Ausnahmeregelung des Art. 84 Abs. 1 GG auf das Kommunalrecht durch Vollzugsregelungen mit Zustimmung des Bundesrats zugreifen.²⁰ So war es dem Bund möglich, einzelne Aufgaben unmittelbar an die Gemeinden zu übertragen. Die Folge hiervon waren kostenintensive Aufgabenübertragungen zulasten der Gemeinden. Diese Schutzlücke wurde durch den mit der Föderalismusreform eingeführten Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG sowie Art. 85 Abs. 1 S. 2 GG geschlossen. Dadurch besteht ein umfassendes Verbot, Aufgaben durch Bundesgesetz als weisungsgebundene Aufgabe an Gemeinden und Gemeindeverbände zu übertragen. Diese Möglichkeit obliegt nur den Ländern, welche dann auch die Kostenlast tragen müssen, vgl. Art. 71 Abs. 3 LV.²¹ Dem Bund bleibt die Möglichkeit, weisungsfreie Aufgaben über Art. 84 Abs. 1 S. 7 GG an die Kommunen zu übertragen, welche diese dann als eigene Aufgabe wahrnehmen.²²

¹⁹ Vgl. Müller, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 57.

²⁰ Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 70.

²¹ Vgl. Katz/Sander, Staatsrecht, Staatsorganisationsrecht, Grundrechte, S. 37 f.

²² Vgl. Engel/Heilshorn, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 69 f.

3 Altersarmut als existenzielle Bedrohung

Die Gesellschaft in Deutschland wird immer älter. Spätestens mit dem Beginn des Renteneintritts der Generation 'Babyboomer' ist dieser Fakt präsenter denn je und dominiert häufig die Medienlandschaften. Die Nachkriegsgeneration als größte Generation, die Deutschland je hatte, verlässt nach und nach das Alter der Erwerbsfähigkeit. Das statistische Bundesamt meldete im August 2022, dass 12,9 Millionen Erwerbsfähige in den nächsten 15 Jahren das gesetzliche Rentenalter erreichen werden.²³ Das sind 10,9 % der Gesamtbevölkerung in Deutschland.

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung kann bis zum Renteneintritt die Bedarfe der Haushaltsmitglieder eigenständig durch die eigene Erwerbstätigkeit sichern. Die Zahl der Empfänger sozialer Mindestsicherungsleistungen lag zum Jahresende 2021 auf dem tiefsten Wert seit 15 Jahren und ist gegenüber dem Vorjahr um 4,3 % auf 6,6 Millionen Menschen gesunken.²⁴ Mit dem Renteneintritt und damit Wegfall der Erwerbstätigkeit verändert sich auch die finanzielle Situation der Senioren stark. Gleichzeitig ist der Beginn des Ruhestands gesellschaftlich und individuell unterschiedlich geprägt und kann die verschiedensten Emotionen bei den Betroffenen hervorrufen.²⁵ Als Leistungsgesellschaft wurde die Bevölkerung jahrelang eifrig darauf geprägt Leistungen zu erbringen. Sie ist *das* Merkmal, an dem in unserer Gesellschaft Erfolg gemessen wird. Was also, wenn die Leistungsfähigkeit nachlässt? Wenn der Körper langsam müde und die Sehnsucht nach Ruhe groß wird? Oder anders, wenn Körper und Geist fit sind, aber das Alter im Personalausweis nicht so recht zum gefühlten Alter passen will? Wo lassen sich neue Aufgaben finden? Oder wird der Pensionär gesellschaftlich nicht mehr gebraucht, hat er sein Soll erfüllt und kann nun beiseitretreten? Ist das der Ausblick, den wir

²³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus – Arbeitsmarkt 2021, 2022, https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FArbeit%2FArbeitsmarkt%2FERwerbstaetigkeit%2FPublikationen%2FDownloads-Erwerbstaetigkeit%2Fstatistischer-bericht-mikrozensus-arbeitsmarkt-2010410217005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [07.11.2023].

²⁴ Vgl. Statistisches Bundesamt, Soziale Mindestsicherung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Mindestsicherung/aktuell-mindestsicherung.html>, [28.10.2023].

²⁵ Vgl. Franzese, Mentale und physische Gesundheit im Alter, S. 35 ff.

uns als Gesellschaft geben wollen? Nach jahrelanger Hingabe der eigenen Arbeitskraft als Last der Gesellschaft das restliche Dasein zu fristen?

3.1 Armut: Definition, Messgröße, Vorkommen

Der Begriff *Armut* bezeichnet die stärkste Form der sozialen Ausgrenzung im Hinblick auf die materielle Lebenssituation eines Menschen.²⁶ Wie unterschiedlich dieser Begriff verwendet werden kann, soll an einer Auswahl von Zitaten deutlich gemacht werden:

„Arm ist nicht, wer wenig hat, sondern wer viel braucht.“

(Peter Rosegger 1843 – 1918)

„Ein reicher Mann ist oft nur ein armer Mann mit sehr viel Geld.“

(Aristoteles Onassis 1906 – 1975)

„Einsamkeit und das Gefühl unerwünscht zu sein, ist die schlimmste Armut.“

(Mutter Theresa 1910 – 1997)

In den Zitaten werden die unterschiedlichen Aspekte von Armut beschrieben. Armut macht sich keinesfalls nur in einer Dimension bemerkbar. Die große Vielfalt an unterschiedlichen Verwendungsmöglichkeiten des Begriffs deutet auf eine große Divergenz in der Bedeutung und Bewertbarkeit des Begriffs hin. Im Grunde bedeutet Armut, die Unfähigkeit, menschliche Grundbedürfnisse zu befriedigen. Hierzu gehören insbesondere Nahrungsmittel, Gesundheitsversorgung, Bildung, Mitsprache, Ausübung von Rechten, Sicherheit, Würde und menschenwürdige Arbeit.²⁷ Dabei ist Armut keinesfalls ein statischer Begriff, sondern verändert sich dynamisch mit der Zeit und der Gesellschaft. Trotz aller Divergenz beschreibt Armut immer ein Defizit. Die Vorstellung von Armut als lebenslänglichem, feststehenden Zustand ist dabei nicht für alle Betroffenen Realität. Zunehmend wächst das Bewusstsein für Lebensphasen, welche mehr von Armut geprägt sein können als andere.²⁸ In Armut zu leben ist eine komplexe Situation, die sowohl für die

²⁶ Vgl. Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, S. 55 ff.

²⁷ Vgl. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Armut, 2023, <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/armut-14038>, [08.11.2023].

²⁸ Vgl. Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, S. 112.

Betroffenen als auch für die Gesamtgesellschaft eine große Herausforderung darstellt. Gleichermaßen schwierig gestaltet sich deren Bekämpfung.

Zudem ist nicht nur die Definition, sondern auch die Messung von Armut komplex. Eine gewisse Messbarkeit ist jedoch essenziell, um Aussagen über Armut treffen zu können. So spielen neben offensichtlichen Merkmalen, wie ein finanzielles Defizit unter anderem auch die Teilhabechancen an der Gesellschaft und die persönliche Einordnung der eigenen Lebenssituation eine entscheidende Rolle.²⁹ Aufgrund dieser Mehrdimensionalität haben sich in der Armutsforschung verschiedene Ansätze der Messbarkeit entwickelt, die sich zum Teil stark voneinander unterscheiden und dementsprechend auch variierende Ergebnisse liefern.³⁰ Regelmäßig wird dabei zwischen *relativer* und *absoluter* Armut unterschieden.³¹

Die *absolute Armut* meint, dass sich ein Mensch die Befriedigung seiner wirtschaftlichen und sozialen Grundbedürfnisse nicht leisten kann. Ihm fehlt folglich das absolute Existenzminimum zum Überleben. Dementsprechend ist ein früher Tod durch Verhungern, Verdursten, Erfrieren oder durch einfache Krankheiten wahrscheinlicher. Diese absolute Armut ist in Wohlstandsgesellschaften wie Deutschland, im Gegensatz zu den Entwicklungsländern, aufgrund diverser Sozialversicherungsleistungen, die das Existenzminimum sichern, kaum anzutreffen, wenngleich es auch in Deutschland vereinzelt zu Erfrierungsfällen unter Obdachlosen kommt.³²

Abzugrenzen davon ist die *relative Armut*, welche eine abhängige Betrachtungsweise vorsieht. Sie beschreibt den Zustand, in dem ein Mensch im Vergleich zu dem gesellschaftlichen Umfeld, in dem er lebt, arm ist. Das bedeutet, dass er unter dem in diesem Land oder dieser Region herrschenden soziokulturellen Existenzminimum leben muss. Folge relativer Armut ist häufig eine soziale Ausgrenzung und eine geringe gesellschaftliche Teilhabe.

²⁹ Vgl. Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, S. 111 f.

³⁰ Vgl. Alkire/Foster, Counting and multidimensional poverty measurement, S. 485; Deutsch/Silber, Measuring multidimensional poverty, S. 170; Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, S. 55 ff.

³¹ Vgl. Haußer (2008), S. 122.

³² Vgl. Hauser, Das Maß der Armut, S. 122 f.

Um die relative Armutspopulation eines Landes zu bestimmen, muss eine bestimmte Armutsgrenze festgelegt werden. Dies setzt ein dichotomes Konzept voraus, welches die Bevölkerung in *arm* und *nicht arm* teilt. Aufgrund der Dynamik des Lebens lässt sich dadurch jedoch nur eine Momentaufnahme der Gesellschaft abbilden. Abstufungen zwischen diesen beiden Gruppen sind nicht möglich.³³

Zur Berechnung der Armutgefährdungsquote wird als Messgröße auf europäischer Ebene das mittlere Haushaltsnettoeinkommen der Gesamtgesellschaft zu Grunde gelegt. Armut und Armutsrisiko ist zwingend in Relation zu dem Lebensniveau der breiten Mitte zu erfassen. Es ist demnach zu ermitteln, wie viele Menschen über so geringe Mittel (materiell, kulturell, sozial) verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Land, in dem sie leben, als Minimum annehmbar gilt. Von relativer Armut betroffen ist, wer weniger als 60 % dieses Medianeinkommens zur Verfügung hat.³⁴ Die Armutgefährdungsschwelle ist abhängig von der Anzahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder. Im Jahr 2021 lag dieser Schwellenwert für eine alleinlebende Person in Deutschland bei 1.251,00 EUR Netto/ Monat. Für zwei Erwachsene mit zwei Kindern unter 14 Jahren betrug der Wert 2.625,00 EUR Netto/ Monat.³⁵

Messungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2022 haben ergeben, dass 14,7 % – jede siebte Person – in Deutschland von Armut betroffen ist. Weitere 6,2 % sind von sozialer Ausgrenzung bedroht. Verglichen mit dem vorangegangenen Jahr 2021 haben sich die Zahlen nur marginal verändert.³⁶

³³ Vgl. Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, S. 112.

³⁴ Vgl. Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Armutgefährdungsquoten, 2022, <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrung-und-0>, [14.10.2023].

³⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt, Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen, 2023, https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefaehrung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [12.11.2023].

³⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen, 2023, https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefaehrung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [11.11.2023].

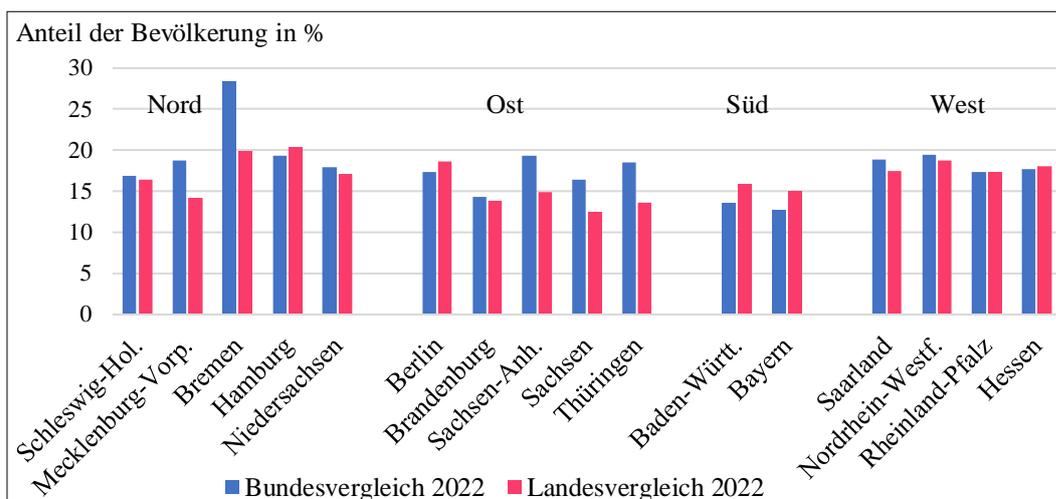


Abbildung 3: Armutsgefährdungsquote nach Bundesländern im Jahr 2022.

(Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Armutsgefährdungsquoten, 2022, <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefahrdung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefahrdung-und-0>, [12.11.2023].)

Die Armutsgefährdungsquote lässt sich nicht nur auf die Gesamtbevölkerung in Deutschland, sondern auch pro Bundesland betrachten. Süddeutschland weist mit Bayern (12,7 %) und Baden-Württemberg (13,6 %) die Bundesländer mit der geringsten Armutsgefährdungsquote aus. Der größte Anteil der Armutsgefährdungsquote im Bundesvergleich entfällt auf Bremen mit 28,4 %. Das bedeutet, den Menschen in Bremen stehen im Vergleich mit dem bundesweiten, durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommen, am wenigsten finanzielle Ressourcen zur Verfügung. Ein gewisses Nord-Süd-Gefälle innerhalb Deutschlands ist sichtbar.

Bei der Interpretation dieser regionalen Armutsvergleiche ist zu beachten, dass es zwischen den Regionen signifikante Unterschiede in den Lebenshaltungskosten gibt. Das bedeutet, dass die gleichen finanziellen Ressourcen nicht bundesweit für die gleichen Mittel ausreichen.³⁷ Aufgrund der Mehrdimensionalität von Armut ist eine regionalisierte Einkommensarmutsschwelle aber insbesondere sinnvoll, um fehlende soziale Teilhabe sichtbar zu machen. Das direkte soziale Umfeld entscheidet über Inklusion oder Exklusion der Armen. Hat die gesamte Region im bundesweiten Vergleich wenig finanzielle Ressourcen, wirkt eine soziale

³⁷ Vgl. Röhl/Schröder, Regionale Armut in Deutschland, S. 4.

Exklusion schwächer, da das gesamte, direkte, soziale Umfeld betroffen ist. Wenn sich keiner einen Theaterbesuch leisten kann, wird auch keiner aufgrund fehlender Mittel ausgeschlossen.³⁸ Wird also das bundeslandbezogene durchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen zu Grunde gelegt, verändern sich die Daten merklich. Die höchste Armutsgefährdungsquote mit 20,4 % ist in Hamburg und die niedrigste mit 12,5 % in Sachsen zu finden. Das bedeutet, dass immerhin ein Fünftel der Menschen in Hamburg weniger als 60 % des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens im eigenen Bundesland zur Verfügung haben.

3.2 Die veränderte Altersstruktur der Gesellschaft

Häufig wird die Personengruppe ab 65 Jahre als *ältere Menschen* bezeichnet. Diese Altersschwelle markiert grundsätzlich das reguläre frühestmögliche Renteneintrittsalter.³⁹ Eine klare Abgrenzung gibt es in der Literatur allerdings nicht.⁴⁰ Wobei es womöglich auch keiner klaren Definition bedarf, denn das kalendarische Alter stimmt in den seltensten Fällen mit dem gefühlten Alter überein. Gleiches gilt für den Lebensverlauf der Menschen, der sehr individuell ist und sich an keiner exakten Marke messen lässt.

³⁸ Vgl. Röhl/Schröder, Regionale Armut in Deutschland, S. 9.

³⁹ Vgl. Deutsche Rentenversicherung, Die reguläre Altersrente, https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/national/von_altersgrenze_bis_zeitrente_rentenlexikon.html, [12.11.2023].

⁴⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Lebenslagen Älterer, 2020, <https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/293233/lebenslagen-aelterer/#:~:text=Zur%20älteren%20Bevölkerung%20zählen%20danach%20die%20über%2060-,mit%20dem%20biologischen%20C%20sozialen%20oder%20psychologischen%20Alter%20identisch.> [13.11.2023].

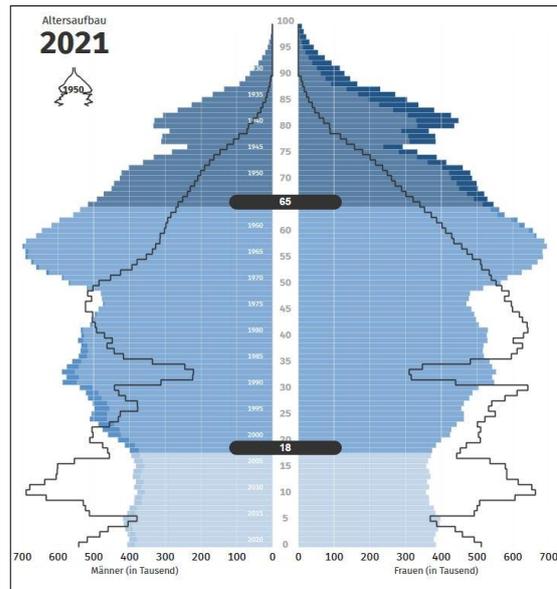


Abbildung 4: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland im Vergleich 1950 und 2021.

(Quelle: Vgl. Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html>, [22.10.2023].)

Die Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert und wird sich zukünftig weiter verändern. War es 1950 noch jede zehnte Person, die in Deutschland 65 Jahre und älter war, so war es Ende 2021 bereits jede fünfte Person. Im Gegensatz dazu nahm die jüngere Bevölkerungsgruppe, die der unter 18-Jährigen im selben Zeitraum um 11 % ab und macht seither nur noch 17 % der Gesamtbevölkerung aus. In der mittleren Bevölkerungsgruppe der 18 bis 64-Jährigen gab es hingegen wenig Veränderungen, sodass diese weiterhin die größte Gruppe bilden. Die Gesamtbevölkerung ist dagegen stark gewachsen von 69,3 Millionen im Jahr 1950 auf 83,2 Millionen Menschen Ende 2021.

Das Statistische Bundesamt prognostiziert in seiner 15. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, dass es bis 2036 in Deutschland wesentlich mehr Menschen im Rentenalter geben wird. Die Zahl der über 65-Jährigen soll im Jahr 2036 einen Bevölkerungsanteil von 28 %, also 22,8 Millionen Menschen ausmachen. Unter Berücksichtigung der derzeitigen Trends und Annahmen wird daher für 2036 ein Altenquotient von 50 angenommen. Der Altenquotient gibt an, wie viele Personen über 65 Jahren auf 100 Personen der mittleren Bevölkerungsgruppe (18 –

64 Jahren) kommen. Das ist ein drastischer Anstieg, wenn berücksichtigt wird, dass im Jahr 2021 der Altenquotient bei 36 lag.

Wichtigste Ursache hierfür, ist der demografische Wandel. Dabei wirken drei demografische Komponenten auf die Bevölkerungszahl: Fertilität, Mortalität und Migration. Da seit 1972 die Sterbefälle die Geborenen übersteigen, wächst die Bevölkerung jährlich lediglich aufgrund eines positiven Wanderungssaldos. Unter einem Wanderungssaldo ist die Differenz zwischen Ein- und Auswanderungen in Deutschland zu verstehen. In Folge einer etwas gestiegenen Geburtenrate der letzten zehn Jahren im Vergleich mit dem vorhergehenden Jahrzehnt und der Migration von Menschen im jüngeren und mittleren Alter, wurde diese Entwicklung leicht abgemildert. Trotzdem ist in Deutschland heute jede zweite Person älter als 45 Jahre und jede fünfte Person älter als 66 Jahre.⁴¹ Die Geburtenrate lag 2020 bei 1,53 Kindern je Frau und sank 2022 auf 1,46 Kinder je Frau, wobei Erstgebärende inzwischen im Durchschnitt 30,4 Jahre alt sind. Für die nächsten Jahre stehen sich der Trend einer weiter sinkenden Geburtenrate und die große Generation der Babyboomer, welche derzeit ins Rentenalter wachsen, gegenüber.

3.3 Die Besonderheiten von Armut im Alter

Für Personen, die zwischen 1947 – 1963 geboren sind, wird die Regelaltersrente ohne Abschläge schrittweise bis 2029 auf die Altersgrenze von 67 Jahren angehoben. Das bedeutet, dass 2024 Menschen mit Geburtsjahr 1958, ohne Abschläge in Altersrente gehen dürfen, vgl. § 235 SGB VI. Begründet wird dieses Vorgehen mit der verlängerten Lebenserwartung, denn die Rente soll für die jüngeren Generationen auch zukünftig bezahlbar bleiben.

⁴¹ Vgl. Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitetheft.html>, [22.10.2023].



Abbildung 5: Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland, 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbetafel.html>, [13.11.2023].)

Die Lebenserwartung für in 2023 Geborene liegt für Frauen bei 88,2 Jahren und für Männer bei 84,6 Jahren. Damit ist die Lebenserwartung heute doppelt so hoch wie vor 150 Jahren. Als Gründe werden die Verringerung der Säuglingssterblichkeit, der Fortschritt in der medizinischen Versorgung, bessere Hygiene, ausreichend Ernährung und verbesserte Wohnsituationen und Arbeitsbedingungen genannt. Die höchste Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland haben Menschen in Baden-Württemberg, während die niedrigste die Menschen in Sachsen-Anhalt und dem Saarland haben.⁴²

⁴² Vgl. Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html>, [22.10.2023].

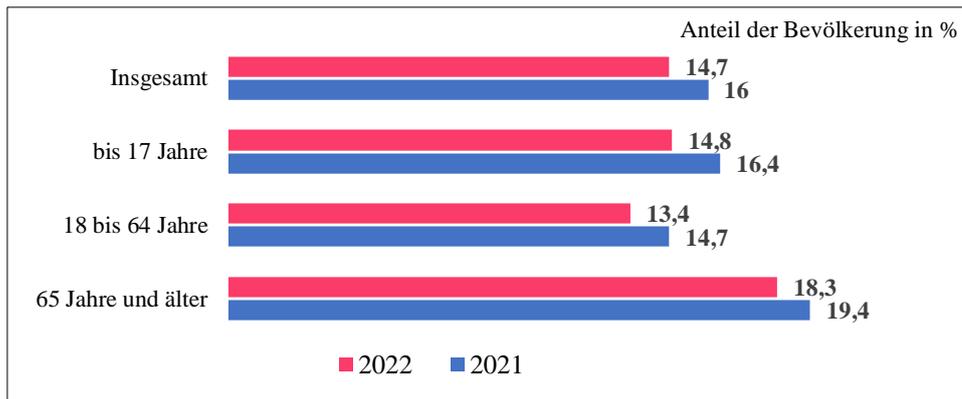


Abbildung 6: Armutsgefährdungsquote in Deutschland nach Altersgruppen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen, 2023, [https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefahrdung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, \[11.11.2023\].](https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefahrdung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [11.11.2023].))

Als Folge der steigenden Lebenserwartung verlängert sich auch die Zeit des Ruhestandes. Deshalb sind Menschen ab 65 Jahren diejenigen, welche am meisten von relativer Armut betroffen sind.⁴³

Unbeachtet bleibt allerdings, dass eine höhere Lebenserwartung häufige Folge eines gesunden und ausgeglichen Lebensstils ist. Dieser ist wahrscheinlicher, wenn ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.⁴⁴ Das bedeutet, einkommensarme Menschen beziehen aufgrund der gestiegenen Regelaltersgrenze trotz gleichbleibender Lebenserwartung eine kürzere Zeit Rente. Abhilfe würde eine individuelle Betrachtung des Einzelfalls schaffen, diese würde aber einen zu großen Verwaltungsaufwand bedeuten. Überdies wäre eine prognostische Differenzierung der Altersgrenze über die derzeitige Lebenssituation zu subjektiv in der Bewertung und müsste über einen gewissen Zeitraum beobachtet und verglichen werden.⁴⁵ Eine Betrachtung der Lebenssituation bei Antragstellung wäre der Blick auf eine

⁴³ Vgl. Statistisches Bundesamt, Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen, 2023, [https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefahrdung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, \[12.11.2023\].](https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefahrdung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [12.11.2023].)

⁴⁴ Vgl. Franzese, Mentale und physische Gesundheit im Alter, S. 30 ff.

⁴⁵ Vgl. Groh-Samberg, Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur, S. 89 f.

Momentaufnahme, welche nicht unbedingt Aussagekraft über das gesamte Leben der Person entfaltet. Schließlich hätte eine individuelle Altersgrenze gesellschaftliche Folgen, im Hinblick auf soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung. Es wäre nicht zu rechtfertigen, dass Menschen, welche ein Großteil Ihres Lebens gearbeitet haben, später weniger Regelaltersrente beziehen dürfen als solche, welche dies nicht getan haben.

Neben der Messung einer relativen Armut kann für eine Ermittlung der von Altersarmut Betroffenen auch die Anzahl derer zu Grunde gelegt werden, welche Grundsicherung im Alter, also Sozialhilfe beziehen. Leistungsberechtigt sind diejenigen, welche die Regelaltersgrenze überschritten haben und deren Einkommen nicht ausreicht, um ihren Lebensunterhalt zu decken, vgl. § 27 SGB XII. Bezogen haben diese Sozialleistung zum Ende 2021 rund 1,1 Millionen Menschen. Die Zahl der Empfänger stieg um 2,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl es sich bei den 1,1 Millionen Sozialhilfeempfängern um knapp 6 % der 18,4 Millionen Menschen handelte, welche Ende 2021 über 65 Jahre alt waren, machen sie nur rund 17 % der gesamten Sozialhilfeempfänger (6,6 Millionen Menschen) aus. Das bedeutet, dass ältere Menschen nicht überproportional bedürftiger sind als die Menschen anderer Altersgruppen.⁴⁶ Allerdings ist die Beseitigung der Hilfebedürftigkeit bei älteren Menschen nahezu unmöglich, da eine Erwerbstätigkeit nur in geringem Maß und nur in wenigen Fällen möglich ist, in der Regel, aber nicht ausreicht, um eine Hilfebedürftigkeit zu beenden.

Unterdessen muss auch die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern beachtet werden, welche häufig bereits im Erwerbsleben begründet ist. Unterschiedliche Bezahlung bei gleicher Arbeit, Chancenungleichheiten und Kindererziehungszeiten sind nur einige der Faktoren, welche häufig zu niedrigen Renten bei Frauen führen. Die durchschnittlichen Alterseinkünfte von Frauen über 65 Jahren lagen Ende 2021 bei 21.408,00 EUR. Im Vergleich dazu lagen die der Männer bei 22.592,00 EUR. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass rund ein Drittel der Frauen abgeleitete Ansprüche, wie etwa Hinterbliebenenrente, erhalten. Bei Männern trifft dies nur

⁴⁶ Vgl. Statistisches Bundesamt, Soziale Mindestsicherung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Mindestsicherung/aktuell-mindestsicherung.html>, [28.10.2023].

auf rund ein Zwanzigstel zu. Der Hauptbestandteil des Haushaltseinkommens, welches älteren Menschen zur Verfügung steht, kommt daher häufig durch den Ehemann. Folge ist, dass eine Vielzahl älterer Frauen von den Unterhaltszahlungen ihres Ehemannes abhängig ist. Die eigenständige Alterssicherung von Frauen ist damit nicht gegeben und muss weiterhin ausgebaut werden.⁴⁷

Individuelle und gesellschaftliche ökonomische Bedingungen wirken sich stark auf die Gesundheit des Menschen aus. Armut bedeutet einen Mangel. Daraus resultierende geringe Leistungsfähigkeit und ein schwaches Immunsystem erhöhen die Wahrscheinlichkeit zu erkranken. Mit steigendem Alter kann der Körper Krankheiten weniger gut überstehen. Weitere Folge von Altersarmut ist die verminderte soziale Teilhabe. Die finanziellen Mittel verringern sich in der Regel durch den Übergang in den Ruhestand. Davor bestehende Mängel können sich hierdurch verstärken. Eine gesellschaftliche Teilhabe ohne ausreichend finanzielle Mittel ist nur schwer aufrecht zu erhalten. Die durch das Alter sinkenden sozialen Kontakte, z. B. durch den Wegfall der Erwerbstätigkeit, wirken sich ebenfalls auf eine verminderte soziale Teilhabe aus.⁴⁸ In den meisten Fällen ist Altersarmut, insbesondere wenn Armut im Erwerbsleben keine Rolle gespielt hat, für die Betroffenen schambehaftet. Die wenigsten wenden sich in ihrer Not an die eigenen Familienmitglieder, um einer potenziellen Belastung aus dem Weg zu gehen. Äußere Hilfestellungen werden oftmals nur im absoluten Notfall in Anspruch genommen, um nicht auf die eigene Situation aufmerksam zu machen, zu groß ist die Angst vor einer weiteren sozialen Ausgrenzung.⁴⁹

⁴⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen, 2023, https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefaehrdung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [12.11.2023].

⁴⁸ Vgl. Franzese, Mentale und physische Gesundheit im Alter, S. 13 f.

⁴⁹ Vgl. Franzese, Mentale und physische Gesundheit im Alter, S. 34.

4 Sozialraumorientiertes Altern

Der gesellschaftliche Wandel ist in den unterschiedlichsten Lebensbereichen sichtbar und hat Auswirkungen auf das Zusammenleben der Menschen. Die heterogene Zusammensetzung der Bevölkerung und der unterschiedliche Zugang zu Ressourcen sind schon lange zu einer komplexen Alltagsherausforderung geworden. Das Bedürfnis nach zielgerichteten Angeboten und Unterstützungsmöglichkeiten, die Hilfestellung bei der Bewältigung dieser Problemlagen leisten, wird immer größer.

Prozesse, die in Folge von Internationalisierung und Globalisierung die unterschiedlichsten Lebensbereiche steuern, können kaum kommunal beeinflusst werden. Auf lokaler Ebene sind daher kleinere Einheiten zu suchen, wie z. B. Sozialräume, in denen etwas bewegt werden kann. Ein Sozialraum wird als relationale Anordnung von Lebewesen und sozialen Gütern definiert. Dabei wird Raum begründet durch den Bau von Gebäuden, das Anordnen von Objekten und der Positionierung von Menschen im Raum (*Spacing*). Damit Raum aber nicht als schlichte Ansammlung von Objekten wahrgenommen wird, erbringen die sich im Raum befindlichen Individuen eine Syntheseleistung. Diese basiert auf Wahrnehmungs-, Vorstellungs- oder Erinnerungsprozessen (*Synthese*). Diese Prozesse laufen wiederkehrend parallel ab, sodass die Wahrnehmung des Raums gleichzeitig das weitere Bauen und Positionieren von Objekten und Menschen im Raum beeinflusst.⁵⁰

Diese relationale Anordnung beinhaltet auch Verteilung im Sinne von Zugangsmöglichkeiten, von Teilhabe und Ausgeschlossenheit. Sichtbar werden sie z. B. in Prozessen sozialräumlicher Segregation, wenn sich Gruppen mit finanziellen Mitteln räumlich von solchen ohne finanzielle Mittel abgrenzen. Da die räumliche und die soziale Lage der Menschen eng miteinander verbunden sind, hängen Handlungsressourcen und Möglichkeiten stark von der räumlichen Umgebung ab, in welchen sich die Menschen befinden. Dies wird auch daran deutlich, dass die Wahl des Wohnstandorts von der besonderen Nähe zu Universität, Arbeitsplatz, öffentlichem Nahverkehr und Schulen abhängig ist. Die Folge sind die Bildung von

⁵⁰ Vgl. Renneberg, Sozialraumorientierung, S. 16.

Studentenstädten, Armenvierteln oder Migrantenvierteln. Eine solche Ansiedelung von bestimmten Personengruppen in Quartieren kann auch zu einer Stigmatisierung der Bewohner führen und wiederum die weiteren baulichen und räumlichen Entwicklungen des Stadtviertels prägen, wodurch soziale Ungleichheiten weiter gefestigt werden.⁵¹

4.1 Das Konzept der Sozialraumorientierung

Hier setzt die sozialraumbezogene Sozialarbeit an, welche bei der Bewältigung von schwierigen Lebenssituationen aber auch bei sozialen Problemen und Konflikten unterstützt. Ziel ist es die Mitbestimmung der Menschen, die in dem betroffenen Sozialraum leben, zu fördern und gemeinsam den Sozialraum nach deren Willen und Bedürfnissen, zu gestalten.⁵² Diese Bindung durch einen Sozialraum schafft regionale Lösungen, welche sich nicht auf Bundesebene finden lassen. Herausgebildet hat sich dafür das Konzept der Sozialraumorientierung, welches auf fünf Säulen steht:

- Ausgangspunkt jeglicher Veränderung ist der Wille des Menschen. Ist ein starkes Interesse nach einer Veränderung bekannt, kann gemeinsam daran gearbeitet und Verantwortung übernommen werden.
- Aktivierende Arbeit hat Vorrang vor betreuender Tätigkeit. Daher stehen Selbsthilfe und Eigeninitiative der Betroffenen im Vordergrund. Vorhandene Ressourcen sollen erhalten bzw. entdeckt und mobilisiert werden.
- Ressourcen sind zu ermitteln und zu nutzen. Bspw. der Mensch mit seinen Fähigkeiten, oder der Sozialraum mit seinen Netzwerken und Kooperationen.
- Im Fokus steht nicht eine bestimmte Personengruppe, weshalb ein Zielgruppendenken vermieden werden soll. Die Arbeit bezieht sich auf ein Wohngebiet, in welchem verschiedene Zielgruppen wohnen, welche

⁵¹ Vgl. Renneberg, Sozialraumorientierung, S. 16.

⁵² Vgl. Renneberg, Sozialraumorientierung, S. 17.

ähnliche Interessen für das Wohngebiet haben. Diese Gemeinsamkeit gilt es herauszuarbeiten.

- Die Bereitschaft mit verschiedenen Akteuren zu kooperieren ist elementar, weshalb eine Vernetzung innerhalb und außerhalb des Sozialraums unbedingt notwendig ist.

Wichtig dabei ist die Unterscheidung von „Wille“ und „Wunsch“ der Menschen. Der Wille im Sinne von „*Ich bin entschlossen, mit eigener Aktivität zum Erreichen meines Ziels beizutragen*“ ist Ausdruck eigener Handlungsbereitschaft. Der Wunsch im Sinne von „*Ich hätte gern etwas, wozu andere etwas für mich tun müssen*“ hingegen, ist eine einseitige Beziehung, in der eine Person Wünsche äußert, während eine andere versucht diese zu erfüllen.⁵³

Daneben muss die Sozialraumorientierung auch in der Quartiers- und Stadtteilarbeit der Kommunen Berücksichtigung finden, denn die Menschen brauchen Orte, an denen sie zusammenkommen können. Dies schafft nicht nur die Möglichkeit einer bequemen materiellen Versorgung, vielmehr schafft es ein gutes Miteinander die Folgen von Armut, Krankheit, Migration, usw. abzumildern.⁵⁴

Insbesondere im Alter verringert sich der Mobilitätswert und die sozialen Kontakte, sodass eine sozialräumliche Ausrichtung sozialer Arbeit durch die räumliche Nähe nicht nur den Zugang zu öffentlichen Leistungen erleichtert. Vielmehr macht es diese damit auch persönlicher und effektiver. Denn sozialräumlich agierende Sozialarbeiter erkennen prekäre persönliche Entwicklungen sowie auch Fehlentwicklungen in der Kommune anhand der Häufung von Problemlagen schneller als zehn verschiedene Fachkräfte, welche je einen Fall eines Wohngebiets bearbeiten.⁵⁵

4.2 Den Sozialraum durch die Daseinsvorsorge gestalten

Menschen haben je nach Lebensphase unterschiedliche Anforderungen an ihre Kommune. Die Lebensqualität im Alter hängt dabei vor allem von den lokalen

⁵³ Vgl. Hinte, Sozialraumorientierung, S.14; Renneberg, Sozialraumorientierung, S. 20.

⁵⁴ Vgl. Renneberg, Sozialraumorientierung, S. 20 f.

⁵⁵ Vgl. Hinte, Sozialraumorientierung, S. 19 f.

Umständen ihres Sozialraums ab. Im Alter ist es besonders wichtig, dass entsprechende Maßnahmen getroffen werden, damit die Gesundheit, Selbstständigkeit und die Lebensqualität erhalten bleiben.⁵⁶ Dazu gehört insbesondere der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Barrierefreiheit, Pflegestrukturen, verschiedene Angebote der Gesundheitsversorgung, Beratungs- und Hilfsangebote sowie altersgerechtes Wohnen.

Darüber hinaus sind Begegnungsmöglichkeiten von elementarer Bedeutung. Aufgrund der großen Armutsgefährdung dieser Bevölkerungsgruppe muss bei der Erfüllung der Aufgaben jedoch stets der finanzielle Aspekt mitbeachtet werden. Der Sinn und Zweck solcher Einrichtungen und Maßnahmen würde verfehlt werden, sollte die Zielgruppe diese aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen nicht nutzen können. Dann würde sich der gute Wille in einen nutzlosen finanziellen Aufwand für den kommunalen Haushalt wandeln.

Ein Großteil der genannten Aufgaben, welche den Sozialraum gestalten und damit Grundlage für ein gutes Leben im Alter bieten, sind freiwillige kommunale Aufgaben der Daseinsvorsorge. Das bedeutet, dass die Kommunen sie nur übernehmen und die Bedürfnisse der alternden Bevölkerung befriedigen können, wenn der Haushalt dies zulässt. Der Handlungsspielraum der Kommunen ist damit sehr eingeschränkt. Wenn bedacht wird, dass durch den demografischen Wandel bereits heute jede zweite Person älter als 45 und jede fünfte Person älter als 66 Jahre⁵⁷ ist, wirkt es sehr realitätsfern, dass eine nachhaltige Seniorenpolitik als freiwillige und nicht als Pflichtaufgabe mit finanzieller Unterstützung der Gemeinden eingestuft wird. Aktuell versuchen viele Kommunen unter Beteiligung älterer Menschen eine aktivierende und auf Teilhabe ausgerichtete Politik zu gestalten. Allerdings gibt es auch sehr viele Kommunen, die insbesondere seit der Einführung der Pflegeversicherung keinen Schwerpunkt mehr darauf legen.⁵⁸ Ob gute Lebensbedingungen im Alter vorgefunden werden können, kommt folglich stark auf die jeweilige Region

⁵⁶ Vgl. Franzese, Mentale und physische Gesundheit im Alter, S. 33 ff.

⁵⁷ Vgl. Statistisches Bundesamt, 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung, 2022, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleittheft.html>, [22.10.2023].

⁵⁸ Vgl. BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. VII, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

an. Diese differierende und regionalisierte Umsetzung durch die Kommunen kann schon im Hinblick auf Art. 72 GG nicht vom Gesetzgeber gewollt sein, denn dies widerspräche einer Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet. Ein möglicher Lösungsansatz, um Teilbereiche zu stabilisieren wären interkommunale Zusammenschlüsse. Dadurch könnte die Finanzlast der Aufgabenerledigung verringert und damit kommunale Haushalte entlastet werden. Gleichzeitig können durch die gemeinsame Aufgabenerfüllung Synergieeffekte genutzt und damit ein besonders wirtschaftliches Handeln ermöglicht werden.⁵⁹ Der Bund versucht seinerseits mit Maßnahmen wie Mietpreisbremsen und der Erhöhung der Wohngeldleistungen, Wohnungen bezahlbar zu gestalten und dadurch den angespannten Wohnungsmarkt zu stabilisieren.⁶⁰

Die finanzielle Situation der Kommunen, also die Ein- und Ausgabesituation sowie die bestehende Verschuldung, ist regional sehr unterschiedlich. Wenn Menschen ihren Wohnort frei wählen können, ist davon auszugehen, dass sie dort wohnen, wo sie die besten Voraussetzungen für ihre jeweilige Lebenssituation vorfinden.

⁵⁹ Vgl. Müller, Kommunalrecht Baden-Württemberg, S. 306; BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. XV, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

⁶⁰ Vgl. BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. XXV, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

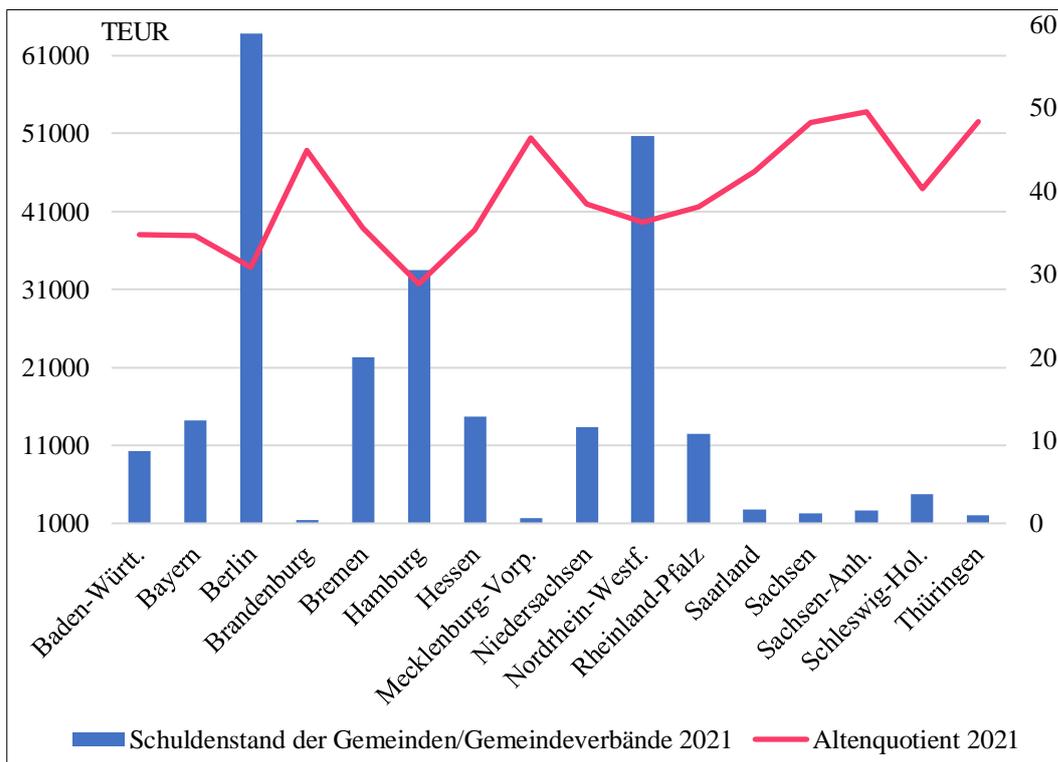


Abbildung 7: Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbände und Altenquotient der Bundesländer.

(Quelle: Statistisches Bundesamt, Vorläufiger Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbänden 2023 <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finanzen/Schulden-Finanzvermoegen/Tabellen/liste-vorlaufuefiger-schuldenstand-gemeine-gemeindeverbaende.html#655786>, [15.11.2023].)

Wird der Altenquotient eines Bundeslandes mit der Gesamtverschuldung der Gemeinden des Bundeslandes in Verbindung gebracht, fällt auf, dass je höher die Verschuldung der Gemeinden ist, desto niedriger auch der Altenquotient. Denn je belasteter die kommunalen Haushalte sind, desto weniger wahrscheinlich können finanzielle Ressourcen für freiwillige Aufgaben aktiviert werden. Bei der Interpretation ist zu beachten, dass ältere Menschen aufgrund familiärer Verwurzelung an ihrem Wohnort gehalten und dafür schlechtere Rahmenbedingungen in Kauf nehmen könnten.

Dabei darf die Gestaltung des Sozialraums nicht nur abhängig von dem Finanzhaushalt einer Kommune sein. Vielmehr muss sich ein entsprechendes Leitbild in den Kommunen etablieren, welches Antwort darauf gibt, inwieweit die Bewältigung der durch den demografischen Wandel hervorgerufenen Herausforderungen als kommunaler Handlungsauftrag verstanden wird. Notwendige lokale Strukturen,

um diesen Handlungsauftrag zu erfüllen, müssen im Einzelfall durch jede Kommune überprüft sowie weiterentwickelt werden. Dabei geht es insbesondere um die Lage, die Anbindung, vorhandene Dienstleistungsstrukturen und Partizipationsmöglichkeiten durch die Bewohner, denn in den Sozialräumen der alternden Bevölkerung müssen alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass diese an der Gesellschaft teilhaben und menschenwürdig altern können. Eine inklusive, sichere und resiliente Daseinsvorsorge ist dafür der Schlüssel. Dazu ist es dringend notwendig, dass die Gemeinden mehr Verantwortung für die Sicherung und den Ausbau der Daseinsvorsorge im Alter übernehmen. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn sie mit der entsprechenden Handlungsfähigkeit und den notwendigen finanziellen Ressourcen ausgestattet werden. Je stärker ältere Menschen in die Gemeinschaft eingebunden und in den Sozialraum integriert sind, desto besser können sie Krisen bewältigen. Wer über stabile soziale Kontakte verfügt, wer eine Aufgabe hat und sich gesellschaftlich einbringen kann, bereichert gesellschaftliches Zusammenleben, ist gesünder und greift erst später auf oft kostenintensive, formelle Dienstleistungen, z. B. aus der Pflegeversicherung zurück. Selbstverständlich betreffen der Aufbau und die Weiterentwicklung dieser lokalen Strukturen nicht einzig die älteren Mitmenschen. Dennoch steigt durch die wachsende Anzahl älterer Bürger die Nachfrage an genau diesen, auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnittenen, Dienstleistungsangeboten. Trotzdem muss die Kommune auch für die Jüngeren ein attraktiver Wohnort mit Bildungs- und Freizeitangeboten bleiben, wengleich die Bedürfnisse dieser beide Altersgruppen womöglich nur selten in der Sozialraumgestaltung deckungsgleich sind.⁶¹

⁶¹ Vgl. BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. 23, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

5 Empirische Analyse

Um sich den Antworten zu gerade aufgeworfenen Fragen anzunähern, standen für die eigene Datenerhebung folgende forschungsleitende Fragen im Zentrum:

- Welchen Beitrag leistet bürgerschaftliches Engagement für den sozialen Zusammenhalt?
- Was sind die Motive von Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren?
- Was bedarf es, dass sich insbesondere ältere Menschen bürgerschaftlich engagieren?

Die forschungsleitenden Fragen bildeten sogleich die Themenhöfe für die fünf geführten Interviews mit Ehrenamtlichen des Leitungskreises der Vesperkirche Reutlingen. Erforscht wurde, auf welchem Weg Menschen zu ihrem Ehrenamt kommen, was der persönliche Antrieb ist und inwieweit sich das bürgerschaftliche Engagement auf den erlebbaren sozialen Zusammenhalt der Menschen auswirkt.

Ausgehend von der Grundannahme, dass Menschen ihre immer knapper werdende Zeit und ihre emotionalen Ressourcen bevorzugt in ihre Familie, Hobbys und Reisen stecken, würde es naheliegen, dass daneben keine Zeit für ein Ehrenamt übrigbleibt. Trotzdem ist das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland auf einem hohen Niveau.⁶² Was ist es also, das Menschen ein Ehrenamt annehmen lässt? Da das Verpflichtungsgefühl innerhalb eines Ehrenamts nicht auf einer monetären Gegenleistung fußen kann, muss dieses intrinsisch, also aus dem Inneren heraus generiert werden. Ein persönliches und starkes Verpflichtungsgefühl ist deshalb wichtig, damit das Ehrenamt zuverlässig, gewissenhaft und im besten Fall langfristig ausgeübt wird. Ebenfalls ist es entscheidend, dass das freiwillige Engagement unkompliziert Teil der eigenen Lebenswelt werden kann, denn liegen zu viele Hinderungsgründe vor, schwächt das die Motivation und das Durchhaltevermögen.

⁶² Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 58, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

Für die Akquisition von Ehrenamtlichen wird angenommen, dass generationsbedingt unterschiedliche Kanäle zu Informationszwecken genutzt werden. Demnach müssen auch verschiedene Kanäle verwendet werden, um die diese anzusprechen. Werden die relevanten Kanäle der Zielgruppe identifiziert, kann zielgerichtet akquiriert werden. Gemeint ist damit eine generelle, fundierte Akquisition von Ehrenamtlichen. Ebenfalls dadurch ermöglicht werden soll eine zielgerichtete Ansprache, eine Art Selektion der für die vorliegende Aufgabe *richtigen* Ehrenamtlichen.

Wissenschaftlicher Ausgangspunkt der empirischen Erhebungen sind zwei Studien, welche als Grundlage genutzt wurden:

Zum einen erstellt die Bundesregierung seit 2012 im Auftrag des Bundestages einmal in jeder Legislaturperiode durch eine unabhängige Sachverständigenkommission einen Bericht zur Lage des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Ergänzt wird dieses Gutachten durch eine Stellungnahme der Bundesregierung. Ziel des Berichts ist es, als Grundlage für anstehende politische Entscheidungen im Rahmen einer nachhaltigen „Engagement begünstigenden Politik“ genutzt zu werden. Außerdem soll er dazu beitragen vorhandene Potenziale für bürgerschaftliches Engagement zu entfalten und Hinderungsgründe auszuräumen.⁶³

Zum anderen publizierte die Bertelsmann Stiftung im Juli 2022 eine Studie über den in Baden-Württemberg erlebten gesellschaftlichen Zusammenhalt. Darin wurde untersucht, wie sich der soziale Zusammenhalt im Vergleich zu der letzten Messung im Jahr 2019 im Zeitverlauf der Corona-Pandemie verändert hat und wie sich das Erlebte zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterscheidet. Dabei wird angenommen, dass die Resilienz einer Gesellschaft von dem Grad des sozialen Zusammenhalts in einer Gesellschaft abhängt.⁶⁴ Daher ist es von

⁶³ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 20 f., https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

⁶⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 72, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

unschätzbarem Wert zu identifizieren, weshalb eine Gesellschaft gespalten wird oder was sie näher zusammenrücken lässt. Dabei wirken auch verschiedene Ereignisse, wie z. B. die Corona-Pandemie oder der Ukrainekrieg unterschiedlich stark auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Beide Studien liefern grundlegende Daten für die hier durchgeführten empirischen Erhebungen. Dabei ist zu beachten, dass die letzte Engagementberichterstattung im Jahr 2020 veröffentlicht wurde und damit auf Daten von vor der Corona-Pandemie beruht.

5.1 Hypothesenbildung durch qualitative Interviews

Für die Datenerhebung wurden halbstrukturierte und leitfadengestützte Interviews geführt, welche als qualitative Methode einzuordnen sind. Ziel war es, subjektive Meinungen und Erfahrungen von langjährigen Ehrenamtlichen zu sammeln, um in Folge einer analytischen Auseinandersetzung mit den erhobenen Daten eigene Hypothesen bilden zu können, die wiederum in einer quantitativen Studie untersucht wurden.

5.1.1 Systematik und Vorgehen bei der Datenerhebung

Da die Grundgesamtheit, der Ehrenamtlichen, selbst der älteren Ehrenamtlichen zu groß ist, war eine Vollerhebung im Rahmen einer Master-Arbeit nicht durchführbar. Daher wurden die Teilnehmenden der Interviews anfallend ausgewählt. Einziges Kriterium war, dass diese bereits langjährige Ehrenamtliche im Rentenalter waren. Zum einen sollten sie die Lebensrealität der älteren Menschen verstehen bzw. selbst erleben und zum anderen auf eine mehrjährige Erfahrung in der Ausübung eines Ehrenamts, mit seinen Höhen und Tiefen, zurückblicken können. So fiel die Wahl auf fünf Mitglieder des Leitungskreises der Vesperkirche Reutlingen. Mit Hilfe von Herrn Jörg Mutschler, dem Leiter der Vesperkirche Reutlingen, konnten, neben ihm selbst, vier weitere interessierte Interviewpartner gefunden werden. Insgesamt fanden sich so drei Frauen und zwei Männer im Alter von 71 bis 84 Jahren mit Ehrenamtserfahrung zwischen 8 und 25 Jahren.

Mit allen Interviewpartnern wurde vorab ein Telefonat geführt, in welchem die Inhalte der Master-Arbeit erläutert und die Rolle und Relevanz der Interviews für die Datenerhebung geklärt wurden. Alle stellten sich bereitwillig und interessiert zu Verfügung, sodass im Anschluss ein Termin gefunden werden konnte.

Neben den Vertretern der Vesperkirche hegte die Verfasserin den Wunsch auch einen Vertreter der Stadt Reutlingen für ein Experteninterview zu gewinnen. Leider lehnten sowohl der Leiter als auch die Mitarbeiter der Abteilung 'für Ältere' aufgrund nicht vorhandener zeitlicher Ressourcen ab.

Die Leiterin der Stabstelle Bürgerengagement willigte zunächst ein. Eine Terminfindung war dann aber aufgrund des Umzugs der Stabstelle sowie damit verbundenen Herausforderungen nicht möglich. Da interne Prozesse und Strukturen der Stadt Reutlingen in der Arbeit mit (älteren) Ehrenamtlichen damit nicht erfasst werden konnten, kann nur auf die dahingehend öffentlich zugänglichen Daten zurückgegriffen werden.

Für die mündliche Befragung wurde vorab ein Interviewleitfaden erstellt, der als Fragegerüst die relevanten Aspekte des Interviews enthielt. Jedem Interview lag der gleiche Interviewleitfaden zugrunde. Innerhalb des Fragebogens wurden die Fragen nach Themenbereichen gegliedert. Die Formulierungen wurden zum Teil zwischen den Interviews angepasst, wenn festgestellt wurde, dass diese nicht richtig verstanden wurden. Die relevanten Aspekte des Leitfadens waren allerdings statisch, wodurch eine Vergleichbarkeit der gewonnenen Informationen sichergestellt wurde. Durch den Interviewleitfaden waren die Kernpunkte des Interviews festgeschrieben, hinsichtlich Reihenfolge und eigene Ergänzungen wie Zusatz- oder Vertiefungsfragen jedoch weiterhin flexibel. Die Fragen waren größtenteils offen gestaltet, sodass die Interviewten genügend Raum hatten, sich eigeninitiativ thematisch einzubringen. Dadurch entstanden jeweils angenehme, angeregte und sehr interessante Gespräche. Der Interviewleitfaden ist unter Anlage 1 abgebildet.

Der Interviewleitfaden wurde den Interviewpartnern vorab nicht zur Verfügung gestellt. Dadurch sollte ein vorzeitiger Austausch und Absprachen untereinander vermieden werden. Außerdem konnte so gewährleistet werden, dass die Antworten der spontanen Einschätzung der Befragten entsprachen. Alle fünf Interviews fanden

in Präsenz statt, wobei vier in den Räumen der interviewten Personen und eins in einem Café stattfand. Die Interviews wurden vorab mit 30 Minuten angesetzt, lagen am Ende jedoch zwischen 16 Minuten und 77 Minuten. Die unterschiedliche Länge der Interviews hing entscheidend von der Persönlichkeit der Gesprächspartner ab, wobei alle interviewten Personen persönliche Einblicke in die Arbeit in der Vesperkirche, deren Entstehungsgeschichte und ihre Erlebnisse gaben.

Zu Beginn jedes Interviews wurden Hintergrund und Zielsetzung des Interviews sowie die geplanten Themenbereiche dargelegt. Alle Interviewpartner willigten in eine Tonaufnahme des Gesprächs ein. Eine Tonaufnahme war essenziell für die nachfolgende Transkription, welcher der Auswertung des Interviews zu Grunde liegt. Außerdem wurde allen Interviewpartnern eine Anonymisierung ihres Interviews angeboten, wovon einige Gebrauch machten.

5.1.2 Methodik der Datenanalyse

Durch die Aufzeichnung der Interviews konnte anschließend jedes Interview transkribiert werden. Dies war notwendig, um bei der Analyse die im Raum stehenden Deutungen kontrollieren und überprüfbar machen zu können. Da einige Interviewpartner eine Anonymisierung wünschten, wurden alle Transkriptionen anonymisiert. So sollte die Möglichkeit eines Rückschlusses vermieden werden. Einzig auf das Interview von Herrn Mutschler kann einfach geschlossen werden, da seine Ausführungen teilweise im Rahmen seiner *Rolle* als Leiter der Vesperkirche relevant sind. Herr Mutschler wünschte keine Anonymisierung, sodass ein solches Vorgehen möglich war. Für die Datenanalyse war dieser Umstand jedoch irrelevant, da es nicht um die Wiedergabe eines bestimmten Falls, sondern vielmehr um das Finden verallgemeinerungsfähiger Gesetzmäßigkeiten ging.

Bei den geführten Interviews und deren Auswertungen lag die Priorität auf der Semantik des Gesprächs, nicht aber auf der Dokumentation von Stimmungen. Die Transkriptionen unterlagen den Transkriptionsregeln nach Dresing/ Pehl.

Die jeweiligen Sprecher sind durch Großbuchstaben am Zeilenanfang gekennzeichnet. Die Verfasserin als Interviewende kennzeichnet ein *I* und den Gesprächspartner als Befragten ein *B*. Das Interview-Manuskript erhielt eine fortlaufende Zeilennummerierung, um eine Zitation unter anderem in der späteren Sequenzanalyse zu

erleichtern. Die sprachliche Transkription erfolgte wörtlich und nicht lautsprachlich oder zusammenfassend. Wortverschleifungen und Dialekte wurden weitestgehend wortgetreu ins Hochdeutsche überführt. Interpunktionen wurden zu Gunsten der Lesbarkeit geglättet, wobei Sinneinheiten beibehalten wurden. Füllwörter, Verständnis- oder Überbrückungssignale, Syntaxfehler, unvollständige Sätze und umgangssprachliche Aussagen wurden so weit verständlich, erfasst, wobei Wortabbrüche wie auch Stottern geglättet wurden. Wortdopplungen wurden ausgelassen, es sei denn sie dienten als Stilmittel zur Betonung der vorhergehenden Aussage. Pausen wurden mit „(...)“ und unverständliche Aufnahmen mit „(unv.)“ gekennzeichnet. Vermutete Wortlaute bzw. Satzteile wurden mit Fragezeichen in Klammern dahinter gesetzt.⁶⁵ Die Transkriptionen der fünf Interviews sind unter Anlage 2-6 abgebildet.

Nach dem Erstellen der Transkriptionen erfolgte die Analyse der gewonnenen Daten. Zuerst wurde eine systematische Reduktion vorgenommen, die auf dem für die Beantwortung der Forschungsfragen Wesentliche beruhte. Wichtig dabei war, dass Inhalte nicht aus dem Kontext gerissen und dadurch verfälscht wurden. Daneben durfte kein wesentlicher Inhalt verloren gehen. Für diese Sequenzanalysen wurde durch Kodierungen anhand der 'grounded theory'⁶⁶ mit Hilfe der Auswertungsmethode der objektiven Hermeneutik Kategorien gebildet. Bei der objektiven Hermeneutik wird das Individuum mit seiner Umwelt in Beziehung gesetzt, wodurch Erkenntnisse genereller Relevanz abgeleitet werden können.⁶⁷ Die unterschiedlichen Aussagen lassen sich in die entstandenen Kategorien eingruppiert und weiterverfolgen, sodass gleichgelagerte wie auch widersprüchliche bzw. gegensätzliche Aussagen sich leichter identifizieren, abbilden und kategorisieren lassen.

Anschließend wurde aus den so gewonnenen Daten pro Interview eine Strukturhypothese formuliert, als Theorie, die in den Daten begründet ist. Abgebildet sind die

⁶⁵ Vgl. Dresing/Pehl, Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse, S. 21 ff.

⁶⁶ Vgl. Glaser/Strauss, The Discovery of Grounded Theory, S. 251-254.

⁶⁷ Vgl. Scherf, Objektive Hermeneutik, S. 301 ff.

sowohl die fünf Sequenzanalysen und wie auch die Strukturhypothesen unter Anlage 7-11. Nach dem Vergleich aller fünf Strukturhypothesen bildeten sich zwei Hypothesen heraus:

H1: Die Ausübung eines Ehrenamts stärkt den sozialen Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft.

H2: Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, wollen eine sinnvolle, unzweifelhaft gute, Tätigkeit ausüben.

5.2 Untersuchung der Hypothesen durch quantitative Befragung

Im Folgenden wurden die Hypothesen, welche durch die analytische Auseinandersetzung mit den Interviews gewonnenen wurden unter dem Einsatz einer quantitativen Befragung weiter untersucht. Die quantitative Methode steht hierbei neben der qualitativen Untersuchung. Beide Methoden werden demnach miteinander kombiniert und stehen in keinem Über- und Unterverhältnis. Mit dieser Kombination von qualitativer und quantitativer Forschungsmethodik in einer empirischen Studie, welche seit vielen Jahren geübte Praxis in der Sozialforschung ist, wird ein „Mixed Methods“ Ansatz verfolgt.⁶⁸ Die Sinnhaftigkeit dieses Ansatzes ist im Einzelfall zu prüfen, vorliegend ergänzen sich die Methoden allerdings, da sie verschiedene Phänomene betrachten. So ist Ziel der qualitativen Interviews, Zusammenhänge durch subjektive Meinungen und Erfahrungen zu verstehen, um daraus Hypothesen bilden zu können. Die zusätzliche quantitative Befragung ermöglicht es, durch eine effiziente Erhebung und Auswertung einer größeren Menge von Daten, die Hypothesen aus der qualitativen Phase zu bestätigen. Dadurch sollten verallgemeinerbare und vergleichbare Daten gewonnen und Zusammenhänge messbar gemacht werden.⁶⁹ Beide Methoden können daher ergänzend nebeneinanderstehen.

⁶⁸ Vgl. Baur/Blasius, Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 163.

⁶⁹ Vgl. Baur/Blasius, Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, S. 165 ff.

5.2.1 Systematik und Vorgehen bei der Datenerhebung

Zur Datenerhebung wurde ein vollstandardisierter Online-Fragebogen über die Onlineplattform 'EvaSys' erstellt. Dieser wurde im Zeitraum vom 17. Oktober 2023 bis 31. Oktober 2023 sowohl über die privaten sozialen Kanäle der Verfasserin als auch über die Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg verbreitet. Da die schriftliche Befragung ausschließlich online stattfand, waren Teilnehmer ohne Internetzugang von einer Teilnahme von vornherein ausgeschlossen. Diese Tatsache war jedoch zu tolerieren, da das Ziel eine zufällig anfallende Stichprobe und keine Vollerhebung war. Eine Vollerhebung ist im Rahmen einer Master-Arbeit nicht möglich.

Zu Beginn der schriftlichen Befragung wurden die Themenbereiche der Befragung erläutert und auf die Freiwilligkeit sowie Anonymität der Daten hingewiesen. Formuliert wurden anschließend 33 Fragen, die sich in ihrer Art in *single choice*, *multiple choice*, *open answer* und *matrix* Fragen aufteilten. Vierzehn der Fragen bezogen sich auf das Thema Ehrenamt, zehn Fragen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und neun Fragen ermittelten soziodemographische Merkmale. Der Fragebogen zur schriftlichen Befragung ist in Anlage 12 abgebildet.

Entsprechend des großen Umfangs des Fragebogens lag der Zeitaufwand bei 15 – 20 Minuten. Die Teilnehmerzahl von 228 Personen lag aufgrund der Länge der Umfrage im zu erwartenden Rahmen.

Die Vollstandardisierung hatte zur Folge, dass für alle Teilnehmer Struktur und Inhalt der Befragung zwingend gleich waren. Nur dadurch kann gewährleistet werden, dass die Auswertung vollständig quantifizierbar ist. Der Nachteil von vollstandardisierten Fragebögen liegt darin, dass die Teilnehmer an vorgegebene Antwortmöglichkeiten gebunden sind. Dieser Tatsache wurde entgegengewirkt, in dem, soweit möglich, neben vorgegebenen Antwortoptionen die Möglichkeit einer freien Antwort eröffnet wurde. Gänzlich offene Fragen bergen jedoch die Gefahr, dass die Antworten nicht vollkommen vergleichbar sind. Zum einen besteht die Möglichkeit einer Missinterpretation der Fragestellung durch den Teilnehmer. Zum anderen können Antworten des Teilnehmers interpretationsbedürftig sein. Rück- oder Ergänzungsfragen durch den Fragesteller oder den Teilnehmer sind

ausgeschlossen, sodass Daten verwässern bzw. verloren gehen könnten. Trotzdem bietet ein vollstandardisierter Fragebogen auch große Vorteile. Er ermöglicht es, viele Daten in kurzer Zeit zu erheben und auszuwerten. Gleichzeitig garantiert eine Online-Befragung ein hohes Maß an Anonymität und gestattet daher auch die Abfrage persönlicher und damit sensibler Daten. Aufgrund der Unabhängigkeit einer schriftlichen Online-Befragung lassen sich Daten zu jeder Zeit, objektiv und systematisch erfassen. Die Vergleichbarkeit der Daten verschiedener Teilnehmer ist damit gegeben.⁷⁰

5.2.2 *Methodik der Datenanalyse*

Da nach Abschluss der quantitativen Befragung eine Auswertung durch die Onlineplattform 'EvaSys' in Form eines Abschlussberichts erstellt wurde, mussten keine weiteren manuellen Auswertungen zwingend vorgenommen werden. Zur besseren Vergleichbarkeit mit bereits bestehenden Daten wurden zusätzlich noch Kreuztabellen über die verschiedenen Fragen bzw. Antworten hinweg erstellt, um eine differenziertere Auswertung der erhobenen Daten zu ermöglichen.

Im Rahmen der Interpretation der Ergebnisse, der quantitativen Befragung, konnten die durch die qualitativen Interviews gewonnenen Hypothesen im weiteren Verlauf überprüft werden. Daher ergänzen sich die subjektiven Ergebnisse der qualitative und die verallgemeinerbaren Ergebnisse der quantitativen Methode sinnvoll.

⁷⁰ Vgl. Döring/Bortz, Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften, S. 409 f.

6 Der soziale Zusammenhalt in Deutschland

Die Bertelsmann Stiftung hat sich zum Ziel gemacht ein Messinstrument für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu etablieren. Dadurch soll sich ein besseres Verständnis für aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen ergeben und durch den gezielten Einsatz das Miteinander im Gemeinwesen positiv gestaltet werden. Der Grad des sozialen Zusammenhalts einer Gesellschaft gilt als entscheidend, denn je höher der Wert, desto resilienter ist die Gesellschaft. Eine hohe Resilienz ist aufgrund der unentwegten Herausforderungen unbedingt notwendig. Im Hinblick auf die zentrale Bedeutung der Thematik stellt sich demnach die Frage, was den sozialen Zusammenhalt gefährdet und was ihn stärkt.⁷¹

Geprägt durch Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung und Einwanderung und daraus folgend erweiterte kulturelle, religiöse und ethnische Diversität, wird es immer wichtiger sich mit den verbindenden Qualitäten einer Gesellschaft auseinander zu setzen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist dabei ein erwünschtes Merkmal eines Gemeinwesens, da ihm eine zentrale Rolle bei der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen zugeschrieben wird. Ist eine Gemeinschaft widerstandsfähig, kann sie aus Herausforderungen gestärkt hervorgehen und die Lebensqualität sowie die Gesundheit der Bevölkerung steigt. Daher ist es essenziell zu identifizieren, was die Gesellschaft zusammenhält und was sie weiter auseinandertreibt, um dann fördernde Maßnahmen zu etablieren.

Grundlage dieses mehrdimensionalen Konzepts des Zusammenhalts bildet eine funktionierende Grundordnung, die von allen als fair angenommen und akzeptiert wird. Voraussetzung ist die Bereitschaft der Menschen, Verantwortung für die Allgemeinheit, aber insbesondere für die Schwächeren durch Engagement und Solidarität zu übernehmen. Der Grad des Zusammenhalts drückt sich in den Einstellungen und Verhaltensweisen der Mitglieder und Gruppen des Gemeinwesens

⁷¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 16, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

aus. Es ist die Qualität des gemeinschaftlichen Miteinanders.⁷²

Da ein Zusammenhalt nicht automatisch entsteht, müssen geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden, um ihn spürbar zu machen, mit dem Ziel, dass die Menschen dieses schöne Gefühl und was es mit sich bringt beibehalten wollen. Die meisten haben noch die Bilder aus dem Jahr 2014 im Kopf als Deutschland Fußballweltmeister wurde. Von Spiel zu Spiel stieg das Adrenalin merklich an. Egal ob Fußballfan oder nicht, jung wie alt, reich wie arm lagen sich in den Armen und bildeten eine Einheit: die Deutschen. Ein wohliges Gefühl von Gemeinschaft machte sich breit. Der Zusammenhalt in Deutschland war spürbar wie nie. Er ist also da und es gilt ihn hervorzuholen, zu nähren, um unsere Gesellschaft stark zu machen.

Wie aber kann ein sozialer Zusammenhalt gemessen werden? Nur so könnten Maßnahmen identifiziert werden, die tatsächlich Auswirkungen auf den Zusammenhalt haben und ihn auch langfristig stärken. Dafür muss er sichtbar gemacht werden. Ein starker Zusammenhalt ist geprägt von

- belastbaren, stabilen, vertrauensvollen und vielfältigen sozialen Beziehungen innerhalb des Gemeinwesens.
- Einer positiven emotionalen Verbundenheit seiner Mitglieder mit dem Gemeinwesen.
- Einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung.

Die Bertelsmann Stiftung schlägt vor, diese drei Kernbereiche des Zusammenhalts in jeweils drei weitere Bereiche zu unterteilen, sodass neun Dimensionen des Zusammenhalts entstehen welche mit Hilfe von gezielten Fragen gemessen werden können.⁷³

⁷² Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 16, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

⁷³ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 16 f., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

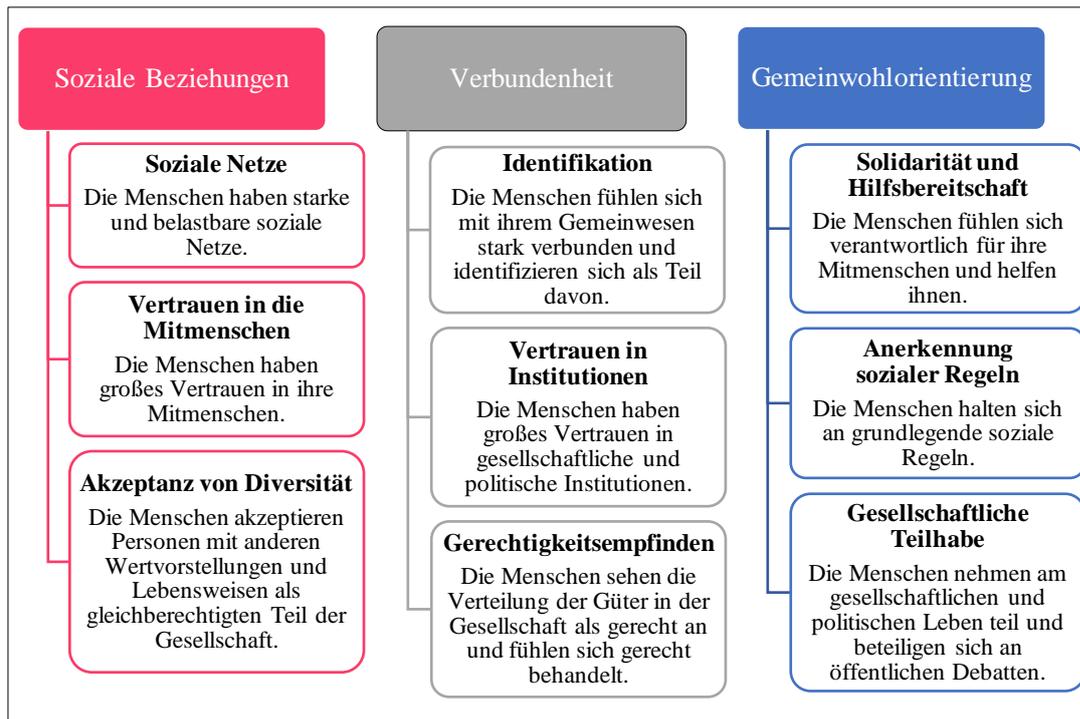


Abbildung 8: Die Kernbereiche und Dimensionen des sozialen Zusammenhalts (lang).

(Quelle: Bertelsmann Stiftung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2022, S. 17, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].)

Der Kernbereich *‘Soziale Beziehungen’* bildet neben der Akzeptanz von Diversität das generelle Vertrauen in die Mitmenschen und deren funktionierenden sozialen Netzen ab. Der zweite Kernbereich *‘Verbundenheit’* umfasst die Identifikation der Menschen innerhalb des Gemeinwesens, deren subjektives Empfinden gesellschaftlicher Gerechtigkeit und ihr Vertrauen in gesellschaftliche, aber auch politische Institutionen. Schließlich prüft der dritte Kernbereich, die *‘Gemeinwohlorientierung’*, das solidarische Handeln der Menschen untereinander, deren Beteiligung am öffentlichen Leben und inwieweit sie soziale Regeln anerkennen.

Der soziale Zusammenhalt wurde in der quantitativen Befragung für diese Arbeit (2023) anhand 34 Fragen zu neun Dimensionen der Kernbereiche überprüft. Dabei sollte jede Frage anhand einer fünfstufigen Likert-Skala (von 1 = „stimmt überhaupt nicht“ bis 5 = „stimme voll und ganz zu“) beantwortet werden. Da es sich um optionale Fragen handelte und damit nicht von allen 228 Teilnehmern beantwortet

wurde, unterscheidet sich die Teilnehmeranzahl zwischen den Fragen und lag insgesamt zwischen $n = 223$ und $n = 227$.

Daneben wurden die Teilnehmer ganz allgemein gefragt, *ob sie den Zusammenhalt in Deutschland grundsätzlich als gefährdet ansehen*. Beim Vergleich der Antworten mit den Werten aus 2017, 2019 und 2022 wird eine steigende Besorgnis in der Bevölkerung deutlich. Während bei der Befragung im Jahr 2017, bezogen auf Baden-Württemberg, noch 38 % ($n = 508$) der Befragten angaben, dass dies völlig oder ziemlich der Fall sei, lag der Wert 2019 – unmittelbar vor der Corona-Pandemie – bei 42 % ($n = 1.398$). Im Jahr 2022 – inmitten der Corona-Pandemie – stieg der Wert auf 48 % ($n = 2.716$) an.⁷⁴ In der vorliegenden Umfrage (2023) ergab sich sogar ein Wert von 61,4 % ($n = 225$). Hierbei ist anzumerken, dass sich dieser Wert nicht ausschließlich auf Baden-Württemberg, sondern auf ganz Deutschland bezieht. Außerdem unterschied sich die Stichprobenstruktur sowie die Stichprobengröße in den Studien der Bertelsmann Stiftung von der in der vorliegenden Studie. Trotzdem kann von einer steigenden Tendenz ausgegangen werden. Dabei scheint sich die wachsende Besorgnis durch die Generationen hinwegzuziehen. Denn der Wert lag sowohl bei den über 60-Jährigen mit 66,7 % ($n = 15$, Vorsicht: sehr kleine Basis) als auch bei den unter 60-Jährigen mit 61,4 % ($n = 210$) ähnlich hoch.

Für die einzelnen Dimensionen ergaben sich unterschiedliche Ergebnisse, verglichen mit den Daten aus 2019 und 2022. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Studien aus 2019 und 2022 mit den eigenen Erhebungen aus 2023 verglichen. Hierbei ist anzumerken, dass jeweils nur zwei Fragen pro Dimension betrachtet werden, die am erheblichsten oder aussagekräftigsten scheinen. Enthaltungen werden nicht dargestellt. Die vollständigen Ergebnisse aus der quantitativen Befragung können den Anlagen 13-16 entnommen werden. In der Arbeit wird nicht erneut explizit auf den Anhang verwiesen.

⁷⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 21, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

6.1 Soziale Beziehungen

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 226
<i>Wie groß ist Ihr Freundes- und Bekanntenkreis?</i>			
Sehr klein / eher klein	21,7 %	41,3 %	27 %
Mittel	41,7 %	37,6 %	29,2 %
Eher groß / sehr groß	36,1 %	21,2 %	43,8 %
<i>Wie oft treffen Sie sich mit Freunden, Bekannten oder privat mit Arbeitskollegen?</i>			
Eher selten/ sehr selten	13,6 %	34,3 %	20 %
Manchmal	32,5 %	39,2 %	25,3 %
Sehr häufig/ häufig	53,6 %	26,5 %	54,7 %

Tabelle 1: Soziale Beziehungen: Soziale Netze

Im Bereich 'soziale Netze' war von 2019 auf 2022 besonders auffällig, dass sich die Freundes- und Bekanntenkreise der Menschen merklich verkleinert haben. Das ist wenig verwunderlich in Anbetracht dessen, dass es sich um Zahlen kurz vor und während der Corona-Pandemie handelte und die sozialen Kontakte von außen in dieser Zeit stark eingeschränkt wurden.⁷⁵ Es muss kein Hinweis darauf sein, dass der soziale Zusammenhalt dadurch dauerhaft geschwächt wird. Die Ergebnisse der quantitativen Befragung sprechen ebenfalls für diese Annahme, gehen sie doch in die entgegengesetzte Richtung der letzten beiden Jahre. Dies lässt die These zu, dass sich die Freundes- und Bekanntenkreise nach der Pandemie wieder ausgeweitet und damit verstärkt haben. Außerdem ist ein Trend dahingehend erkennbar, dass sich die Häufigkeit der sozialen Kontakte wieder verstärken. Zwar ist das „vor Pandemie Niveau“ noch nicht wieder erreicht, jedoch geht der Trend in diese Richtung.

⁷⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 31, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 225
<i>Wie sehr vertrauen Sie Menschen, denen Sie zum ersten Mal begegnen?</i>			
Vertraue gar nicht / vertraue wenig	34,5 %	46,9 %	56 %
Teils, teils	48,7 %	41,8 %	26,2 %
Vertraue ziemlich / vertraue völlig	15,9 %	11,3 %	17,8 %
<i>Heutzutage kann man sich auf niemanden verlassen.</i>			
Stimmt gar nicht / stimmt wenig	55,1 %	33,3 %	56,9 %
Teils, teils	35,7 %	42,8 %	23,6 %
Stimmt ziemlich / stimmt völlig	8,8 %	23,9 %	19,6 %

Tabelle 2: Soziale Beziehungen - Vertrauen in die Mitmenschen

Damit eine positive zwischenmenschliche Interaktion ohne ständiges Misstrauen und Kontrolle möglich ist, muss ein gewisses ´Vertrauen in die Mitmenschen´ vorliegen. Seit 2019 ist das Vertrauen in Menschen, denen man zum ersten Mal begegnet, weiter drastisch gesunken. So unterscheiden sich die Ergebnisse von 2019 zu der im Jahr 2023 durchgeführten quantitativen Befragung um 21,5 Prozentpunkte. Ebenfalls bedenklich ist die Veränderung in der Aussage, dass man sich heutzutage auf niemanden mehr verlassen kann. Im Jahr 2019 stimmten dieser Aussage nur knapp 9 % der Befragten zu. Drei Jahre später sind es bereits rund 24 %.⁷⁶ In der jüngsten Befragung sank der Wert wieder etwas auf 19,6 %. Vor dem Hintergrund der zurückliegenden Jahre scheint diese Entwicklung leider wenig verwunderlich. Die starken Einschnitte im Leben der Menschen, während die Corona-Pandemie, die ständigen, öffentlichen wie privaten Diskussionen über das Thema Corona und den Einsatz von geeigneten Maßnahmen, all das wird zur Erschütterung des Vertrauens untereinander beigetragen haben. Zu bemerken ist, dass der Mittelwert (wie erwähnt, auf der Likert-Skala von 1 bis 5) bei den unter 60-Jährigen bei 2,4 und bei den über 60-Jährigen bei 1,8 lag. Demnach hat der überwiegende Teil der Befragten ein noch ausgereiftes Vertrauen in ihre Mitmenschen, wobei das Vertrauen von älteren Menschen noch etwas stärker ausgeprägt ist.

⁷⁶ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 33 ff., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 224
<i>Menschen mit ganz anderem Lebensstil hätte ich ungern als Nachbarn.</i>			
Ungern als Nachbar	17 %	17,4 %	13,3 %
Unentschlossen	4,6 %	19,6 %	21,2 %
Nicht ungern als Nachbar	78,4 %	63 %	65,4 %
<i>Menschen mit Migrationshintergrund hätte ich ungern als Nachbarn.</i>			
Ungern als Nachbar	14,3 %	24,5 %	4,9 %
Unentschlossen	4,2 %	17,6 %	11,6 %
Nicht ungern als Nachbar	81,5 %	57,9 %	83,5 %

Tabelle 3: Soziale Beziehungen - Akzeptanz von Diversität

Durch zunehmende Vielfalt in der Gesellschaft werden unterschiedliche Lebensweisen, religiöse Überzeugungen, kulturelle Gebräuche und Traditionen eingebracht. In der dritten Dimension dieses Kernbereichs, der 'Akzeptanz von Diversität', wird abgebildet, inwiefern unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft angesehen und toleriert, im besten Fall akzeptiert und integriert werden. Auffällig bei beiden Fragen sind die hohen Werte für Unentschlossenheit. Dies könnte zum einen damit zusammenhängen, dass sich die Befragten darüber noch keine Gedanken gemacht haben, da die direkte Nachbarschaft nur bedingt ausgewählt werden kann oder es könnte eine Art Ausflucht sein. Menschen antworten häufig gerne sozialverträglich. Insbesondere durch historischen Hintergrund in Deutschland halten sich viele Bürger mit ihrer Meinung in dieser Thematik zurück, denn keine klare Positionierung bietet keinen Platz für negative Interpretationen. Angemerkt sei, dass obwohl die jüngeren Generationen mehr Übung im Umgang mit Vielfalt haben, in der quantitativen Befragung (2023) der Mittelwert bei den über 60-Jährigen leicht unter dem Gesamtmittelwert lag und damit sogar etwas mehr Aufgeschlossenheit gegenüber Diversität preisgab.

6.2 Verbundenheit

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 225
<i>Ich fühle mich stark mit der Region, in der ich lebe, verbunden.</i>			
Überhaupt nicht verbunden/ nicht sehr verbunden	3,5 %	12,9 %	30,3 %
Teils, teils	10,1 %	26,6 %	24,4 %
Ziemlich verbunden/ sehr verbunden	85,9 %	60,4 %	45,3 %
<i>Ich fühle mich stark mit meiner Nachbarschaft verbunden.</i>			
Überhaupt nicht verbunden/ nicht sehr verbunden	8,6 %	28,7 %	51,3 %
Teils, teils	26 %	36,8 %	25,2 %
Ziemlich verbunden/ sehr verbunden	65,3 %	34,5 %	23,5 %

Tabelle 4: Verbundenheit – Identifikation

Die Verbundenheit mit der eigenen Nachbarschaft, der Region und dem Bundesland ist dahingehend für den sozialen Zusammenhalt relevant, als dass Menschen, die sich selbst nicht als Teil des Gemeinwesens, als Mitglied der unmittelbaren Gemeinschaft in ihrem Wohnort, identifizieren, in der Regel kein Interesse und Engagement aufbringen werden, sich für das Gemeinwesen einzubringen, um dadurch den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Die Ergebnisse bestätigen den Trend, der sich bereits in der Studie im Jahr 2022 angedeutet hat: Die Menschen fühlen sich immer weniger mit ihrer Nachbarschaft und ihrer Region verbunden. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, weshalb das Vertrauen in die Mitmenschen sinkt (s. o.). Die Corona-Pandemie könnte auch hier Spuren hinterlassen haben. So war auch das regionale Leben, das nachbarschaftliche Miteinander durch Weindörfer, Weihnachtsmärkte und Straßenfeste sehr stark heruntergefahren und eingeschränkt. Hervorzuheben ist, dass sich diese Ergebnisse insbesondere auf die Generationen jüngeren und mittleren Alters beziehen. Bereits in der Studie von 2022 wurde angemerkt, dass vergleichsweise hohe Identifikationswerte bei den über 65-Jährigen zu finden sind und auch die eigenen Erhebungen stehen diesen Ergebnissen in nichts nach. Bei den Menschen über 60 Jahren fühlen sich 68,8 % (n = 16, Vorsicht: sehr kleine Basis) sehr oder ziemlich verbunden mit der Region, in der sie leben und 56,3 % sehr oder ziemlich verbunden mit ihrer Nachbarschaft. Grund hierfür könnte sein, dass diese Generation schon länger stark

verwurzelt mit ihrer Nachbarschaft/Region sind und Einschränkungen durch die Pandemie diese starke Basis daher nicht so leicht erschüttern konnte.

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 226
<i>Im Allgemeinen vertraue ich der Polizei.</i>			
Überhaupt kein / geringes Vertrauen	5,2 %	14,3 %	7,1 %
Teils, teils	19,6 %	30,6 %	21,2 %
Großes / sehr großes Vertrauen	75 %	55,1 %	71,7 %
<i>Im Allgemeinen vertraue ich der Bundesregierung.</i>			
Überhaupt kein / geringes Vertrauen	26 %	38,2 %	51,8 %
Teils, teils	47,2 %	37,7 %	24,3 %
Großes / sehr großes Vertrauen	26,7 %	24,1 %	23,9 %

Tabelle 5: Verbundenheit - Vertrauen in Institutionen

Das Vertrauen in staatliche Institutionen hat während der Corona-Pandemie merklich gelitten. Das Institutionsvertrauen steht in einer Krise immer auf dem Prüfstand, denn die Erwartungen an Politik und Verwaltung sind groß und divers. Erkennbar konnte sich das Vertrauen in die Polizei jedoch wieder regenerieren, sodass dieses auf einem ähnlich hohen Wert wie vor der Corona-Pandemie liegt. Grundsätzlich ist und war das Vertrauen in die Polizeigewalt groß. Anders verhält es sich mit dem Vertrauen in die Bundesregierung. Gerade während der Corona-Pandemie herrschte viel Unsicherheit. Ergriffene Maßnahmen konnten nicht nachvollzogen werden, die Kommunikation erfolgte zu spät oder unvollständig. All das stärkte das Ohnmachtsgefühl der Bevölkerung, was in einem sinkenden Vertrauen in die Bundesregierung mündete. Die Werte vor und nach der Corona-Pandemie unterscheiden sich zwar nicht immens, dennoch ist ein fortschreitender Abwärtstrend erkennbar. Entscheidend verändert hat sich jedoch der Teil der Bevölkerung, bei welchem das Vertrauen in die Bundesregierung ohnehin eingeschränkt war. So haben sich die Werte umgekehrt, sodass nach der Corona-Pandemie mehr als die Hälfte der Befragten angab, überhaupt kein / geringes Vertrauen in die Bundesregierung zu haben, während sich ein Viertel der Befragten im mittleren „teils, teils“ Niveau einordnet. Vor der Corona-Pandemie waren diese Wertkategorien noch umgekehrt. Anders als in der Studie von 2019, in welcher die jüngste Altersgruppe (16

– 24 Jahre) ein deutlich höheres Institutionsvertrauen aufwies⁷⁷, ergab sich in der aktuellen Befragung (2023) kein merklicher Unterschied über die Altersgruppen hinweg.

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 225
<i>Ich finde die sozialen Unterschiede in unserem Land im Großen und Ganzen gerecht.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	47,4 %	55,9 %	66,9 %
Teils, teils	35,1 %	30,9 %	22 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	17,1 %	13,2 %	11 %
<i>Man wird in Deutschland entsprechend seiner Leistung vergütet.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	39 %	41,8 %	70,3 %
Teils, teils	37,7 %	36,3 %	22,7 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	22,2 %	21,9 %	7,1 %

Tabelle 6: Verbundenheit – Gerechtigkeitsempfinden

Die dritte Dimension des Kernbereichs ‘Verbundenheit’ nimmt eine zentrale Rolle in der Messung des sozialen Zusammenhalts ein.⁷⁸ Es handelt sich um die subjektive Empfindung der Menschen in Deutschland, inwieweit die Verteilung der Güter als gerecht empfunden wird. Auffällig dabei ist, dass sich das Gerechtigkeitserleben der Bürger weiter verschlechtert hat. Gleichzeitig hat sich der Teil der Bevölkerung deutlich verringert, welcher bisher die unentschlossene Mitte bildete. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass die Unzufriedenheit in der Bevölkerung weiterwächst. So empfanden vor der Corona-Pandemie knapp ein Fünftel aller Befragten die sozialen Unterschiede in Deutschland im Großen und Ganzen als gerecht. Vier Jahre später stimmte dieser Aussage nur noch ein Zehntel zu.

Gleiches gilt für eine leistungsgerechte Bezahlung in Deutschland. Zwar weichen die Werte vor und unmittelbar nach der Corona-Pandemie nur geringfügig voneinander ab, malen doch die Antworten aus der vorliegenden Befragung (2023) einen

⁷⁷ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 44, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

⁷⁸ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 46, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

grauen Horizont. Hervorzuheben ist der große Unterschied in den unterschiedlichen Einschätzungen bezogen auf die Altersgruppen. Gaben 81,3 % (n = 16, Vorsicht: sehr kleine Basis) der über 60-Jährigen an, dass sie die Bezahlung in Deutschland als nicht leistungsgerecht empfinden, teilten bei den unter 60-Jährigen nur 69,7 % (n = 208) diese Meinung. Zwar sind diese Prozentpunkte ebenfalls ein hoher Wert für sich, trotzdem ist er deutlich geringer als bei den älteren Mitbürgern. Diese Beobachtung entspricht auch den Ergebnissen aus 2022, bei denen ebenfalls die Befragten der ältesten Altersgruppe, die der über 65-Jährigen, das stärkste Unge- rechtigkeitsempfinden äußerten.⁷⁹

6.3 Gemeinwohlorientierung

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 225
<i>Ich habe in den letzten 12 Monaten Geld gespendet.</i>			
Ja	70,3 %	52,2 %	66,6 %
Nein	29,6 %	47,8 %	33,3 %
<i>Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	25,3 %	12 %	23,4 %
Teils, teils	37,1 %	33,8 %	35 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	36,7 %	54,2 %	41,6 %

Tabelle 7: Gemeinwohlorientierung - Solidarität und Hilfsbereitschaft

Der Kernbereich 'Gemeinwohlorientierung' bildet die Handlungen und Haltungen der Mitglieder des Gemeinwesens im Hinblick auf die Bereitschaft, Verantwortung für andere und das Gemeinwesen selbst zu übernehmen, ab. Dabei misst die Dimension 'Solidarität und Hilfsbereitschaft' ob sich Menschen füreinander verantwortlich fühlen und inwiefern sie sich aktiv für die Schwachen in der Gesellschaft einsetzen, um diese zu unterstützen.

⁷⁹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 48, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

Für den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft erschreckend, sind die Ergebnisse zur Solidarität und Hilfsbereitschaft innerhalb des Gemeinwesens. Insbesondere während der Corona-Pandemie sind die Werte stark abgefallen, was bedeutet, dass die Entwicklung dieser Dimension in besonderem Maße von der Krise geprägt wurde. Im Verlaufe der Pandemie hat sich eine Solidaritätsmüdigkeit verbreitet.⁸⁰ So war zum einen die Spendenbereitschaft als auch der Glaube in das Gute des anderen zu Beginn der Corona-Pandemie noch stark ausgeprägt. Analog zu dem ´Vertrauen in die Mitmenschen (Dimension 1.2) sowie der ´Identifikation mit dem Gemeinwesen´ (Dimension 2.1) legen die Ergebnisse aber nach zwei Jahren Pandemie eine gewisse Erschöpfung der Menschen nahe. So sind die Menschen zwar auf einem hohen solidarischen Niveau in die Krise gestartet, wurden aber durch Enttäuschung und Frustration über den Egoismus und Rücksichtslosigkeit Dritter auf Dauer zermürbt.

Erfreulich sind daher die Ergebnisse der zu Grunde liegenden Befragung aus 2023. So scheinen sich zum einen die Spendenbereitschaft, wie auch der Glaube in das Gute des Mitmenschen wieder langsam zu erholen.

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 225
<i>Allgemein fühle ich mich sehr sicher in meiner Nachbarschaft.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	2 %	4 %	4,5 %
Teils, teils	4,1 %	15,5 %	12,9 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	93,6 %	80,5 %	82,7 %
<i>In meiner Nähe gibt es Gegenden, in die ich nachts nicht allein gehen möchte.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	69,3 %	58,9 %	49,8 %
Teils, teils	1,3 %	0 %	17,8 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	29,4 %	41,1 %	32,4 %

Tabelle 8: Gemeinwohlorientierung - Anerkennung sozialer Regeln

Hinsichtlich der ´Anerkennung sozialer Regeln´ gibt es klare Unterschiede zwischen den Altersgruppen, dem Geschlecht und der Größe des Wohnortes. Dabei

⁸⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 49 ff., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

geht es weniger um befürchtete Straftaten im eigentlichen Sinne, sondern vielmehr um unausgesprochene, allgemeingültige Normen innerhalb einer Gemeinschaft. Insbesondere Frauen – vor allem jüngere Frauen – geben an, dass Sie in ihrer Wohngegend ungern nachts allein unterwegs sind und sich generell unsicherer in ihrer Nachbarschaft fühlen im Vergleich zu Männern. Ein weiterer Indikator ist die Bevölkerungsdichte. So fühlen sich Menschen, welche in kleinen Gemeinden oder Kleinstädten leben, vergleichsweise sicherer in ihrer Nachbarschaft als Menschen in (Groß-) Städten.⁸¹

Allgemein haben sich die Werte über die Corona-Pandemie hinweg aber nur geringfügig verändert. So ist der Wert vor der Krise aus 2019, welcher die Anzahl derer misst, die nachts ungern in ihrer Wohngegend allein unterwegs sind, fast identisch mit dem Wert nach Corona aus 2023. Einzig während der Pandemie selbst (2022) war der Wert deutlich höher. Möglicherweise ist während der Pandemie die Sorge der Bevölkerung vor tätlichen Angriffen oder ungewollten Aktionen in Verbindung mit der Angst, vor einer möglichen Ansteckung, tatsächlich gestiegen. Da es jedoch um die Anerkennung allgemeingültiger, sozialer Regeln geht, könnte dieser Wert auch die Angst der Bevölkerung vor der Verurteilung anderer Mitmenschen widerspiegeln. So war es während der Corona-Pandemie zeitweise verboten oder zumindest ungern gesehen, sich „grundlos“ in der Öffentlichkeit aufzuhalten. Da sich vor allem nachts die notwendigen Gründe auf ein Minimum reduzieren, könnte insbesondere hier die Sorge der Menschen am größten gewesen sein, sich vor Mitmenschen ungewollt zu rechtfertigen oder verurteilt zu werden. Dazu kommt die tendenziell aggressive oder auch gewaltbereite Grundstimmung in der Gesellschaft während der Krise. Geprägt durch Arbeitslosigkeit, Verzweiflung und Ungewissheit häuften sich unsoziales Verhalten, wie z. B. Hamsterkäufe oder auch Gewalt und Vandalismus. Dies alles führte zu einem veränderten Blick auf die eigenen Mitmenschen.

Bemerkenswert ist der Unterschied zwischen den Altersgruppen. Es wäre nur natürlich, dass ältere Menschen, welche physiologisch bedingt tendenziell zu den

⁸¹ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 53 f., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

Schwächeren zählen, sensibel auf Umstände und Veränderungen in der Nachbarschaft reagieren. Dadurch läge es nahe, wenn sich mit steigendem Lebensalter eine gewisse Unsicherheit auch in der eigenen Nachbarschaft entwickelt. Die Ergebnisse deuten nur bedingt in diese Richtung. In der Studie aus 2022 nahmen insbesondere Rentner die Einhaltung sozialer Regeln durch die Gesellschaft etwas negativer wahr als die anderen Gruppen. Dies kann aber auch daran liegen, dass ältere Menschen durch ihre Lebenserfahrung gesellschaftliche Entwicklungen insgesamt anders wahrnehmen und einstufen. In den Erhebungen aus 2023 gaben 94,1 % (n = 17) der über 60-Jährigen an, dass sie sich sehr sicher in ihrer Nachbarschaft fühlen. Bei der Altersgruppe unter 60-Jahre konnten dies nur 81,7 % (n = 207) angeben. Dies deckt sich auch mit den Ergebnissen der Identifikation mit der Nachbarschaft (Dimension 2.1). Erneut deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die älteren Generationen über die Jahre sehr mit ihrer Nachbarschaft verwurzelt sind und sich dort überwiegend wohlfühlen.

	2019 n = 1.398	2022 n = 2.716	2023 n = 225
<i>Ich interessiere mich stark für Politik.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	44,3 %	41,1 %	42,3 %
Teils, teils	39 %	34,7 %	22,2 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	16,7 %	24,2 %	35,6 %
<i>Es ist wahrscheinlich, dass ich bei den nächsten Wahlen zur Wahl gehe.</i>			
Stimmt wenig / stimmt gar nicht	7,4 %	13,2 %	5,7 %
Teils, teils	1,3 %	0 %	2,7 %
Stimmt ziemlich/ stimmt völlig	91,3 %	84,3 %	91,6 %

Tabelle 9: Gemeinwohlorientierung - Gesellschaftliche Teilhabe

Gesellschaftliche Teilhabe drückt sich nicht nur durch die aktive Teilnahme an dieser, sondern auch durch das Interesse an gesellschaftlichen und politischen Themen als solches aus. Das Interesse der Menschen an gesellschaftlichen und politischen Vorgängen und Entscheidungen kann daher als Indikator dafür gesehen werden, inwieweit Menschen bereit sind, sich potenziell an der Gestaltung der Gesellschaft und des lokalen Gemeinwesens zu beteiligen oder einzubringen. Wer sich nicht für

die Gesellschaft interessiert, daran nicht teilhaben möchte, wird sich auch nicht aktiv für die Gesellschaft einbringen.

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen über die Jahre hinweg eins sehr deutlich: Das Interesse am politischen Geschehen hat sich wahrnehmbar erhöht. Dabei hat sich der Prozentsatz derer, die sich bisher mittelmäßig mit dem politischen Geschehen auseinandergesetzt haben und denjenigen, welche sich sehr stark für Politik interessieren, umgekehrt. So gaben 2019 noch 39 % der Befragten (n = 1.398) an, ein mittelmäßiges Interesse an Politik zu haben, während knapp 17 % ein starkes Interesse an Politik vermerkten. Bei der vorliegenden Befragung aus 2023 hat sich diese Zahl umgekehrt, sodass 22,2 % (n = 225) ein mittleres und 35,6 % ein starkes Interesse an der Politik angeben. Gleichzeitig hat sich der Prozentsatz derer, welche kein oder kaum Interesse für Politik haben im gleichen Zeitraum nicht verändert.

Im Hinblick auf die aktive Wahlbeteiligung haben sich die Zahlen vor, während und nach der Corona-Pandemie quasi nicht verändert. Während der Corona-Pandemie flachte das Vorhaben einer Wahlbeteiligung geringfügig ab. Dies war wahrscheinlich aufgrund gesundheitlicher Bedenken bezogen auf die Pandemie begründet. Tatsächlich hat aber auch die politische Deprivation, also das starke Gefühl der Menschen, von der Politik benachteiligt zu sein, zugenommen. Bei der vorliegenden Befragung (2023) gaben 16,6 % (n = 223) an, dass sie sich ziemlich bzw. völlig von der Politik benachteiligt fühlen. Darunter 21,4% (n = 14) der über 60-Jährigen und 16,4 % (n = 208) der unter 60-Jährigen. Bei der Studie aus 2022 waren dies noch 15,9 % der über und rund 30 % der unter 60-Jährigen.⁸² Das Gefühl scheint folglich unabhängig der Altersgruppe vorzukommen.

Insgesamt teilt die jüngere Altersgruppe den geringsten Wert der gesellschaftlichen Teilhabe. Im Hinblick auf den Lebensverlauf der Menschen liegt dies wohl daran, dass Menschen in dieser Lebensphase ihre Familien und Karrieren priorisieren.⁸³ Dies steht in einem gewissen Widerspruch, denn gerade junge Familien brauchen

⁸² Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 58 f., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

⁸³ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 57, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

eine stabile Gesellschaft und soziale Strukturen und Einrichtungen, um ihre Kinder aufzuziehen, insbesondere wenn sie sich gleichzeitig auf ihre berufliche Karriere fokussieren möchten. Andererseits haben sie selbst aufgrund dessen wenig Zeit sich selbst gesellschaftlich einzubringen und daran mitzuwirken.

6.4 Zusammenfassende Betrachtung des sozialen Zusammenhalts

Ein starker sozialer Zusammenhalt ist geprägt von belastbaren, stabilen, vertrauensvollen und vielfältigen sozialen Beziehungen innerhalb des Gemeinwesens. Die sozialen Netze der Menschen erholen sich langsam von den entbehrensreichen Jahren der Corona-Pandemie. Die Menschen haben wieder mehr soziale Kontakte und pflegen diese auch verstärkt. Nur schwer erholt sich allerdings das Vertrauen in die Mitmenschen im Allgemeinen. Misstrauen untereinander schwächt den sozialen Zusammenhalt, weshalb in diesem Bereich nach Maßnahmen gesucht werden sollte, um das Vertrauen in die Mitmenschen zu stärken. Daneben bleibt auch die Akzeptanz von Diversität ein Sorgenkind. Wenngleich die Ergebnisse der Befragungen nicht besorgniserregend schlecht sind, sind sie doch auch nur mittelmäßig dahingehend, dass es ein großes Mittelfeld gibt, welches sich weder in die eine noch in die andere Richtung positioniert. Für einen starken sozialen Zusammenhalt müssen jedoch unterschiedliche Wertvorstellungen und Lebensweisen als gleichberechtigte Teile der Gesellschaft angesehen und zumindest toleriert und akzeptiert werden.

Daneben ist eine positive emotionale Verbundenheit der Mitglieder eines Gemeinwesens elementar für einen starken Zusammenhalt. Menschen müssen sich selbst als Teil des Gemeinwesens identifizieren, um eigenes Interesse und Engagement für die Gesellschaft aufbringen zu wollen. Insbesondere die jüngeren Generationen fühlen sich aufgrund der geographischen und persönlichen Zerrüttung der Familien immer weniger mit ihrer Nachbarschaft und Region verbunden. Die häufig stärker verwurzelten älteren Menschen haben die örtlichen Einschränkungen der Pandemie weniger erschüttert. Ihre Identifikation mit der Nachbarschaft und der Region, in der sie leben war bereits davor in großen Teilen stark genug. Anders verhält es sich mit dem Institutionsvertrauen. Insbesondere das Vertrauen in die Bundesregierung

hat durch die Corona-Pandemie einen großen Schaden genommen. Mehr als die Hälfte der Befragten gab nach der Krise an, überhaupt kein oder ein geringes Vertrauen in die Bundesregierung zu haben. Das ist ein echtes Problem für ein demokratisches Land. In dieselbe Kerbe schlägt, dass ein großer Teil der Menschen in Deutschland die sozialen Unterschiede im Land als ungerecht empfinden. Dazu gehört auch die leistungsgerechte Bezahlung, welche insbesondere die älteren Menschen als ungerecht empfinden. Das Vertrauen in die Institutionen steht momentan durch weitere kontroverse und hitzige Diskussionen zu politischen Einstellungen und Entscheidungen im Ukrainekrieg, dem Heizungsgesetz oder dem Absenken der Einkommensgrenze für Elterngeldbezieher, weiter auf dem Prüfstand. Um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken, muss das Institutionsvertrauen ab sofort und zukünftig aktiv aufgebaut und gepflegt werden als Beziehung zwischen dem Staat und seinen Bürgern. Dazu gehört, dass die Menschen, wenigstens zum Großteil als einigermaßen gerecht empfinden, was die Politik für sie entscheidet bzw. was die Auswirkungen und Folgen auf die Menschen betrifft.

Schließlich ist der dritte Pfeiler des sozialen Zusammenhalts eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung. Insbesondere die Solidarität und Hilfsbereitschaft ist stark durch die Pandemie geprägt worden. Anfänglicher Enthusiasmus, Willensstärke und Gutglaube mussten im Verlauf der Krise dem Ohnmachtsgefühl und der Frustration gegenüber dem unsichtbaren Feind weichen. Erfreulicherweise scheinen sich diese Werte langsam zu erholen und der Glaube an das Gute der Mitmenschen und dadurch die Bereitschaft füreinander Verantwortung zu übernehmen, wieder zu wachsen. Trotzdem gelten nicht alle sozialen Regeln als allgemein anerkannt bzw. „befolgt“. So fühlen sich weiterhin ganz überwiegend Frauen und insbesondere jüngere Frauen in stark besiedelten Flächen unsicher nachts in ihrer eigenen Wohngegend allein unterwegs zu sein. Diese Tatsache ist nicht geprägt durch die Krise, bestand sie schon davor in diesem Maße. Gleichzeitig hat sich das Interesse der Menschen an gesellschaftlichen und politischen Vorgängen und Entscheidungen wahrnehmbar erhöht. Auch der Vorsatz der Menschen, sich aktiv an Wahlen zu beteiligen steht unverändert auf einem hohen Niveau. Zu beobachten bleibt die Entwicklung einer politischen Deprivation der Gesellschaft. Da das Interesse an den politischen Vorgängen wächst, wird mehr hingeschaut. Daher sollten durch

geeignete Maßnahmen und Transparenz die politischen Entscheidungen verständlich dargelegt werden und dabei auf alle Bevölkerungsgruppen eingegangen werden. Selbstverständlich sollten bei politischen Entscheidungen alle Bevölkerungsgruppen berücksichtigt werden.

7 Der Beitrag Ehrenamtlicher für den sozialen Zusammenhalt

Im vorangegangenen Kapitel wurden die einzelnen Kernbereiche und Dimensionen des sozialen Zusammenhalts untersucht und näher beleuchtet. Die Übernahme eines Ehrenamts fällt in die Dimension der *‘Solidarität und Hilfsbereitschaft’* im Bereich der *‘Gemeinwohlorientierung’*. Die Dimension misst, ob und in welchem Ausmaß sich Menschen für ihre Mitmenschen verantwortlich fühlen und selbst aktiv werden, um Schwache in der Gesellschaft zu unterstützen.

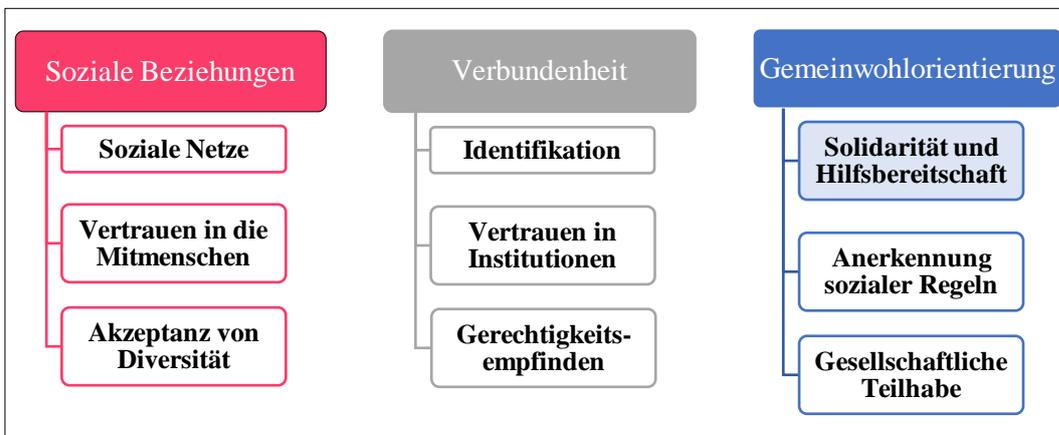


Abbildung 9: Die Kernbereiche und Dimensionen des sozialen Zusammenhalts (kurz).

Quelle: Bertelsmann Stiftung, gesellschaftlicher Zusammenhalt, 2022, S. 17, <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].)

Wie festgestellt, ist die Solidarität und Hilfsbereitschaft innerhalb der Gesellschaft stark durch die Corona-Pandemie in Mitleidenschaft gezogen worden. In der Befragung aus 2019, demnach vor der Corona-Pandemie, gaben 29 % (n = 1.398) der Teilnehmenden an, in ihrer Freizeit niemals ehrenamtlich tätig zu sein. Im Vergleich dazu waren es drei Jahre später, während der Pandemie, 41 % (n = 2.716), was einen Anstieg von 12 Prozentpunkten bedeutet. In der quantitativen Befragung für die vorliegende Arbeit stieg die Zahl sogar auf 55 % (n = 228) an.

Gleichzeitig existiert eine signifikante Angst der Bevölkerung vor den gesellschaftlichen Entwicklungen. Fast die Hälfte, 42,9 %, der Befragten (n = 221) stimmten 2023 bei dieser Frage eher oder vollkommen zu. In diesem Zusammenhang stieg auch die Zahl derer, welche der Meinung sind, dass es die meisten Personen nicht

interessieren würde, was mit ihren Mitmenschen geschehe. Bei der Befragung aus 2019 waren es 36,7 %, drei Jahre später erschreckende 54,2 %, die diese Meinung teilten. Das Hoch flachte nach der Corona-Pandemie bei der kürzlichen Befragung (2023) aber wieder auf 42 % ab.⁸⁴

Im Folgenden werden die durch die qualitativen Interviews gebildeten Hypothesen (vgl. Kapitel 5.1) anhand der Ergebnisse der quantitativen Befragung überprüft.

7.1 Die Rolle des Ehrenamts innerhalb des sozialen Zusammenhalts

H1: Die Ausübung eines Ehrenamts stärkt den sozialen Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft.

Ausgehend von dieser Situation, in der sowohl die Solidarität als auch die Hilfsbereitschaft innerhalb der Gesellschaft auf wackeligen Beinen stehen, müssen diese im Sinne eines starken sozialen Zusammenhalts besonders gefördert werden. Hier setzt das bürgerschaftliche Engagement als sinnstiftende Tätigkeit an. Ziel ist es, ganz im Sinne von Solidarität und Hilfsbereitschaft, das Leben anderer leichter und besser zu machen. Gleichzeitig bietet es die Möglichkeit gemeinsam mit anderen etwas Gutes zu tun und sich dabei selbst und die eigenen Fähigkeiten und Stärken besser kennenzulernen oder weiter auszubauen. Bürgerschaftliches Engagement bedeutet die eigene Verantwortung innerhalb und für den öffentlichen Raum wahrzunehmen und ist damit Ausdruck verankerter Bürgerpflichten gegenüber dem Gemeinwesen. Durch die Ausübung setzt es einen zweifelsfreien Impuls für ein positives, gesellschaftliches Miteinander.

Das bürgerschaftliche Engagement kommt in vielen Arten und Formen zum Vorschein und verfolgt dabei keinen finanziellen Profit, weshalb es häufig auch als ehrenamtliches Engagement bezeichnet wird.⁸⁵

⁸⁴ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 49 ff., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

⁸⁵ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 6, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

Die Demokratie lebt von Bürgern, die sich aktiv für das Gemeinwohl einsetzen und dieses miteinander gestalten wollen. Sie ist darauf angewiesen. Der Fünfte Freiwilligensurvey hat ergeben, dass sich der Anteil derer, die sich freiwillig engagieren, im Zeitraum 1999 bis 2019 um 9 % auf insgesamt 39,7 % erhöht hat. Das bedeutet, dass sich 2019 rund 28,8 Millionen Menschen ab 14 Jahre, also ein Fünftel der Wohnbevölkerung in Deutschland, freiwillig engagiert haben.⁸⁶ Dieser Anstieg der Engagementquote wird hauptsächlich den gesellschaftlichen Veränderungen in den letzten zwei Jahrzehnten zugerechnet. Dabei sind insbesondere die Bildungsexpansion, die gestiegene Erwerbsbeteiligung von Frauen und die verbesserte Gesundheit älterer Menschen hervorzuheben.⁸⁷ Außerdem nimmt die öffentliche Thematisierung von bürgerschaftlichem Engagement merkbar zu, wodurch mehr Menschen über mögliche Einsatzgebiete und -arten informiert werden, was wiederum ebenfalls zu einer Erhöhung der Quote beigetragen haben dürfte. So beschreibt der zweite Engagementbericht des Deutschen Bundestages im Jahr 2012, dass es der Bundesregierung ein besonderes Anliegen sei, das Engagement in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken. Dadurch solle die Öffentlichkeit für das Thema sensibilisiert und eine Anerkennungskultur begünstigt werden. Anerkennung und Wertschätzung gegenüber der großen Anzahl bürgerschaftlich engagierter Menschen ist eine der wenigen aber vielleicht die bedeutendste Gegenleistung, die die Freiwilligen für ihre Arbeit erfahren. Gleichwohl wird dadurch die hohe Bedeutung des Ehrenamts für den Zusammenhalt der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft hervorgehoben.⁸⁸

Entgegen dem allgemeinen Eindruck, dass Frauen eher dazu neigen ein Ehrenamt zu übernehmen,⁸⁹ scheint dies nicht geschlechterspezifisch zu sein. Bei der Befragung waren die Werte insgesamt ausgeglichen, sodass 24 % aller teilnehmenden

⁸⁶ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 55 f., https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

⁸⁷ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 59 f., https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

⁸⁸ Vgl. BMFSFJ, Zweiter Engagementbericht. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement, 2017, S. 10, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [17.09.2023].

⁸⁹ Vgl. MA/Interview/1/7/171; MA/Interview/5/12/360.

Männer und 22 % aller teilnehmenden Frauen noch nie ein Ehrenamt ausgeübt haben.

Bürgerschaftliches Engagement kennt keine Altersgrenze. Wenngleich es einen starken Zeit- und Lebenslaufbezug gibt, da eine ehrenamtliche Tätigkeit nicht in jedem Abschnitt des Lebens gleichermaßen denk- und umsetzbar ist. Insbesondere in jungen Jahren, wenn häufig noch wenig Verpflichtungen bestehen und der Fokus auf der Entdeckung, der Schulung und dem Erwerb eigener Interessen und Fähigkeiten liegt, ist für viele Menschen ein geeigneter Zeitpunkt sich für die Gesellschaft ehrenamtlich einzusetzen. Typischerweise entscheiden sich viele junge Menschen nach dem Schulabschluss für einen Bundes- oder Jugendfreiwilligendienst, welcher sich als berufliche Orientierung und gleichzeitig als Form des bürgerschaftlichen Engagements etabliert hat. Nach Abschaffung der Wehrpflicht und des Zivildienstes hat die Bundesregierung im Jahr 2011 die Chance genutzt, das bürgerschaftliche Engagement wiederrum zu stärken und hat dafür den Bundesfreiwilligendienst eingeführt und gleichzeitig den Jugendfreiwilligendienst ausgebaut.⁹⁰ Ersterer richtet sich dabei an alle Altersgruppen, während die Zielgruppe des Jugendfreiwilligendienstes junge Menschen bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres ist. Einsatzbereiche sind jeweils soziale, kulturelle, ökologische oder andere gemeinwohlorientierte Einrichtungen. Mittlerweise nehmen ca. 100.000 Menschen im Jahr an einem solch gesetzlich geregelten Dienst teil, welche jährlich mit Bundesmitteln im mittleren dreistelligen Millionenbereich finanziert werden.⁹¹ Der hohe finanzielle Einsatz unterstreicht erneut die Wichtigkeit solcher Einsätze für die Gesamtgesellschaft. Indem Menschen sich gegenseitig unterstützen, rückt die Gesellschaft näher zusammen und das Verständnis füreinander kann wachsen.

Obwohl sehr viele junge Menschen einen Freiwilligendienst übernehmen,⁹² geben insgesamt ein Viertel der Teilnehmer an, dass sie sich noch nie ehrenamtlich

⁹⁰ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 13, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

⁹¹ Vgl. BMFSFJ, Zweiter Engagementbericht. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement, 2017, S. 10 f., <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [17.09.2023].

⁹² Vgl. BMFSFJ, Zweiter Engagementbericht. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement, 2017, S. 11, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [17.09.2023].

engagiert haben. Dies betrifft in besonderem Maße die jüngste Altersgruppe der 18 bis 24-Jährigen mit 33 %.⁹³ Dabei sei aber anzumerken, dass die Umfrage stark durch das Hochschulnetzwerk verteilt wurde, sodass davon auszugehen ist, dass insbesondere in der jüngeren Altersgruppe viele Studenten an der Befragung teilgenommen haben, welche oftmals ihr Studium unmittelbar nach der Schule beginnen.

Im weiteren Verlauf des Lebens ändern sich die Prioritäten und häufig wächst die unmittelbare Verantwortung gegenüber der eigenen Familie. Die Zeit wird knapper und die finanziellen Mittel aus der Erwerbstätigkeit werden zumeist zwingend benötigt, um persönliche Ziele der Familie zu erfüllen und/oder eigene Lebensträume zu verwirklichen. Zwischen Familie und Beruf bleiben dann häufig kaum zeitliche Ressourcen für zusätzliche, unentgeltliche Arbeit. Gleichwohl ist zu dieser Zeit, insbesondere wenn eigene Kinder involviert sind, der größte direkte Kontakt mit ehrenamtlichen Aufgaben gegeben, sei es die Elternvertretung im Kindergarten, der Kuchenverkauf in der Schule oder der Fußballtrainer im Verein des Kindes. Entsprechend fallen auch die Ergebnisse der Befragung aus, sodass trotz knapper zeitlicher Ressourcen nur rund ein Sechstel der Teilnehmer über 25 Jahren angeben, noch nie ein Ehrenamt ausgeübt zu haben. Dies zeigt, dass andere Motivationsgründe den knappen zeitlichen Ressourcen überwiegen müssen.

Auffällig bei den Ergebnissen ist außerdem, dass 368 Stimmen bei den Einsatzgebieten ehrenamtlicher Arbeit abgegeben wurden. Insgesamt haben 228 Personen die Frage beantwortet. Abzüglich derer, die sich noch nie ehrenamtlich engagiert haben, verbleiben damit 173 Personen, auf die sich die 368 abgegebenen Stimmen verteilen. Das bedeutet, dass ein Großteil der Teilnehmer sich in mehr als nur einem Bereich ehrenamtlich engagieren oder engagiert haben.

⁹³ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.

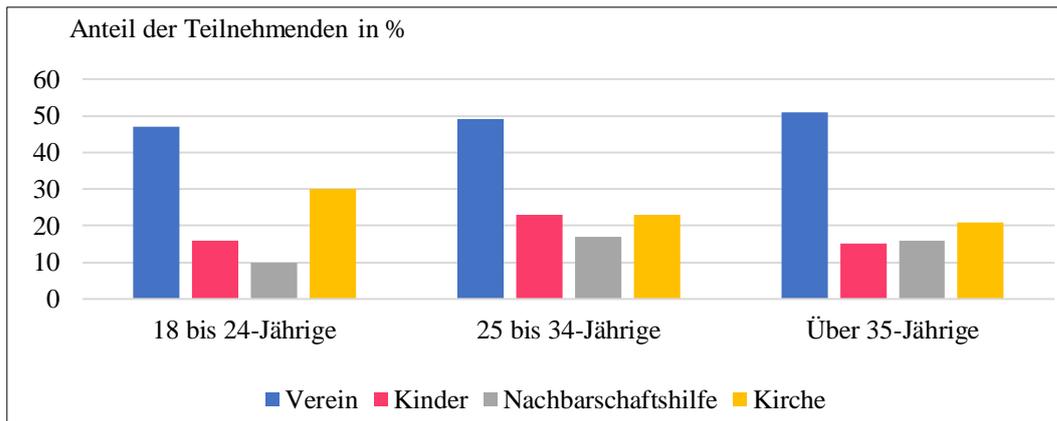


Abbildung 10: Bereiche, in denen sich Ehrenamtliche am häufigsten engagieren.

(Quelle: Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.)

Die Top vier der Engagementbereiche sind Vereine, Kinder, Nachbarschaftshilfe und Kirche. Aufgrund der starken Berührungspunkte mit dem persönlichen Leben und der Vielzahl und Vielseitigkeit von Vereinen, ist es nicht verwunderlich, dass sich Menschen mit deutlichem Abstand am häufigsten, unabhängig der Altersgruppe, in Vereinen engagieren. Die Hälfte aller teilnehmenden Personen gaben an, sich hier einzubringen.⁹⁴ Unabhängig von der Art des Vereins, haben diese für die Gesellschaft eine besondere Bedeutung. Sie füllen eine Lücke zwischen Staat und Zivilgesellschaft, die ohne sie leer bliebe. Wenn öffentliche Mittel aufgebraucht sind, springen Vereine ein. Durch die Arbeit in einem Verein werden wichtige Aufgaben im sozialen Gefüge einer Gesellschaft wahrgenommen, denn Vereine helfen anderen, integrieren Menschen und vermitteln positive Werte. Sozialen Netze können hier einfach aufgebessert und neue Perspektiven eröffnet werden. Zu all dem werden eigene Fähigkeiten entdeckt und geschult. Krisen werden gemeinsam überwunden, Offenheit und Vertrauen geschärft und ein gemeinsames Ziel verfolgt. Alles, was in einer Gesellschaft wichtig ist, kann hier im Kleinen geübt werden. Es ist daher sehr förderlich für den sozialen Zusammenhalt, dass sich die Hälfte aller befragten Personen in einem Verein engagieren.

⁹⁴ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.

Mit aufsteigendem Alter kommt das Engagement in der Nachbarschaftshilfe dazu. Entsprechend den Ergebnissen aus der Studie der Bertelsmann Stiftung⁹⁵ und den eigenen Erhebungen⁹⁶ im Dimensionsbereich *‘Identifikation’* deutet dies erneut auf eine wachsende Verwurzelung mit dem eigenen Wohnort hin. Hinzu kommen altersentsprechende persönliche Konfrontationen, z. B. der eigenen Eltern, mit notwendig werdenden Hilfsstrukturen des örtlichen Umfelds, die das Bewusstsein für diese wichtige Aufgabe schärfen. Allerdings sind die älteren Menschen nicht nur Empfänger von ehrenamtlichem Engagement. Das Gegenteil ist der Fall, ergeben sich doch in der zweiten Lebenshälfte, anders als früher, insbesondere aufgrund der steigenden Lebenserwartung große Potenziale. Gleichzeitig zeigt sich, dass das Engagement älterer Menschen erst ab 70 Jahren abnimmt. Im Interesse des Einzelnen aber auch der Gesamtgesellschaft müssen diese Potenziale ausgeschöpft werden und ältere Menschen gezielt informiert und gefördert werden.⁹⁷

Die Ausübung eines Ehrenamts stärkt den sozialen Zusammenhalt innerhalb einer Gesellschaft. Ohne Ehrenamtliche würde das Bindeglied zwischen Staat und Zivilgesellschaft fehlen. Es sind Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts, mit und ohne Migrationshintergrund, verschiedenem Bildungsniveau und aus den unterschiedlichsten beruflichen Kontexten. So vielfältig wie die Gesellschaft selbst, so sind es auch die vielen Millionen Ehrenamtlichen in Deutschland, welche sich täglich für ihre Mitmenschen und die Gesellschaft in der sie leben, einsetzen. Die Teilnehmer der Befragung wurden gebeten anzugeben, was sie an ihrem Ehrenamt lieben. Hier einige Auszüge⁹⁸:

- *„Die gesellschaftliche Vorbildfunktion.“*

⁹⁵ Vgl. Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg, 2022, S. 39 f., <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

⁹⁶ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14, Anlage 15.

⁹⁷ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 14, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

⁹⁸ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 13.

- *„Man gibt etwas Zeit ab und erhält positive Rückmeldung bzw. empfindet anschließend selbst gute Laune, da man etwas zur Gesellschaft beigetragen hat.“*
- *„Das Gefühl, helfen zu können. Anderen eine Freude zu machen und meine Zeit sinnvoll einzusetzen.“*
- *„Eine andere Perspektive zu einem Thema zu erfahren. Zusammenhalt.“*
- *Den Spaß und die Freude anderer und zu sehen, wie sie aufblühen und sich weiterentwickeln.“*
- *„Die Freude, die Menschen ausstrahlen, wenn sie sich wirklich wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen.“*

Ein Ehrenamt ist sinnvoll und stärkt unzweifelhaft den sozialen Zusammenhalt in einer Gesellschaft durch die unterschiedlichsten Bereiche. Dabei kann Teilhabe für den Ehrenamtlichen selbst und für die anderen verwirklicht werden. Teilhabe an der Gemeinschaft, an kulturellem Leben, an sozialen Beziehungen – an einem erfüllenden Leben. Es schafft gesellschaftliche Integration und stärkt soziale Beziehungen. Gleichzeitig können durch die Mitarbeit in Zusammenschlüssen wie Vereinen und Projekten Erfahrungen für das persönliche Leben außerhalb des Engagements erworben werden. Demokratische Regeln, Aushandlungsprozesse, gewinnen und verlieren, umdenken, neu planen, wie auch Kompromisse schließen – all das kann kennengelernt, geübt, optimiert und die resultierenden Erfahrungen für das weitere Leben von unschätzbarem Wert sein. Engagement ist ein Lernort für lebenslanges Lernen.⁹⁹

⁹⁹ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 13, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

7.2 Die Motivation für ehrenamtliches Engagement

H2: Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, wollen eine sinnvolle und unzweifelhaft gute, Tätigkeit ausüben.

Neben allem Gemeinschaftssinn und Selbstlosigkeit strebt der Mensch gleichzeitig immer nach einer gewissen Anerkennung. Jeder freiwillige und unentgeltliche Einsatz für andere hat demnach auch stets eine eigennützige Komponente. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant spricht in diesem Zusammenhang von der *ungeselligen Geselligkeit*. Er beschreibt damit den Zwiespalt der Menschen zwischen Individualismus und dem Wunsch nach Zugehörigkeit. Da die von Natur aus in den Menschen angelegten Fähigkeiten im Rohzustand sind und ausgebildet werden müssen, ist der Mensch allein unfertig und zum Gesellschaftswesen bestimmt. Er braucht folglich andere Menschen, um sich zu entwickeln und zu reifen. Für die Entwicklung der Naturanlagen benötigt es einen gewissen Antrieb. Nach Kant bedient sich die Natur dafür eines Antagonismus, welcher die menschlichen Neigungen im Wettstreit zueinanderstehen lässt. Auf der einen Seite steht der Drang zur Vergesellschaftung, auf der anderen der Hang sich zu vereinzeln.¹⁰⁰

In der Vergesellschaftung fühlt der Mensch sein Menschsein stärker, da er die Entwicklung seiner Naturanlagen fühlt. Um sich einen Rang in der Gesellschaft zu verschaffen, treten die Menschen in Konkurrenz und Wettstreit miteinander. Dadurch werden aber auch negative Eigenschaften wie Habsucht, Herrschsucht und Ehrsucht hervorgehoben. Durch diese Eigenschaften erreicht der Mensch zwar eine gewisse Position und Anerkennung innerhalb der Gesellschaft, allerdings erhebt er sich als Individuum dadurch auch aktiv über seine Mitmenschen. Mit solch einem Verhalten muss er gleichzeitig damit rechnen, durch seine Mitmenschen isoliert zu werden. In der Isolation angekommen sucht der Mensch erneut die Gesellschaft, um sich weiter entwickeln zu können. Diese ambivalente Grundstruktur ist notwendig um individuelle, soziale und politische Beziehungen erfolgreich zu machen. Denn ohne den Gegensatz zwischen Individuum und Gesellschaft, der als

¹⁰⁰ Vgl. Belwe, Ungesellige Gesellschaft, S. 14 f.

Mechanismus von Konkurrenz und Selbstbehauptung fungiert, könnte sich aus den Menschen kein Sozial- und Einzelwesen herausbilden.¹⁰¹

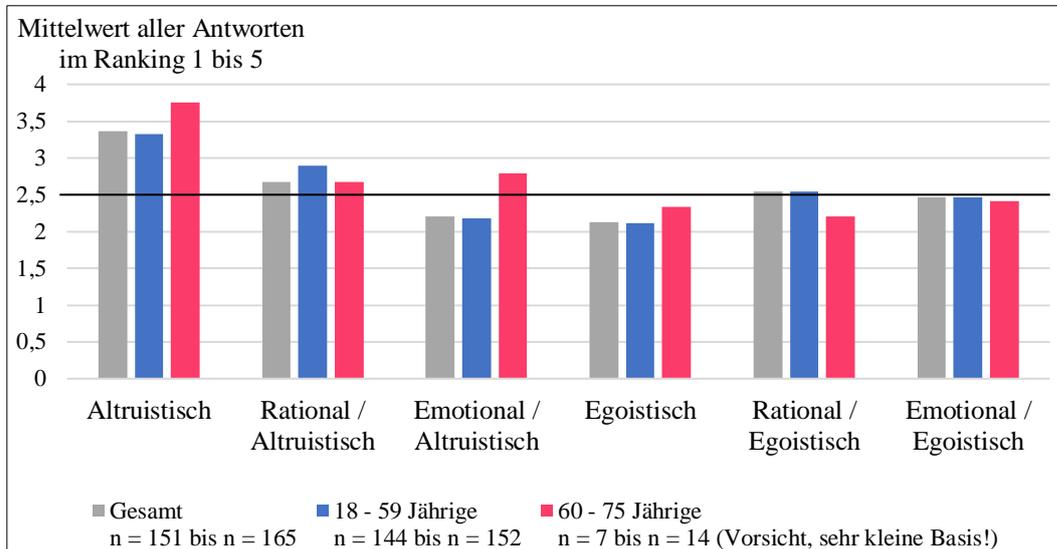


Abbildung 11: Mittelwerte der kategorisierten Motivationsgründe für ehrenamtliches Engagement
(Quelle: Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 13.)

Wie festgestellt, muss bei jeder selbstlosen Handlung auch ein gewisser Egoismus ganz selbstverständlich und menschlich mitschwingen. Die Motivationsgründe lassen sich daher in altruistische und egoistische Gründe kategorisieren. Welche Motivationsgründe im Einzelnen zusammengefasst wurden, kann der Anlage 13 entnommen werden. Bei Betrachtung der kategorisierten Motivationsgründe für ehrenamtliches Engagement fällt deutlich auf, dass beide Seiten ausgeprägt vorhanden sind. Dabei muss bei der Interpretation der Ergebnisse beachtet werden, dass deutlich mehr Teilnehmer zwischen 18 und 59 Jahren an der quantitativen Befragung teilgenommen haben als Menschen, die in die Altersgruppe 60 bis 75 Jahre fallen. Gleichzeitig unterscheidet sich auch die Anzahl derer, die bei den jeweiligen Fragen geantwortet haben. Überdies muss ein gewisses sozialverträgliches Antwortverhalten der Befragten angenommen werden. Schließlich wurden nicht zu jeder Kategorie gleich viele Fragen gestellt, sodass die Ergebnisse nicht vollständig vergleichbar sind, ein klarer Trend aber durchaus abgelesen werden kann.

¹⁰¹ Vgl. Belwe, Ungesellige Gesellschaft, S. 17.

Insgesamt sind die altruistischen Gründe ein Ehrenamt zu übernehmen deutlich stärker ausgeprägt als die egoistischen. Das liegt nahe, denn um persönlichen Profit und Selbstdarstellung geht es in einem Ehrenamt vorrangig nicht, weshalb zu erwarten ist, dass die primär intrinsische Motivation der Ehrenamtlichen selbstlos ist. Auffällig ist, dass die altruistischen Gründe bei der ältesten Altersgruppe (60- bis 75-Jährigen) am stärksten ausgeprägt sind. Vor allem weichen die Ergebnisse der emotional / altruistischen Gründe sehr stark zwischen den Altersgruppen voneinander ab. Dabei geben ältere Menschen insbesondere als Motivationsgrund an, dass sie sich für die Schwachen in der Gesellschaft verantwortlich fühlen (Mittelwert 3,8 von 5) und dass ihnen der Austausch mit anderen Ehrenamtlichen besonders gut gefällt (Mittelwert 3,4 von 5). Im Vergleich dazu lag der Mittelwert beider Fragen bei der jüngeren Altersgruppe bei jeweils 2,5 (von 5).¹⁰²

Bei den egoistischen Gründen stehen in der älteren Altersgruppe die emotionalen Gründe besonders hervor. Hierbei handelt es sich bspw. um Motive wie *soziale Kontakte zu finden, zu pflegen und auszubauen*. Daneben werden auch Beweggründe angeführt, wie *das Zugehörigkeitsgefühl zu einer Gruppe* und *die Nähe zum Menschen*.¹⁰³ Mit fortschreitendem Alter sinken häufig die sozialen Kontakte, die Isolation der Menschen steigt, auch bedingt durch die steigende Armutsgefährdung vieler Senioren. Kaum verwunderlich ist also, dass der soziale Kontakt mit anderen Menschen eine starke Motivation für ältere Menschen darstellt, sich einem Ehrenamt anzunehmen.¹⁰⁴ Das Ehrenamt ist in diesem Fall gleichzeitig auch ein Akt der Selbsthilfe, bei dem der persönliche Nutzen mitschwingt. Wie Kant beschreibt, vergesellschaften sich Menschen gerne und ganz notwendigerweise.¹⁰⁵

¹⁰² Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 15, Anlage 16.

¹⁰³ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.

¹⁰⁴ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 112, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

¹⁰⁵ Vgl. Belwe, Ungesellige Gesellschaft, S. 17.

Bei der jüngeren Altersgruppe hingegen sind insgesamt die rationalen Motivationsgründe deutlich stärker ausgeprägt als die emotionalen Motive. Bei ihnen stehen häufig lebenslaufbedingt taktische Motive, die für sie einen zukünftigen Nutzen darstellen, im Vordergrund, etwa der Erwerb von neuen Kenntnissen und Fähigkeiten.¹⁰⁶ Bereits 2019 ergab dies auch der fünfte Freiwilligensurvey, bei dem ebenfalls die jüngste Altersgruppe (hier 14- bis 29-Jährige) das Ziel verfolgte, sich durch das freiwillige Engagement weiterbilden und qualifizieren zu können.¹⁰⁷

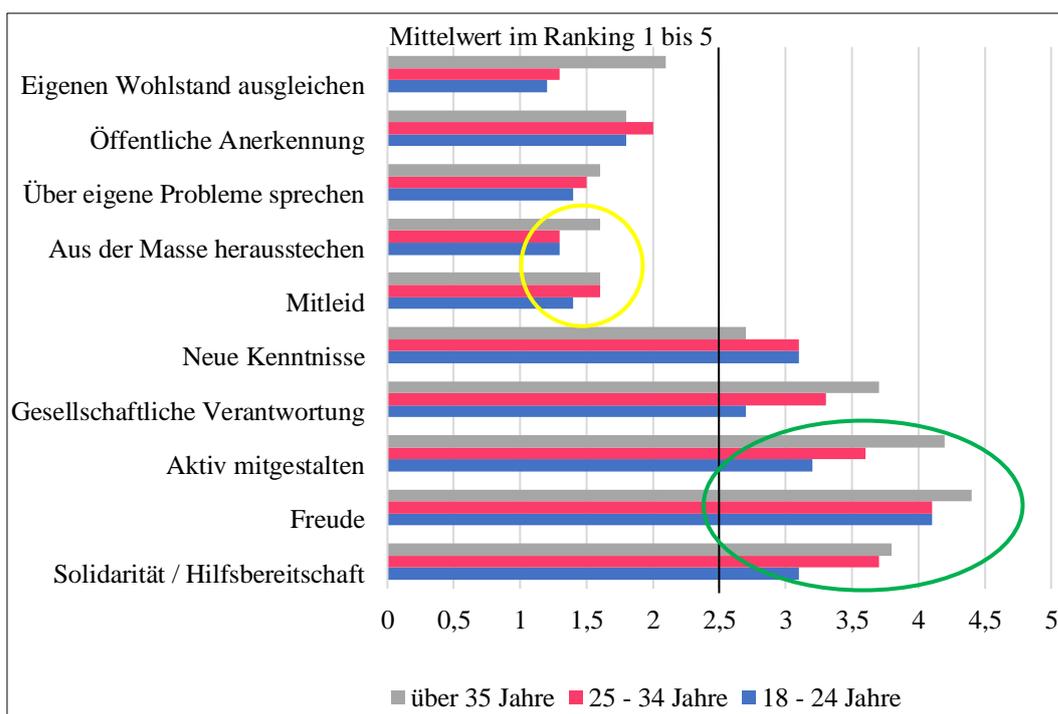


Abbildung 12: Die Top 4 – am höchsten und am geringsten bewertete Motive für ehrenamtliches Engagement je Altersgruppe.

(Quelle: Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.)

Neben all den egoistischen Gründen, welche, wie festgestellt, ganz natürlich dazugehören, könnte die Annahme entstehen, dass Menschen ein Ehrenamt primär aus diesen egoistischen Gründen ausüben. Das vorstehende Diagramm, welches für jede Altersgruppe die vier am meisten und die vier am geringsten als zutreffend bewertete Motive, ein Ehrenamt auszuüben, zeigt, malt ein anderes Bild.

¹⁰⁶ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14, Anlage 16.

¹⁰⁷ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 112,

https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

Bei Betrachtung der Ergebnisse fällt interessanterweise auf, dass trotz der unterschiedlichen Motivationslagen je Altersgruppe, über alle Altersstufen hinweg die gleichen drei Gründe am höchsten bewertet wurden¹⁰⁸:

- Ich übe mein Ehrenamt aus **Freude** aus.
- Ich übe mein Ehrenamt aus, um **aktiv mitzugestalten und etwas zu bewegen**.
- Ich übe mein Ehrenamt aus **Solidarität und Hilfsbereitschaft meinen Mitmenschen gegenüber** aus.

Gestützt werden diese Angaben durch die Ergebnisse des fünften deutschen Freiwilligensurveys. Hier ergaben sich für die als am zutreffendsten markierten Motive für ehrenamtliches Engagement ebenfalls Spaß und Freude sowie die Hilfe für andere Menschen.¹⁰⁹ Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, wollen eine sinnvolle und unzweifelhaft gute Tätigkeit ausüben. Vor allem treibt sie die Freude an ihrem bürgerschaftlichen Engagement an und dass sie die Gelegenheit haben, aktiv in die zukünftige Gesellschaft zu investieren, sich dadurch aktiv für den sozialen Zusammenhalt einzusetzen und schließlich aktiv die Solidarität innerhalb der Gesellschaft hochzuhalten, auszuleben und spürbar zu machen.

Ebenfalls übereinstimmend sind drei der vier am wenigsten zutreffende Motivationsgründe¹¹⁰:

- Ich übe mein Ehrenamt aus **Mitleid** aus.
- Ich übe mein Ehrenamt aus, weil ich **aus der Masse herausstechen** möchte.
- Ich übe mein Ehrenamt aus, weil ich **mit anderen über meine Probleme/Bedürfnisse sprechen will**.

Menschen wollen zwar eine unzweifelhaft gute und sinnvolle Tätigkeit ausüben, sie tun dies aber keinesfalls aus Mitleid. Das machen die Ergebnisse deutlich. Interessant ist auch, dass der Beweggrund, den eigenen Wohlstand ausgleichen zu wollen, bei der ältesten Altersgruppe signifikant höher ist als bei allen anderen Gruppen. Gehört er bei der jüngeren und der mittleren Altersgruppe zu den am

¹⁰⁸ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.

¹⁰⁹ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 119, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

¹¹⁰ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.

wenigsten zutreffenden Antworten, steht er bei der ältesten Gruppe etwa im Mittelfeld. Dies deckt sich auch mit den Angaben der älteren Ehrenamtlichen aus der Vesperkirche, welche übereinstimmend angaben, dass ein Grund ihres ehrenamtlichen Engagements die Dankbarkeit über die Unversehrtheit und des Wohlstands in ihrem persönlichen Leben ist.¹¹¹ Ältere Menschen bringen sich also sehr häufig auch aus Dankbarkeit freiwillig ein, mit dem Wunsch etwas zurückgeben zu können. Dieses Verständnis setzt eine gewisse Lebenserfahrung voraus.

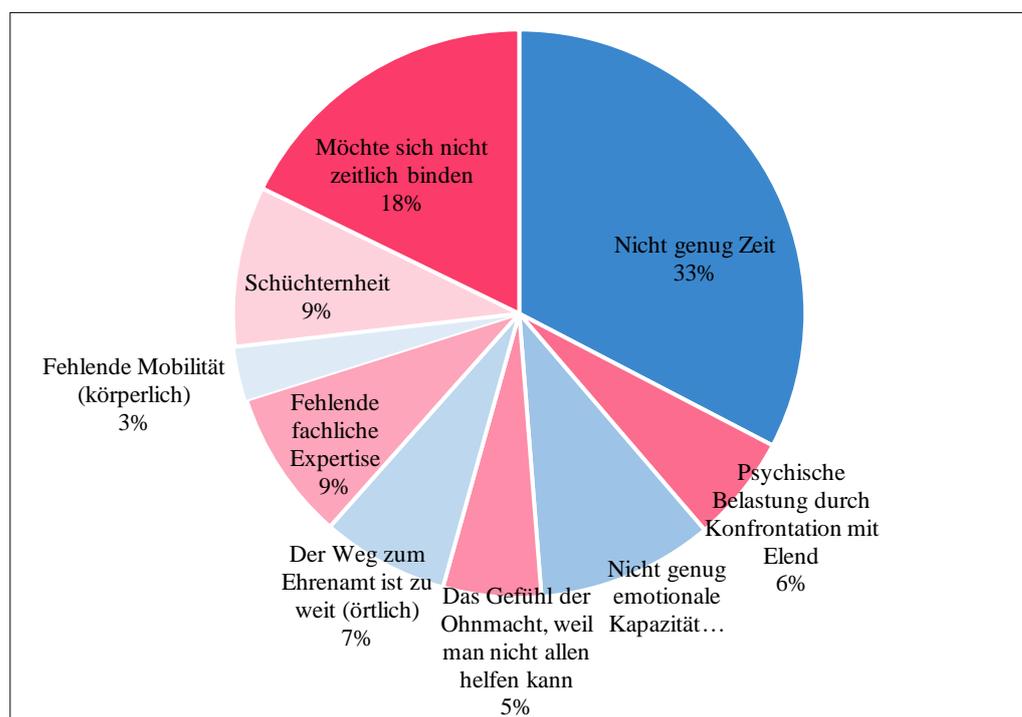


Abbildung 13: Hinderungsgründe ein Ehrenamt aufzunehmen; n= 228.

(Quelle: Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 13.)

Zuletzt noch einen Blick auf die Hinderungsgründe ein Ehrenamt auszuüben: In der quantitativen Befragung wurde als mit Abstand häufigster Hinderungsgrund angegeben, dass nicht ausreichend zeitliche Ressourcen vorhanden wären. Zusammen mit der Abneigung sich zeitlich binden zu müssen, um ein Ehrenamt zuverlässig auszuüben, bilden diese beiden Punkte 51 % aller Antworten. Weitere 21 % entfallen auf emotionale Gründe wie *die Ohnmacht nicht allen helfen zu können* oder auch *die Belastung durch die Konfrontation mit Elend*. Die übrigen 28 % liegen in

¹¹¹ Vgl. MA/Interview/1/7/177-184; MA/Interview/2/17/549-550.

der Person selbst, wie fehlende körperliche Mobilität oder Schüchternheit bzw. in dem speziellen Ehrenamt, wenn es darum geht, dass dies örtlich schwer zu erreichen ist. Insgesamt sprechen die fehlenden zeitlichen Ressourcen für einen starken Lebenslaufbezug des Ehrenamts und für die Notwendigkeit einer Priorisierung innerhalb des eigenen täglichen Lebens.

Zusammengefasst kann davon ausgegangen werden, dass Menschen, die ein Ehrenamt ausüben, damit zuallererst etwas sinnvolles und unzweifelhaft Gutes tun wollen. Die hauptsächlichen Motivationsgründe sind altruistisch und beziehen sich ganz allgemein auf einen Solidargedanken und dem Wunsch nach Menschlichkeit, Empathie und Hilfsbereitschaft innerhalb der Gesellschaft. Der gleichzeitig mitschwingende gesunde Egoismus ist ganz menschlich und sollte auch nicht unterdrückt werden. Ganz im Gegenteil kann aus unterschwellig egoistischen Gründen auch neue Kraft gewonnen werden, ein Ehrenamt weiter auszuführen und in weniger fruchtbaren Tagen der Antrieb sein, dabei zu bleiben. Es wurde gezeigt, dass es in der Regel nicht das eine Motiv gibt, weshalb sich Menschen ehrenamtlich engagieren. Es handelt sich immer um Motivbündel, worin mehrere Beweggründe vielleicht hierarchisch, vielleicht auch gleichbestimmt nebeneinanderstehen. Vermutlich haben sich die meisten Ehrenamtlichen auch nur vordergründig, wenn überhaupt, Gedanken über ihre eigenen Motive gemacht. Jeder Grund ist legitim, kann sich verändern und bedarf keiner Bewertung von außen.

8 Praxisbeispiel: Vesperkirche Reutlingen

Die Vesperkirche Reutlingen als feste Institution mitten in der Stadt vereint beides: Die Möglichkeit Gutes zu tun mit dem aktiven Ziel, den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu stärken. Sie bringt Menschen zusammen und hilft ihnen konkret und unkompliziert. Nicht im Sinne einer Armenspeisung, sondern im Geiste der Mitmenschlichkeit, der Zusammengehörigkeit als Menschen einer Gesellschaft und als Modell einer kommenden Welt.¹¹²

Gegründet wurde die Vesperkirche Reutlingen, als zweite in Deutschland nach der Vesperkirche in Stuttgart, im Herbst 1997 aus dem Gefühl der Empörung heraus, von dem hingebungsvollen Reutlinger Pfarrer Klaus Kuntz.¹¹³ Nach der ersten Erfrierung eines Nichtsesshaften in Reutlingen war der Entschluss des Pfarrers gefasst, dies in einer reichen Stadt wie Reutlingen nicht zu akzeptieren. Er schaffte daher eine Anlaufstelle für Bedürftige in Form einer Vesperkirche.¹¹⁴ Sinn und Zweck war es, den Benachteiligten und den von der Gesellschaft ausgeschlossenen (ursprünglich vorrangig den Berbern) zu einem besseren Leben zu verhelfen und die Armut zumindest temporär unsichtbar bzw. erträglicher zu machen.¹¹⁵ Ein Gedanke der Menschlichkeit. Sie soll zum einen ganz praktisch den Hunger stillen und zum anderen die Einsamkeit lindern, in dem Raum geschaffen wird, Gespräche zu führen und Kontakte zu knüpfen.¹¹⁶ Menschen werden hier in ihrer Lebensintensität wahrgenommen wertschätzend beachtet.¹¹⁷ Ziel ist es, den Ausgeschlossenen der Gesellschaft das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln.¹¹⁸ Die erste Vesperkirche fand im Frühjahr 1998 statt, sodass die Kommende, im Frühjahr 2024, bereits zum 27. Mal ihre Türen öffnen wird.

Grundsätzlich wäre es denkbar eine entsprechende Einrichtung zum Wohle der Bürger als städtische Aufgabe im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge zu sehen, allerdings würde es sich dabei um eine freiwillige Aufgabe handeln, wie

¹¹² Vgl. MA/Interview/5/9/207-210.

¹¹³ Vgl. MA/Interview/2/5/93.

¹¹⁴ Vgl. MA/Interview/2/5/101-105.

¹¹⁵ Vgl. MA/Interview/1/4/62-66.

¹¹⁶ Vgl. MA/Interview/3/4/66-69.

¹¹⁷ Vgl. MA/Interview/5/6/63-65.

¹¹⁸ Vgl. MA/Interview/2/13/404-407.

etwa die Schaffung öffentlicher Einrichtungen. Für viele Kommunen steht der § 10 Abs. 2 S. 1 GemO, welche die Schaffung einer solchen öffentlichen Einrichtung nur bei entsprechender Leistungsfähigkeit der jeweiligen Gemeinde gestattet, dem entgegen. Denn die Kosten der freiwilligen Aufgabe trägt die Gemeinde selbst. Aufgrund der Beschränktheit der Mittel ist dies folglich nicht ohne weiteres von öffentlicher Seite aus möglich.

Die Bedeutung der Vesperkirche Reutlingen zeigt sich jährlich, wenn drei- bis vierhundert Menschen ehrenamtlich mithelfen wollen.¹¹⁹ Obwohl keine aktive Akquise von Ehrenamtlichen betrieben wird,¹²⁰ gab es bisher nie einen Mangel. Im Gegenteil müssen doch die Anfragen der Freiwilligen sogar sorgfältig organisiert und eingeteilt werden, sodass die meisten Ehrenamtlichen deutlich weniger als eigentlich gewünscht mitarbeiten können.¹²¹ Eine finanzielle Gegenleistung für die Mitarbeitenden gibt es, wie üblich im Ehrenamt, aber nicht, sodass dies nicht der Anreiz sein kann. Einmal im Jahr findet ein Ehrenamtsfest als Dank statt und der Leitungskreis macht daneben alle vier Jahre eine politische Bildungsfahrt nach Berlin zu einem Bundestagsabgeordneten des Kreises Reutlingen.¹²²

Was also ist die Motivation der Ehrenamtlichen, die jährlich darauf brennen mitzuhelfen zu dürfen? Die Vesperkirche hat eine hohe Reputation in der Gesellschaft.¹²³ Viele Menschen empfinden die hohe Transparenz, dass jeder Euro sichtbar für etwas Gutes eingesetzt wird, als besonders vertrauenswürdig.¹²⁴ Andere scheinen ihr Gewissen beruhigen zu wollen, da sie nichts an der Gesamtgesellschaftlichen Situation bzw. den manchmal hoffnungslos scheinenden Strukturen ändern können.¹²⁵ Ein weiterer Grund ist die Dankbarkeit über das eigene gute Leben, die nun den Wunsch weckt, etwas zurückgeben zu wollen.¹²⁶

¹¹⁹ Vgl. MA/Interview/5/11/313.

¹²⁰ Vgl. MA/Interview/2/8/208-212.

¹²¹ Vgl. MA/Interview/5/11/315-335.

¹²² Vgl. MA/Interview/5/12/337-348.

¹²³ Vgl. MA/Interview/5/8/221-222.

¹²⁴ Vgl. MA/Interview/5/8/224-226.

¹²⁵ Vgl. MA/Interview/2/8/212-219.

¹²⁶ Vgl. MA/Interview/1/7/177-184; MA/Interview/2/17/549-550.

8.1 Das Engagementpotenzial

Bürgerschaftliches Engagement hat häufig einen starken Zeit- und Lebenslaufbezug.¹²⁷ Werte wie Dankbarkeit über das Gelingen des eigenen Lebens, das Fernbleiben eines Schicksalsschlags und die eigene Unversehrtheit, bilden sich erst nach einer gewissen Lebenszeit heraus. Im Rückspiegel lässt sich dies erkennen, wenn ein Kontrast mit anderen möglichen Lebensverläufen deutlich wird.

Im Rahmen der Motivforschung ist es erstrebenswert die Zeitdimension im Sinne der Ausdauer des ehrenamtlichen Engagements zu betrachten. Wird davon ausgegangen, dass die Unzufriedenheit über einen gewissen Zustand Menschen zu einem Ehrenamt bringt, so wird ihre Motivation von der Hoffnung genährt, diesen Zustand beseitigen oder zumindest verbessern zu können. Die Bereitschaft dieses Ehrenamt weiter auszuüben, hängt demnach signifikant von dem Grad der Befriedigung dieser Erwartungen ab.¹²⁸ Wird das Motiv enttäuscht, das ursprünglich zum Ehrenamt führte, kann dies zur Beendigung oder Unterbrechung desselbigen führen.¹²⁹

Bürgerschaftliches Engagement erfordert Zeit, die mit dem Berufs- und Privatleben der Engagierten in Einklang gebracht werden muss. Gleichzeitig ist eine regelmäßige und verbindliche Ausübung des bürgerschaftlichen Engagements für das Gelingen von großer Bedeutung. Die fünf Interviewpartner der Vesperkirche geben übereinstimmend an, dass sie für ihr Ehrenamt brennen und dieses schon sehr langjährig ausüben. Sie alle sind Teil des Leitungskreises und stellen ihr Leben aktiv für die Zeit der Vesperkirche vollkommen zurück.¹³⁰ Gleichzeitig wird klargestellt, dass sich Menschen nicht für ein Ehrenamt bis zur Aufopferung engagieren, dass es eine Grenze gibt.¹³¹

¹²⁷ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 14, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

¹²⁸ Vgl. Sutter, Der Wille zur Gesellschaft, S. 36.

¹²⁹ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 115, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland_der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

¹³⁰ Vgl. MA/Interview/1/9/223-228; MA/Interview/2/18/572-576; MA/Interview/3/7/172-177; MA/Interview/4/9/254-257; MA/Interview/5/9/242-247.

¹³¹ Vgl. MA/Interview/2/22/704-710.

Da die Vesperkirche von September bis April geplant, durchgeführt und nachbereitet wird, liegt es in diesem speziellen Fall in der Natur des Ehrenamts, dass es sich auf gezielte Monate fokussiert und in den übrigen Monaten ruht. Dies lässt sich nicht auf alle sonstigen Ehrenämter übertragen. Entsprechende verallgemeinerbare Daten darüber, inwieweit ein Ehrenamt in bestimmten Monaten oder Zeiten mehr oder weniger ausgeübt wird, konnten weder durch die Interviews noch durch die Befragung gewonnen werden.

Allgemein sind die Menschen jedoch zufrieden mit ihrem Ehrenamt. Die Teilnehmer wurden gefragt ihre Zufriedenheit auf einer Skala von 1 (gar nicht zufrieden) bis 5 (voll und ganz zufrieden) zu bewerten. Die Mittelwerte lagen bei 12 der 13 abgefragten Bereiche zwischen 3,4 – 4,2 Punkten. Einzig der Bereich Klimaschutz brachte es nur auf einen Mittelwert von 2,7 von möglichen 5 Punkten. Am zufriedensten sind die Menschen in den Bereichen „Kinder“ (4,2 Punkte), „alte Menschen“ (4,1 Punkte), „Menschen mit Behinderung“ (4,1 Punkte) und „Vereine“ (4,1 Punkte). Dafür spricht auch, dass 42 % der 169 Teilnehmer angaben, ihr Ehrenamt im nächsten Jahr auf jeden Fall fortsetzen zu wollen. Weitere 11 % werden ihr Ehrenamt nicht fortsetzen, die übrigen Befragten liegen mit ihren Angaben in der Mitte der beiden Pole.¹³²

Bezüglich erfüllter Erwartungen empfinden insgesamt 41 % ihre Erwartungen durch ihr Ehrenamt als voll und ganz erfüllt. Weitere 56 % geben an, dass ihre Erwartungen teilweise erfüllt sind, während 2,9 % der 171 Teilnehmer ihre Erwartungen als nicht erfüllt empfinden.¹³³

Und auch die Gefühle und Gedanken der Interviewpartner der Vesperkirche sind durchweg positiv im Rückblick. Allesamt beschreiben sie ihr Ehrenamt als bereichernde Erfahrung, welche den Blickwinkel zum Teil verändert und geweitet hat.¹³⁴

Der Blick für die Armut vor der eigenen Tür geöffnet und der Mut entwickelt hinzuschauen.¹³⁵ Gleichzeitig werden auch nachdenkliche Stimmen laut, denn ein Ehrenamt fordert auch heraus. Trotz aller guten Stimmung der Ehrenamtlichen

¹³² Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 13, Anlage 14.

¹³³ Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 13.

¹³⁴ Vgl. MA/Interview/1/6/152.

¹³⁵ Vgl. MA/Interview/2/3/45-47; 9/251-260.

untereinander und der schönen Gemeinschaft, gibt es auch Situationen, welche un- schön, herausfordernd und belastend sind. Darunter fällt, dass häufig die gleichen Gäste in die Vesperkirche kommen,¹³⁶ oder dass Mitarbeitende ein starkes Konkur- renz- und Geltungsbedürfnis an den Tag legen.¹³⁷ Daneben werden insbesondere Situationen als herausfordernd beschrieben, in welchen Gäste der Vesperkirche for- dernd, unverschämt oder provokativ auftreten.¹³⁸

Grundsätzlich geben Menschen, welche ihr Ehrenamt beenden, neben nicht erfüll- ten Erwartungen die gleichen Hinderungsgründe an wie solche, die nie ein Ehrenamt aufgenommen haben. Es spielen folglich zeitliche, berufliche, familiäre Gründe und Belastungen oder der Wunsch keine Verpflichtung (mehr) eingehen zu wollen, eine Rolle.¹³⁹ Dabei beenden Frauen häufiger ihr Ehrenamt aufgrund fami- liarer Gründe als Männer.¹⁴⁰

8.2 Gezielte Akquise von älteren Ehrenamtlichen

In Deutschland gibt es unzählige Möglichkeiten sich ehrenamtlich zu engagieren, Menschen zu helfen und sich für die Gesellschaft einzubringen. Ganz überwiegend findet dies im Rahmen eines Vereins statt. Doch haben noch nicht alle Menschen, obwohl sie grundsätzlich bereit wären sich bürgerschaftlich einzubringen, den für sie geeigneten Platz gefunden. Insgesamt ist zwischen 1999 und 2019 die Engaga- mentbereitschaft stetig angestiegen. Die Mehrheit aller Personen, die im Jahr 2019 nicht engagiert waren, können sich zukünftig ein freiwilliges Engagement vorstel- len.¹⁴¹ Bezogen auf die vorliegende Befragung für diese Master-Arbeit geben von den 55 Personen, die in der Befragung angegeben haben, noch nie ein Ehrenamt

¹³⁶ Vgl. MA/Interview/4/9/241-250.

¹³⁷ Vgl. MA/Interview/2/19/592-607.

¹³⁸ Vgl. MA/Interview/2/14/421-428.

¹³⁹ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 115, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilli- ges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

¹⁴⁰ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 112, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilli- ges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

¹⁴¹ Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 1, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilli- ges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

ausgeübt zu haben, 29 Personen (52,7 %) an, dass sie sich vorstellen könnten, ein solches zu übernehmen. Weitere 19 Personen (34,5 %) sind sich nicht sicher und nur 7 Personen (12,7 %) möchten kein Ehrenamt ausüben. Das bedeutet allein bei den Menschen, die sich an der Umfrage im Rahmen der Master-Arbeit beteiligt haben, wären noch 48 Personen (21 % der Teilnehmer) für ein Ehrenamt zu gewinnen.¹⁴²

8.2.1 Gründe für die Akquise älterer Menschen

Das Engagementpotenzial älterer Menschen zu mobilisieren, stellt ein Handlungsfeld dar, das in zweifacher Hinsicht sozialintegrativ für ältere Menschen wirken kann:

Einerseits kann ein Ehrenamt als Mittel zur Selbsthilfe betrachtet werden. Da Senioren häufig von sinkenden sozialen Netzwerken betroffen und stärker armutsgefährdet sind, wodurch sie häufig auch soziokulturell ausgeschlossen werden, ermöglicht ein bürgerschaftliches Engagement Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Stärkung des persönlichen sozialen Netzes. Unter den Ehrenamtlichen der Vesperkirche sind über die Jahre viele Freundschaften und familienähnliche Beziehungen entstanden.¹⁴³ Außerdem hilft häufig eine Aufgabe neue Strukturen im Alltag zu finden. Manche Menschen profitieren auch davon gebraucht zu werden, um sich motiviert für ihren Alltag zu fühlen. Aus der Perspektive individueller Bedürfnisse könnten sich ältere Menschen durch ein Ehrenamt demnach individuell verwirklichen.

Andererseits wächst durch ein Ehrenamt das Verständnis füreinander innerhalb der Gesellschaft.¹⁴⁴ Ein Ehrenamtlicher der Vesperkirche berichtet, dass das langjährige Ehrenamt zwar die eigene Grundeinstellung nicht verändert hat, der Blick auf die Lebensmodelle anderer jedoch versöhnlicher geworden ist.¹⁴⁵ Die Arbeit schenkt einen anderen Einblick in das Thema Armut¹⁴⁶ und lässt es näher an einen

¹⁴² Vgl. Eigene Erhebungen: Quantitative Befragung 2023, Anlage 14.

¹⁴³ Vgl. MA/Interview/2/12/364-375.

¹⁴⁴ Vgl. BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. IX, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

¹⁴⁵ Vgl. MA/Interview/4/12/347-352.

¹⁴⁶ Vgl. MA/Interview/3/8/211-212.

heranrücken.¹⁴⁷ Ein bürgerschaftliches Engagement kann nicht nur Brücken zwischen Generationen, sondern auch zwischen gesellschaftliche Schichten und Gruppen schlagen. Dadurch stellt es einen sehr großen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt, insbesondere den lokalen, sozialen Zusammenhalt dar. Gleichzeitig können ältere Menschen eine gesellschaftlich nützliche Aufgabe übernehmen. Sie bringen Fachkenntnisse und Lebenserfahrungen mit, die für die jüngeren Generationen von unschätzbarem Wert sind.¹⁴⁸ Die Jüngeren wiederum profitieren von diesen Erfahrungen, engagieren sich aber auch selbst zum Wohle älterer Mitbürger.¹⁴⁹ Die Aktivierung der „Ressource“ „Ältere Menschen“ kann demnach auch als Strategie gegen Auswirkungen des demografischen Wandels und von Altersarmut verstanden werden.

8.2.2 Möglichkeiten der Akquise älterer Ehrenamtlicher

Aufgrund des starken Engagementpotenzials, das die zweite Lebenshälfte durch die gestiegene Lebenserwartung der Menschen mit sich bringt, müssen insbesondere ältere Menschen gezielt über mögliche Einsatzfelder und -möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement informiert werden. Durch den demografischen Wandel ist der Ruhestandseffekt, also die (Wieder-)Aufnahme eines Engagements nach Ende des Berufslebens angestiegen. Häufig besteht der Wunsch, etwas Sinnvolles im Ruhestand zu machen und nicht nur daheim „rumzusitzen“.¹⁵⁰ Im Jahr 2000 übernahmen nur 16% der 70 bis 74-Jährigen ein Ehrenamt, während es 2017 bereits 26 % waren.¹⁵¹ Der durchschnittliche Ehrenamtliche der Vesperkirche Reutlingen ist über 60 Jahre alt und weiblich.¹⁵² Wobei die Verteilung etwa bei Dreiviertel zu einem Viertel zugunsten der Frauen liegt.¹⁵³

¹⁴⁷ Vgl. MA/Interview/1/10/262-279.

¹⁴⁸ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 14, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

¹⁴⁹ Vgl. BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. IX, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

¹⁵⁰ Vgl. MA/Interview/3/4/87-91.

¹⁵¹ Vgl. BMFSFJ, Zweiter Engagementbericht. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement, 2017, S. 191, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [17.09.2023].

¹⁵² Vgl. MA/Interview/5/11/311.

¹⁵³ Vgl. MA/Interview/5/12/361-362.

Bei der quantitativen Befragung wurden die Teilnehmer gefragt, ob es einen konkreten Anlass gab, als sie ihr Ehrenamt begonnen haben. Dies verneinten 146 der 191 Personen, die die Frage beantworteten. Bei den übrigen 45 Personen gaben 32 Personen einen Grund ihrer persönlichen Verhältnisse wie bspw. Umzug, neue Arbeit, Familiengründung oder Trennung als Grund zur Aufnahme ihres bürgerschaftlichen Engagements an. Nur zwei gaben konkret den Eintritt in das Rentenalter als Grund zur Aufnahme ihres Ehrenamts an.

Anders verhält es sich bei den Interviewpartnern der Vesperkirche. Vier von fünf geben an, dass der Eintritt in den bzw. die absehbare Zeit bis zum Ruhestand die treibende Kraft für ein Ehrenamt war.¹⁵⁴ Die Nacherwerbsphase ist insgesamt häufig geprägt von neuer Motivation und neugewonnen Zeitfenstern.¹⁵⁵

Allerdings ist bemerkenswert, dass keiner der fünf Interviewpartner der Vesperkirche tatsächlich auf der Suche nach einem Ehrenamt war. Viel eher war die Vesperkirche und deren Konzept schon vor der Mitarbeit gut bekannt und wurde als sinnvoll und wichtig erachtet.¹⁵⁶ Das Konzept hat also überzeugt und als die zeitlichen Möglichkeiten gegeben waren, fanden die Interviewpartner zu ihrem Einsatz. Dafür spricht auch, dass die Ehrenamtlichen der Vesperkirche jeweils einmal jährlich über die bevorstehende Vesperkirche, damit einhergehend die erneute Möglichkeit einer Mitarbeit, informiert werden.¹⁵⁷ Konkrete Überzeugungsarbeit wird nicht geleistet bzw. proaktiv werden keine neuen Mitarbeitenden akquiriert.¹⁵⁸ Vielmehr ist das wichtigste Mittel der Akquisition die Mundpropaganda. Alle fünf sind durch persönliche Kontakte zu ihrer Mitarbeit gekommen.¹⁵⁹ Das bedeutet, dass ein überzeugendes Konzept in Verbindung mit Menschen, die bekannt sind und dort bereits mitarbeiten eine sehr starke Überzeugungskraft haben, ebenfalls mitzuarbeiten, und zwar regelmäßig, verbindlich und in Anbetracht der

¹⁵⁴ Vgl. MA/Interview/1/6/135-137; MA/Interview/2/17/529-538; MA/Interview/3/5/108-112; MA/Interview/5/3/46-51.

¹⁵⁵ Vgl. BMFSFJ, Erster Engagementbericht, Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland, 2012, S. 14, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

¹⁵⁶ Vgl. MA/Interview/5/7/197-198; MA/Interview/1/6/134-140; MA/Interview/3/5/113-119.

¹⁵⁷ Vgl. MA/Interview/5/11/318-324.

¹⁵⁸ Vgl. MA/Interview/5/11/333-335.

¹⁵⁹ Vgl. MA/Interview/1/6/125-129; MA/Interview/2/5/116-140; MA/Interview/3/4/97-103; MA/Interview/4/7/171-176; MA/Interview/5/6/165-180.

8 bis 25 Jahre Mitarbeit der Interviewpartner, auch sehr ausdauernd. Überdies sind viele der heutigen älteren Menschen gesünder, besser ausgebildet und immer häufiger auch finanziell stärker abgesichert als frühere Generationen.¹⁶⁰ Dies betrifft auch die Interviewpartner der Vesperkirche, von welchen keiner von Armut gefährdet ist oder jemals arm war. Allerdings gilt dies, wie bereits ausgeführt wurde, keinesfalls für die gesamte Gesellschaftsgruppe älterer Menschen.

Neben altruistischen Gründen schwingen regelmäßig auch egoistische Gründe bei der Ausübung eines freiwilligen Engagements mit, weshalb es wichtig ist, dies bei der Akquisition neuer Mitarbeiter zu beachten. Neben pflichtbezogenen Motiven, wie etwa *‘als guter Bürger einen Beitrag für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu leisten’* oder *‘der Gesellschaft etwas zurückgeben zu müssen’*, sollte daher auch Gelegenheit zur Selbstentfaltung hervorgehoben werden. Dabei kann die Möglichkeit aufgezeigt werden, für sich selbst und mit anderen neue Erfahrungen zu sammeln, sich als selbstbestimmten Menschen zu erleben und zugleich an sozial bedeutsamen Aufgaben neue Fertigkeiten und neues Wissen zu erwerben.¹⁶¹

Einer der häufigsten Gründe, weshalb Personen ab 65 Jahren kein Ehrenamt aufnehmen möchten, sind gesundheitliche Einschränkungen und der Wunsch, keine zeitliche Verpflichtung einzugehen.¹⁶² Auf ersteres kann kaum eingewirkt werden. Letzteres sollte bei einer Akquise aber durchaus beachtet werden. Vorab sollte das jeweilige Ehrenamt streng überprüft werden, ob es auch zeitlich ungebunden gut und sinnvoll ausgeübt werden kann. Dabei ist davon abzusehen zugunsten einer erfolgreichen Akquisition falsche Versprechungen hinsichtlich zeitlicher Flexibilität zu machen. Dies würde im schlimmsten Fall zur Enttäuschung der Erwartungen bei dem Ehrenamtlichen hervorrufen und doch nur zum Abbruch des Einsatzes führen.

¹⁶⁰ Vgl. BMFSFJ, Siebter Altenbericht, 2016, S. X, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

¹⁶¹ Vgl. Sutter, *Der Wille zur Gesellschaft*, S. 62.

¹⁶² Vgl. BMFSFJ, Fünfter Freiwilligensurvey, 2019, S. 112, https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publikationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

9 Abschließende Betrachtung mit Ausblick

Die Kommunen bilden den Lebensmittelpunkt des täglichen Lebens. Ihre räumlichen und sozialen Strukturen wirken sich entscheidend auf die Lebensqualität der Bewohner aus. Daher kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu, wenn es darum geht, zukunftsichernde Maßnahmen für die u. a. durch den demografischen Wandel alternde Gesellschaft zu treffen. Es geht darum, belastbare Systeme zu etablieren, welche es älter werdenden Menschen erlauben, möglichst lange gesund und selbstbestimmt zu leben, sich für das Gemeinwohl zu engagieren und an der Gesellschaft teilzuhaben, letzteres weitestgehend unabhängig von persönlichen finanziellen Ressourcen. Dafür müssen die verschiedenen Akteure im Sinne einer Sozialraumorientierung auf lokaler Ebene umfassend zusammenarbeiten und ihre Handlungsspielräume nutzen. Dazu gehört auch, dass die Kommunen, trotz angespannter Haushaltslage, ihre Aufgaben der Daseinsvorsorge ganzheitlich wahrnehmen. Wesentlicher Teil davon ist die Sicherstellung von Möglichkeiten zur gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen, insbesondere der zunehmend älteren Generation. Dabei muss besondere Rücksicht auf die steigende Armutgefährdung von Menschen im Alter und damit einhergehende Vulnerabilitätsfaktoren genommen werden. Gleichzeitig steht die Gesellschaft selbst vor der Herausforderung den sozialen Zusammenhalt in der sich ändernden Altersstruktur zu stärken. Insbesondere aufgrund des sukzessiven Wegfalls der Erwerbstätigkeit der Generation „Babyboomer“, der steigenden Lebenserwartung und der Migration müssen durch Aushandlungsprozesse neue Gesellschaftsstrukturen gefunden und etabliert werden. In diesem Zusammenhalt spielt die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts eine entscheidende Rolle.

Mit der ersten forschungsleitenden Frage wurde sich dem Sachverhalt angenommen, welchen Beitrag bürgerschaftliches Engagement für den sozialen Zusammenhalt leisten kann. Die zugrunde liegende Hypothese, gebildet aus Interviews mit leitenden Ehrenamtlichen der Vesperkirche Reutlingen, nahm an, dass ein Ehrenamt sozialen Zusammenhalt schafft, da es den Blick füreinander öffnet und durch die Wahrnehmung der Mitmenschen, wie sie sind und wo sie im Leben

stehen, Vorurteile abbaut und Verständnis füreinander schafft. Ergänzend wurden auf Grundlage einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2022 über den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Baden-Württemberg weitere Daten im Rahmen einer quantitativen Befragung erhoben.

Ein starker sozialer Zusammenhalt ist geprägt von belastbaren, stabilen, vertrauensvollen und vielfältigen sozialen Beziehungen innerhalb des Gemeinwesens, sowie einer positiven emotionalen Verbundenheit seiner Mitglieder und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Je stärker der Zusammenhalt ist, desto resilienter ist die Gesellschaft. Eine hohe Resilienz ist aufgrund beständiger Herausforderungen unbedingt erstrebenswert. Dass die zurückliegenden entbehrungsreichen Jahre der Corona-Pandemie besonders stark auf die Gesellschaft gewirkt haben ist nicht zu bestreiten. Inzwischen erholen sich viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens wieder aber es bleiben auch Narben zurück. Das bedenkenlose Vertrauen in die Mitmenschen ist noch stark geschwächt und auch die mühelose Akzeptanz von anderen Lebensweisen und Wertvorstellungen hat sich hin zu einer unentschlossenen Mitte verändert. Ein Ehrenamt baut Brücken hin zu einem versöhnlichen Blick auf andere Lebensmodelle. Durch die Konfrontation mit anderen Lebensverläufen wird das Verständnis füreinander gestärkt, mit dem Wissen, dass auch hinter diesen Menschen viele Lebensabschnitte liegen.

Größtes Sorgenkind ist das Institutionsvertrauen. Insbesondere das Vertrauen in die Bundesregierung und deren politischen Entscheidungen hat in den vergangenen Jahren gelitten. Die Erwartungen an die Politik und Verwaltung in einer Krise sind vielfältig. Wird das Vertrauen enttäuscht ist es nur mühsam wieder aufzubauen. Gleichzeitig hat sich die gesellschaftliche Teilhabe an politischen und gesellschaftlichen Vorgängen erhöht. Möglicherweise als Effekt auf das sinkende Institutionsvertrauen, verfolgen die Menschen die politischen Entscheidungen sehr genau. Hier müssen effektive Maßnahmen gefunden werden, um das Institutionsvertrauen wieder dauerhaft zu stärken. Zweifelhaft ist, ob die kürzlich getroffenen politischen Entscheidungen wie etwa das Heizungsgesetz, die Absenkung der Einkommensobergrenze bei Elterngeldbeziehenden oder die Regelsatzerhöhung des Bürgergeldes dazu beitragen können.

Erfreulicherweise wächst die Bereitschaft füreinander Verantwortung zu übernehmen wieder an. Die eigene Verantwortung innerhalb und für den öffentlichen Raum wahrnehmen zu wollen ist eine der Grundvoraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement. Die Demokratie lebt von Bürgern, welche sich für das Gemeinwohl einsetzen und dieses miteinander gestalten wollen. Durch ein Ehrenamt berühren sich zwei Leben. Es wird Zeit in die Gesellschaft, in das Miteinander investiert und die Möglichkeit geboten, den anderen in seiner Lebensintensität wahrzunehmen und ein paar Schritte gemeinsam zu gehen. Der Hypothese, dass ein Ehrenamt sozialen Zusammenhalt schafft, kann gefolgt werden. Ja, sogar weitergegangen werden, denn das Ehrenamt ist das Bindeglied zwischen Staat und Zivilgesellschaft, da es dort einspringt, wo öffentliche Mittel zur Aufgabenerledigung an ihre Grenzen kommen. Es schafft Teilhabe an der Gemeinschaft, an kulturellem Leben, an sozialen Beziehungen und das für den Ehrenamtlichen selbst und für die anderen.

Mit der zweiten forschungsleitenden Frage wurde aufgezeigt, welche Gründe Menschen dazu bewegen sich einem ehrenamtlichen Engagement anzunehmen. Die Kenntnis der Motive für Engagierte und derer, die sich potenziell engagieren würden, erleichtern es passende Engagementfelder zu identifizieren oder auch Engagementformen in Organisationen neu zu konfigurieren (z. B. Angebote für Freiwillige). Nach der Annahme von Kant zur ungeselligen Gesellschaft, vergesellschaften sich Menschen, um ihre im Rohzustand befindlichen Naturanlagen weiterzuentwickeln. Dieser Selbstnutzen führt die Menschen in Wettstreit und Konkurrenz miteinander. Aufgrund dieser negativen Eigenschaften folgt die Isolation durch die Gesellschaft und daraus folgend der erneute Drang des Menschen der Vergesellschaftung, um sich fortzuentwickeln. Diese ambivalente Grundstruktur wird in den Motiven der Ehrenamtlichen deutlich, bei welchen sich altruistische und egoistische Gründe ausgeprägt gegenüberstehen. Der Hypothese, dass Menschen eine sinnvolle und unzweifelhaft gute Tätigkeit ausüben wollen und sich daher für ein Ehrenamt entscheiden, kann folglich nur partiell gefolgt werden. Die Ausprägung der unterschiedlichen Motive sind altersgruppenspezifisch. Bei den älteren Menschen überwiegen insbesondere die altruistischen und emotionalen Gründe, während die jüngere Generation deutlich stärker ausgeprägte rationale

Motive zeigt, welche für sie zukünftig einen Nutzen darstellen. Gleichzeitig steht insgesamt die Freude, das aktive Mitgestalten, der Solidaritätsgedanke und die Hilfsbereitschaft bei der Ausübung des Ehrenamts im Vordergrund. Grundsätzlich gibt es aber nicht nur ein Motiv, vielmehr sind es Motivbündel, die Ehrenamtliche zu ihrem Engagement bewegen. Wichtig zu wissen ist, dass es neben den selbstlosen Gründen auch die egoistischen Gründe gibt, welche genauso gerechtfertigt sind und selbstverständlich nebeneinanderstehen dürfen.

Schließlich wurde betrachtet, wie ältere Menschen für ein Ehrenamt gewonnen werden können. Da bürgerschaftliches Engagement einen starken Zeit- und Lebenslaufbezug hat, birgt insbesondere die zweite Lebenshälfte ein hohes Engagementpotenzial. Die Lebenserwartung steigt und ältere Menschen sind heute gesünder und fitter als früher, sodass sie eine Schlüsselrolle in der Stärkung des sozialen Zusammenhalts, auch durch ein Ehrenamt, einnehmen können. Dafür müssen sie jedoch erst für ein solches begeistert werden. Für eine erfolgreiche Akquise ist es wichtig zu wissen, was den Menschen umtreibt. Zum einen könnte es fehlende Beschäftigung bei plötzlich freiwerdenden zeitlichen Ressourcen sein. Zum anderen könnte es der Wunsch nach sozialem Anschluss und gesellschaftlicher Teilhabe sein. Oder es könnte die Unzufriedenheit über einen gewissen Zustand sein, in der Erwartung, diesen Zustand durch ein Ehrenamt beseitigen oder verbessern zu können. Tatsächlich ist eine Vielzahl der Menschen aber auch gar nicht auf der Suche nach (irgend-)einem Ehrenamt. Zu beachten ist, dass ältere Menschen in besonderem Maße über mögliche Einsatzmöglichkeiten informiert werden müssen. Außerdem passiert die häufigste Akquisition über Freunde und Bekannte. Hilfreich ist es demnach zum einen, wenn aktive Ehrenamtliche proaktiv nach potenziellen Ehrenamtlichen Ausschau halten und zum anderen, wenn nach außen transparent über das Ehrenamt informiert wird. Da neben altruistischen immer auch egoistische Gründe bei der Ausübung eines freiwilligen Engagements mitschwingen, ist es wichtig dies bei der Akquisition neuer Mitarbeiter zu beachten und neben pflichtbezogenen Motiven auch die Möglichkeit zur Selbstentfaltung hervorzuheben. Wenn das Konzept des freiwilligen bürgerschaftlichen Engagements gelingen soll, muss ein persönliches Verpflichtungsgefühl bei dem Ehrenamtlichen entstehen,

welches das Engagement zum Teil der eigenen Lebenswelt werden lässt. Dadurch könnte eine persönliche Identifikation und damit eine andauernde und intrinsisch geleitete Motivation und Langfristigkeit erreicht werden.

Wie wird sich das freiwillige Engagement in den nächsten Jahren entwickeln? Wie wird sich der soziale Zusammenhalt entwickeln? Und wie werden die Kommunen die Herausforderungen der alternden Gesellschaft meistern? Diese offenen Fragen können erst in der Zukunft beantwortet werden. Spannend wäre auch der nähere Zusammenhang zwischen sozioökonomischer und soziokultureller Verarmung über einen entsprechenden Zeitraum hinweg. Ursprünglich sollte dies im Näheren ebenfalls Gegenstand dieser Arbeit werden, allerdings lagen zu wenig signifikante Daten für eine verallgemeinerbare Aussage vor, sodass gezielter geforscht werden müsste. Daneben wäre interessant, wie lange ein Ehrenamt ausgeübt wird und ob die Beendigungsgründe tatsächlich in der Enttäuschung der Erwartungen oder eher im Lebensverlauf des Ehrenamtlichen liegen.

Literaturverzeichnis

Abt, J./Blecken, L./u. a. (Hrsg.): Von Beteiligung zur Koproduktion – Wege der Zusammenarbeit von Kommune und Bürgerschaft für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung, 1. Auflage, 2022.

Alkire, S./Foster, J.: Counting and multidimensional poverty measurement. In: Journal of Public Economics 95, 2011, S. 476-487.

Baur, N. (Hrsg.)/Blasius, J.: Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 3. Auflage, 2022.

Belwe, A.: Ungesellige Gesellschaft, 1. Auflage, 2000.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Baden-Württemberg 2022, 2022; <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/gesellschaftlicher-zusammenhalt-in-baden-wuerttemberg-2022-langfassung>, [22.06.2023].

Beste, J.: Armut im Lebensverlauf, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Dissertation, 2015.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Armut, 2023; <https://www.bmz.de/de/service/lexikon/armut-14038>, [08.11.2023].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Erster Engagementbericht. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland., 2012; <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/93678/b9388038c7a0cfb3441f5c2cae98c40d/erster-engagementbericht-bericht-der-bundesregierung-data.pdf>, [17.09.2023].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Fünfter Freiwilligensurvey, 2019; https://www.dza.de/fileadmin/dza/Dokumente/Forschung/Publicationen%20Forschung/Freiwilliges_Engagement_in_Deutschland__der_Deutsche_Freiwilligensurvey_2019.pdf, [29.09.2023].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ):

Siebter Altenbericht. Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften, 2016; <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/120144/2a5de459ec4984cb2f83739785c908d6/7-altenbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [29.09.2023].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ):

Zweiter Engagementbericht. Demografischer Wandel und bürgerschaftliches Engagement: Der Beitrag des Engagements zur lokalen Entwicklung, 2017; <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/115658/1080633f687d3f9c462a0432401c09d7/zweiter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>, [17.09.2023].

Bundeszentrale für politische Bildung: Lebenslagen Älterer, 2020,

<https://www.bpb.de/themen/soziale-lage/rentenpolitik/293233/lebenslagen-aelterer/#:~:text=Zur%20älteren%20Bevölkerung%20zählen%20danach%20die%20über%2060-,mit%20dem%20biologischen%2C%20sozialen%20oder%20psychologischen%20Alter%20identisch.> [13.11.2023].

Detterbeck, S.: Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, 15. Auflage, 2023.

Deutsch, J./Silber, J.: Measuring multidimensional poverty: An empirical comparison of various approaches. In: Review of Income and Wealth 51:1, 2005, S. 145-174.

Deutsche Rentenversicherung: Die reguläre Altersrente; Deutsche

Rentenversicherung, Die reguläre Altersrente, https://www.deutsche-rentenversicherung.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/national/von_altersgrenze_bis_zeitrente_rentenlexikon.html, [12.11.2023].

Dresing, T./Pehl, T.: Praxisbuch Interview, Transkription & Analyse: Anleitungen und Regelsysteme für qualitativ Forschende, 8. Auflage, 2018.

Döring, N./Bortz, J.: Forschungsmethoden und Evaluation in den Sozial- und Humanwissenschaften, 5. Auflage, 2016.

- Engel, R./Heilshorn, T.:** Kommunalrecht Baden-Württemberg, 12. Auflage, 2022.
- Franzese, F.:** Mentale und physische Gesundheit im Alter – Der Einfluss von Armut, Einkommensungleichheit und Vermögensungleichheit, 1. Auflage, 2020.
- Glaser, B./Strauss, A.:** The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. In: *Salzborn, S. (Hrsg.): Klassiker der Sozialwissenschaften. 111 Schlüsselwerke im Portrait*, 3. Auflage, 2021, S. 251 – 254.
- Groh-Samberg, O.:** Armut, soziale Ausgrenzung und Klassenstruktur: zur Integration multidimensionaler und längsschnittlicher Perspektiven, 1. Auflage, 2009.
- Gronemeyer, R./Ritter, M./ u. a. (Hrsg.):** Demenz im Quartier. Ehrenamt und Sozialraumorientierung für das Alter, 1. Auflage, 2022.
- Hauser, R.:** Das Maß der Armut: Armutsgrenzen im sozialstaatlichen Kontext. Der sozialstatistische Diskurs, in: *Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung*, 2008, S. 94-117.
- Hinte, W.:** „Sozialraumorientierung“, - Grundlage und Herausforderung für professionelles Handeln, in: *Fürst, R./ Hinte, W. (Hrsg.): Sozialraumorientierung. Ein Studienbuch zu fachlichen, institutionellen und finanziellen Aspekten*, 3. Auflage, 2019, S. 9-28.
- Katz, A./Sander, G.:** Staatsrecht – Grundlagen, Staatsorganisation, Grundrechte, 19. Auflage, 2019.
- Müller, M.:** Kommunalrecht Baden-Württemberg, 4. Auflage, 2019.
- Renneberg, A.-C.:** Sozialraumorientierung. Neue Gemeindeformen und traditionelle Gemeinden in der EKD im Vergleich, 1. Auflage, 2023.
- Ringwald, R./Cagan, T.-P.:** Gemeinwohlorientiertes kommunales Handeln. In: *Information zur Raumentwicklung*, 5/2018, S. 52-57.

Röhl, K.-H./Schröder, C.: Regionale Armut in Deutschland – Risikogruppen erkennen, Politik neu ausrichten, Institut der deutschen Wirtschaft-Analysen, Nr. 113, 2017.

Sange, R./Von Wulffen, K.: Senior Social Entrepreneurship, 1. Auflage, 2022.

Scherf, M.: Objektive Hermeneutik. In: *Kühl, S./Strodtholz, P./Taffertshofer, A.*, (Hrsg.): Handbuch Methoden der Organisationsforschung, 1. Auflage, 2009, S. 300-325.

Schulz-Nieswandt, F. (Hrsg.): Kommunale Daseinsvorsorge und sozialraumorientiertes Altern, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Beiheft 49:2017, S.1-52.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Armutsgefährdungsquoten, Bundesländer, 2022; <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrung-und-0> [12.11.2023].

Statistisches Bundesamt: Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, 2021; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Publikationen/Downloads-Bevoelkerungsstand/bevoelkerungsfortschreibung-2010130207005.html>, [27.10.2023].

Statistisches Bundesamt: Entwicklung der Lebenserwartung bei Geburt in Deutschland, 2023; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbetafel.html>, [13.11.2023].

Statistisches Bundesamt: Gemeinschaftsstatistik zu Einkommen und Lebensbedingungen, 2023; https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FGesellschaft-Umwelt%2FEinkommen-Konsum-Lebensbedingungen%2FLebensbedingungen-Armutsgefaehrung%2FPublikationen%2FDownloads-Lebensbedingungen%2Fstatistischer-bericht-einkommen-lebensbedingungen-erstergebnisse-2150300227005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [11.11.2023].

Statistisches Bundesamt: Mikrozensus – Arbeitsmarkt 2021, 2022; https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.destatis.de%2FDE%2FThemen%2FArbeit%2FArbeitsmarkt%2FErwerbstaetigkeit%2FPublikationen%2FDownloads-Erwerbstaetigkeit%2Fstatistischer-bericht-mikrozensus-arbeitsmarkt-2010410217005.xlsx%3F__blob%3DpublicationFile&wdOrigin=BROWSELINK, [07.11.2023].

Statistisches Bundesamt: Soziale Mindestsicherung, 2022; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Mindestsicherung/aktuell-mindestsicherung.html>, [28.10.2023].

Statistisches Bundesamt: Vorläufiger Schuldenstand der Gemeinden/Gemeindeverbänden 2023, <https://www.destatis.de/DE/Themen/Staat/Oeffentliche-Finzen/Schulden-Finanzvermoegen/Tabellen/liste-vorlaeufiger-schuldenstand-gemeine-gemeindeverbaende.html#655786>, [15.11.2023].

Statistisches Bundesamt: 15. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung – Deutschland – 2021 bis 2070, 2022; <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/begleitheft.html>, [22.10.2023].

Sutter, B.: Der Wille zur Gesellschaft: bürgerschaftliches Engagement und die Transformation des Sozialen, 1. Auflage, 2018.

Techet, P.: Das Konzept der „Daseinsvorsorge“ bei Ernst Forsthoff als Legitimation des autoritären Staates, in: *Historia Constitucional* 23, 2022, S. 324-362.

Vogelsang, K./Lübking, U./ Ulbrich, I.-M.: Kommunale Selbstverwaltung: Rechtsgrundlagen, Organisation, Aufgaben, neue Steuerungsmodelle, 3. Auflage, 2005.

World Health Organization: Zusammenfassung. Weltbericht über Altern und Gesundheit, 2016; https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/186468/WHO_FWC_ALC_15.01_ger.pdf, [22.10.2023].

Willenberg, U.: Daseinsvorsorge und politisches Vertrauen, 1. Auflage, 2019.

Erklärung der Verfasserin

„Ich versichere, dass ich diese Master-Thesis selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen angefertigt habe. Mir ist bekannt, dass die schriftliche Arbeit im Verdachtsfall auf Plagiate überprüft werden kann.“

05. Januar 2024

